

AIB

DIE DRITTE-WELT-ZEITSCHRIFT

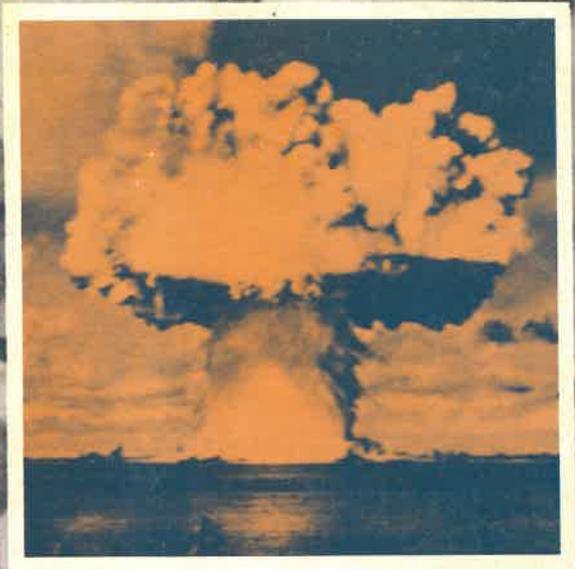
Nr.4 / April 1988

19. Jg.

3,- DM

Palästina
Korea
Nicaragua

ATOM EXPORTE BOMBEN GESCHÄFTE



Inhalt

Kommentar	
Der Atomskandal zieht Kreise	3
Atompolitik	
Die Atomexportpolitik der BRD. Kein Platz für Skrupel (I)	5
Aus der Schlußerklärung der Konferenz „Atombomben – Made in Germany?“	8
Verschuldungskrise	
Die Schulden sind unbezahlbar. Zum Auftakt der IWF/Weltbank-Kampagne	11
Südliches Afrika	
Christen gegen Apartheid – Südafrika (I)	13
Palästina	
Interview mit Yasser Abed Rabo (PLO): Der Aufstand wird bis zur Errichtung eines Palästinenserstaates andauern. Was soll die Shultz-Mission in Nahost?	15
KOREA-SONDERTEIL	17-44
Palästina/Israel	
Felicia Langer zu den Rebellionsmotiven und den Ursachen der israelischen Brutalität	45
Nicaragua	
Widerstand an der Wirtschaftsfrent Mittelamerika – EG: 4. San-José-Konferenz	47
Die Solidarität verstärken!	49
Ecuador	
Vor der Präsidentschafts-Stichwahl: Sozialdemokrat oder Populist?	50
Kuba	
„Rectification“ (II). Berichtigung von Fehlern	52
Kultur	
Biko-Film „Schrei nach Freiheit“	54
Infodienst zur Solidarität	
Wie objektiv ist „NAM“ zum Vietnamkrieg?, Chile-Bundestreffen, Bremer Solidaritätspreis für die Mandelas, Südafrika-Bankenaktionstag, Nord-Süd-Kampagne des Europarats, Buchtip: Peacemaker, Termine	56
Kurzinformationen	
Südafrika: Bophutatswana-Putschversuch, Verbote, Angola/Namibia, BRD-Namibia, Senegal, Zypern, Türkei, Panama, Paraguay	57



Palästina

S. 15

Die Rebellion in den besetzten Gebieten geht nun schon in den fünften Monat. Israels Herrschende scheinen ratlos. Die Nahost-„Schlichtungs“mission von George Shultz soll Abhilfe schaffen. Was bringt die Shultz-Initiative? Wie bewerten die PLO-Exekutive und die Nationale Vereinigte Führung des Aufstands die jetzige Ausgangslage? Wie steht es um die BRD-Verantwortung?



Korea-Sonderteil

S. 17

Mit den Olympischen Spielen will Südkorea sein Image als demokratisches und friedliches „Wirtschaftswunder“land aufpolieren. Wir entmystifizieren das „Modell Korea“, analysieren die jüngste politische Entwicklung und porträtieren den Norden. Und wir berichten über das Tauziehen um die Olympiade.



Impressum

AIB (Antimperialistisches Informationsbulletin) – Die Dritte-Welt-Zeitschrift, gegr. 1970, erscheint monatlich.
Anschrift der Redaktion: AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, Telefon 06421/24672.
Herausgeber: Prof. Dieter Boris, Wolfram Brönner, Prof. Günter Giesenfeld, Thomas Harms, Mechthild Jansen, Herbert Laderer, Heinz-Jürgen Nieth, Birgit Radow, Peter Wahl, Prof. Erich Wulff.
Redaktion: Wolfram Brönner (Chefredakteur), Nico Biver (stellvertretender Chefredakteur), Heidi Czapek, Hanne Denk, Georg Diederichs, Asia Ebtehaj, Ingrid el-Masry, Peter Imbusch, Andreas Krajczek, Julia Kühnert, Ulrich Rupp, Petra Sittig.
Ständige Mitarbeit: Joachim Becker, Rainer Falk, Klaus D. Fischer, Peter Garcia, Alfonso Gonzales, Dr. Lothar A. Heinrich, Ute Kampmann, Doris Knabe, Ivesa Lübben-Pistofidis, Jürgen Ostrowsky, Charles Paull, Ricardo Ribera, Günter Schueher, Peter Schütt, Christoph Sodemann, Dr. Rainer Werning.
Weitere Mitarbeiter dieser Ausgabe: Du Yul-Song, Martin Schuck, Reinhard Brückner.
Redaktionsschluss: 4. März 1988
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Titel und Zwischenüberschriften stammen in der Regel von der Redaktion. Nachdruck von Beiträgen bei Quellenangaben und Zusendung von zwei Belegexemplaren gestattet.

Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag GmbH, Postfach 510868, 5000 Köln 51, Telex 2214284 pahl. **Vertrieb:** Telefon 0221/36002-0.
Adressenänderungen bitte rechtzeitig dem Verlag bekanntgeben.
Jahresabonnement: Inland 29 DM (zzgl. 4 DM Porto); Ausland normal 29 DM (zzgl. 10 DM Porto); Luftpost 29 DM (zzgl. 25 DM Porto); Förderabos 50 DM oder mehr. Einzelheft: 3 DM, Doppelheft: 5 DM. Bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33% Ermäßigung. Bestellung unter 10 DM nur gegen Vorauszahlung (möglichst in Briefmarken), zuzüglich 0,60 DM Porto je Heft.
AIB-Sonderhefte sind als **Nebenblätter** einmal im Vierteljahr beigelegt.
Kündigungen spätestens 6 Wochen vor Ende des Bezugszeitraumes.
Anzeigenleitung: Wolfgang Pitzer, Tel. 0221/3600247.
Druck: Plambeck & Co., Neuss
Konten: Postgiro Köln 6514-503 (BLZ 37010050), Stadtsparkasse Köln 10652238 (BLZ 37050199).
Anzeigen: Pahl-Rugenstein Verlag, Volkszeitung, Contraste, Publik-Forum, atom, Kritische Aktionäre.
Titel: Gestaltung von Udo Tremmel
Fotonachweis: Prensa Latina, SIPA, A. Petersen, Al-Hurriah, Stern, Time, Newsweek, USN&WR, FEER

Atompolitik

S. 3

Der Hanauer Skandal hat die bundesdeutsche Atompolitik in die Krise geführt. Wie die Atommüllschiebereien und manch andere Mißbräuche der Plutoniumwirtschaft zeigen, gehört ein solcher Einsatz von Atomkraft für höchst un„friedliche“ Zwecke hierzulande zum Geschäft. Wir untersuchen in einer in diesem Heft beginnenden Reihe, welche Schlüsse dies für die BRD-Atomexporte und für diverse Zugänge zu Atomwaffen nahelegt.

Der Atomskandal zieht Kreise

Wolfram Brönner



Was zur Jahreswende 1987/88 als Atom-müll-Skandal begann, hat sich mittlerweile zum wohl größten Atomskandal dieser Republik ausgewachsen. Am Anfang standen Enthüllungen über Bestechungspraktiken, Schiebereien von gepanschem Abfall und Spaltstoffen seitens der Hanauer Atomfirmen Transnuklear, NUKEM, ALKEM, RBU. Dann rückten illegale Depots von Uran und Plutonium in Hanau bzw. belgischen Zwischenlagern ins Blickfeld. Schließlich flogen weltweit angelegte Uranschiebereien auf. Ihnen zufolge hat NUKEM seit Jahren im Zusammenspiel mit der europäischen Atombehörde Euratom (Sitz Luxemburg) und Bonner Regierungsstellen Ladungen von Kernbrennstoffen umdeklariert, d.h. vertauscht (Swaps). Dieser Etikettenschwindel diente dazu, internationale Sicherheits- und Handelsauflagen, etwa das UN-Embargos gegen Südafrika, zu umgehen. Verdichtet haben sich ferner die Verdachtsmomente, daß bundesdeutsche Atomtechnologie und angereichertes Uran bzw. Plutonium auf Schlechwegen an die Beinahe-Atom-mächte Argentinien und Pakistan geliefert worden sind. Spätestens damit wird der Atomskandal zur international an-rühigen Angelegenheit.

Selbst abgebrühte Bonner Atomlobbyisten zeigen sich unterdessen ernsthaft besorgt über den Glaubwürdigkeitsverlust ihres Atomprogramms hierzulande. Umweltminister Klaus Töpfer (CDU) empörte sich angesichts des Auffliegens der Swaps, damit würde die Vertrauenskrise in die Atomindustrie und in die „friedliche Nutzung“ der Kernenergie nur noch weiter verschärft. Die Akzeptanz der Atomkraft in der Bevölkerung habe unter der Hanauer Affäre sogar mehr gelitten als durch die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl (1986). Töpfer-Vorgänger Walter Wallmann, jetzt hessischer Ministerpräsident, wollte sich vor gut einem Jahr noch für die Anständigkeit der Hanauer Atomfirmen verbürgen, da in ihren Gemäuern kein Gramm Plutonium den scharfen Kontrollen der Internationalen Atomenergieorganisation (IAEA, Sitz Wien) entgehen könne. Nun, angesichts des Skandallabyrinths, mochte Wallmann es nicht mehr ausschließen, daß diese Unternehmen sich einen Bruch des Atomwaffensperrvertrags zuschulde kommen ließen. Hört, hört!
Der Haken an Wallmanns Flucht nach vorn? Nachdem sein Versprechen nach „lückenloser Kontrolle“ des Atommülls

sich als Augenwischerei entpuppte, sollen die Hanauer Privatfirmen als schwarze Schafe herhalten, um die Hände der staatlichen Atommafiosi weiter in Unschuld waschen zu können. Und diese haben es in der Tat bitter nötig, sich aus der Schußlinie zu stehlen.
Nach einer Spiegel-Umfrage vom 29. Februar d.J. plädieren jetzt 79% der Bundesbürger für einen sofortigen oder baldigen Ausstieg aus der Atomenergie. Geplatzt ist der Betrug von der „gesicherten Entsorgung“ und „lückenlosen Kontrolle“ der Atomwirtschaft. Zersto-ben ist die Illusion einer rein „friedlichen Nutzung“ der Atomenergie, die auf einer vermeintlich „sauberen“ Trennung zwischen ziviler und militärischer Verwendung fußt. Mit den sich in jüngster Zeit mehrenden Indizien für illegale Kernbrennstoff- und Technologieschiebereien gerät die bundesdeutsche Atomexportpolitik zusehends zum internationalen Ärgernis und Risikofaktor. Beispielsweise tut sie dies, indem sie Urantransporte südafrikanisch-namibischen Ursprungs in Länder schleust, die sich gegenüber der UNO zum Boykott des Apartheidsystems verpflichtet haben und nun selbst ins Zwielicht geraten sind; darunter die USA, Kanada und die UdSSR. Oder sie tut dies, indem RBU mit Billigung Bonns tonnenweise Natur- und angereichertes Uran für den von Siemens/KWU in Argentinien gebauten Schwerwasserreaktor „Atucha I“ über den Teich verfrachtet. Das alles geschieht, obwohl man weiß, daß dort waffenfähiges Plutonium hergestellt werden kann und wie ambitioniert die dortigen Militärs an einer eigenen Bombe basteln. Wie (dis-)funktionabel der Atomwaffensperrvertrag und das begleitende IAEA-Kontrollsystem auch immer sein mag,

die Bonner Atomexportpolitik ist vorrangig an der Respektierung seiner Auflagen (Nichtweiterverbreitung!) zu messen. Abgesehen von der Unwirtschaftlichkeit von AKWs in der Dritten Welt und ihrer verschuldungsfördernden Wirkung, liegt die Gefährlichkeit dieser Exporte ja gerade in ihrer gegen den Vertrag verstoßenden unfriedlichen Ausrichtung: Bundesdeutsche AKWs und Atomtechnologien gingen großteils an Beinahe-Atom-mächte bzw. Schwellenländer, die dem Sperrvertrag nicht beigetreten sind (Südafrika, Brasilien, Argentinien, Pakistan, Indien). Als einziger Spitzenexporteur verzichtete die BRD auf die vollständige Kontrolle ihrer Lieferungen in die Empfängerstaaten. Und sie verhalf durch ihre anhaltende nuklear-militärische Kooperation mit Südafrika dem Apartheidregime zur Atombombe „im Keller“. Die Motive? Abgesehen von handfesten Profitinteressen verschafft dies der hiesigen Atommafia Freiräume, um Spaltstoffe und waffenfähiges Plutonium ins Ausland bzw. retour zu verschieben. Andererseits nähert sich die BRD mit dem Einstieg in die großtechnische Gewinnung von Plutonium rapide der eigenen Atomwaffenfähigkeit an. Immerhin befindet sich in den Hanauer Bunkern bereits heute das zweitgrößte zivile Plutoniumlager (ALKEM) der Welt nebst hochangereichertem Uran (NUKEM) – schon genug Spaltmaterial für die Bombe. Der Schnelle Brüter in Kalkar und die Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf werden die Plutoniumwirtschaft, und damit die Mißbrauchsrisiken, nochmals dramatisch ausweiten. Eben hier schließt sich der Kreis, der ganz nach einem illegalen zweiten Brennstoffkreislauf aussieht. Die Gefahrenmomente steigen auch insofern, als im Jahr 1995 der Atomwaffensperrvertrag auslaufen wird, dem die BRD nur widerwillig 1969 beigetreten war. Damals stimmten die heutigen Regierungsparteien CDU/GSU dagegen. Und in ihren Reihen ist bekanntlich das Traumziel, sich nach 1995 umgehend als Atom-macht zu etablieren, keineswegs ausgeträumt. Kein Wunder also, daß der Widerstand gegen Plutoniumwirtschaft und Atom-müllexport in diesen Tagen mächtigen Neuauftrieb erfährt. Und der internationalen Dimension des Atomskandals durchaus angemessen ist es, wenn der Ruf nach sofortigem Ausstieg nunmehr stärker verknüpft wird mit der Forderung nach dem grundsätzlichen Stopp der Atomexporte.

NUKEM / ALKEM / TRANSNUKLEAR

DER ATOMSKANDAL

Dieses Buch leuchtet in die Grauzonen bundesdeutscher Atomwirtschaft

„In Hanau ist das weltweit größte Reservoir an Kernsprengstoffen vorhanden, das von einem Staat unterhalten wird, der keine Kernwaffen besitzt“ (Detlef zum Winkel in seinem Kapitel über das Atomzentrum Hanau). Mehr über Hintergründe des Plutonium-Dreiecks Hanau-Wackersdorf-Kalkar in: **REAKTOREN UND RAKETEN**

Von der zivilen zur militärischen Atomenergie? Herausgegeben von Udo Schelb. Kleine Bibliothek 462. 337 Seiten, DM 16,80.

Die Autoren, Kernphysiker, Physiker, Journalisten, gehen den – bisher heftig dementierten – militärischen Interessen am bundesdeutschen Atomprogramm nach und widerlegen die Legende von der „friedlichen Nutzung der Kernenergie“.

Udo Schelb (Hrsg.) **REAKTOREN UND RAKETEN** Von der zivilen zur militärischen Atomenergie?



Pahl-Rugenstein

Unsere Bücher
sind Lebens-Mittel.

PAHL-RUGENSTEIN

Wir bleiben beim Thema!

Edgar Gärtner (Hrsg.)
GRÜNBUCH ÖKOLOGIE V

Ein Jahrbuch
KB 422, 303 Seiten,
DM 14,80

Tschernobyl und die Konsequenzen, Ursachen des Waldsterbens und Möglichkeiten der Abhilfe. Landwirtschaft und Ökologie, soziale Ökologie. Bericht aus der Bildungsarbeit und der Arbeit vor Ort.

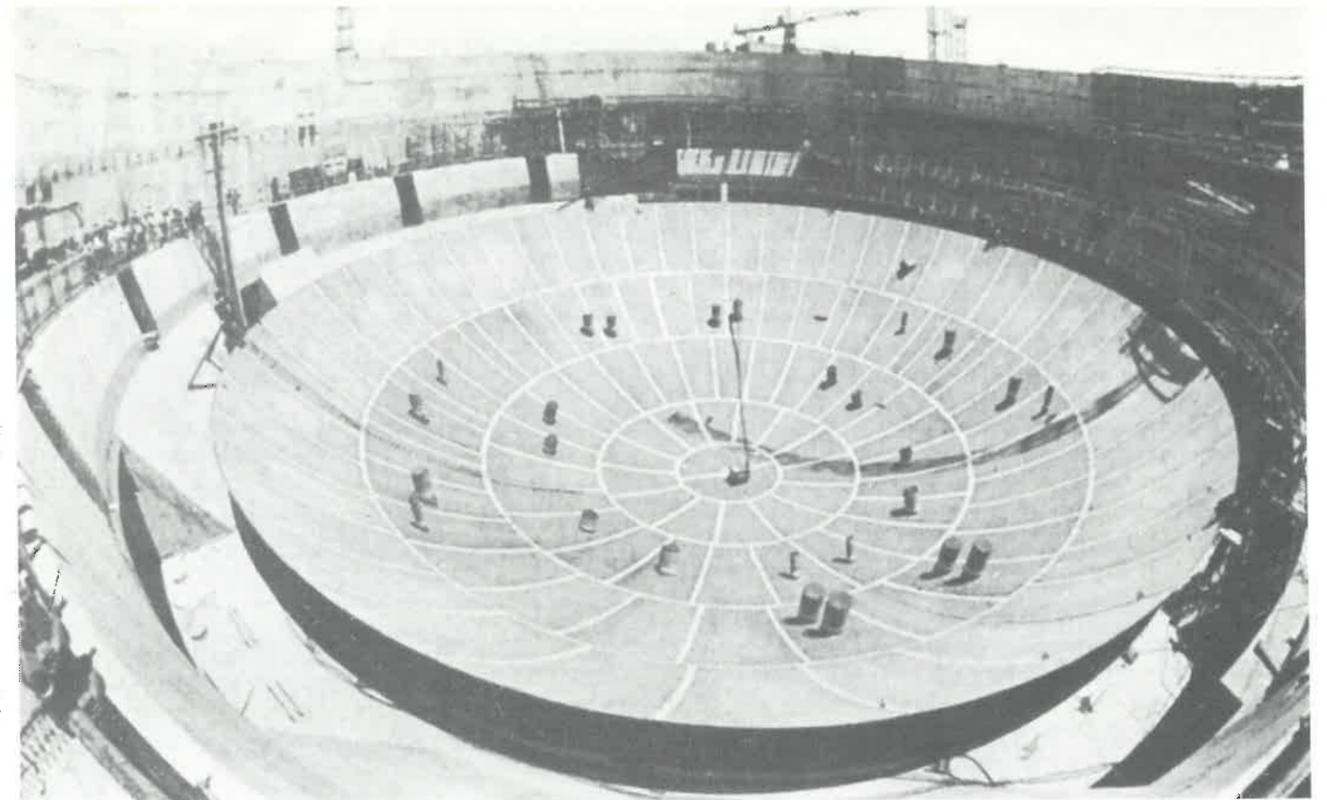
Bernhard Bartmann, Jost Hess, Siegfried Wilberg (Hrsg.)

ATOMARE WIEDERAUFARBEITUNGSANLAGEN

Wackersdorf – Vom Dilemma der atomaren Großtechnologie – und Wege der Überwindung. KB 304, 212 Seiten, DM 12,-

Wilfried Bach, Hermann Bömer, Harry Kunz
DER AUSSTIEG IST MÖGLICH

Energie ohne Atomkraft. Ungekürzte Dokumentation über das Ausstiegs-szenario des ehemaligen hessischen Ministers für Umwelt und Energie, Joschka Fischer. KB 421, 208 Seiten, DM 12,80



Atomkraftwerksbau der KWU in Argentinien: Atucha II

Bernhard Sulzer

Atomexportpolitik der BRD Kein Platz für Skrupel (I)

Das Bonner Atomprogramm war von Anbeginn vorrangig ein Exportprogramm. Es zeichnet sich auch dadurch aus, daß die Auflagen des Atomwaffensperrvertrages und die Eigenkontrollen bei den Empfängern bundesdeutscher Atomexporte gar zu lasch gehandhabt wurden. Die Untersuchung von B. Sulzer befaßt sich zunächst mit diesem Gebahren, das Gefahren der weiteren Verbreitung von Atomwaffen in sich birgt. Der folgende Teil gibt eine Übersicht über die wichtigsten Exportempfänger der Dritten Welt. Der Beitrag ist dem soeben bei Pahl-Rugenstein erschienenen Buch „U. Schelb (Hg.), Reaktoren und Raketen. Von der zivilen zur militärischen Atomenergie?“ entnommen.

Einer Meldung der ZEIT vom 9.1.1987 konnte man entnehmen, daß nun auch Brasilien das technische Know-How besitzt, eigene Atomwaffen zu fabrizieren. Seit Mitte der 70er Jahre unterhalten Atomfirmen aus der Bundesrepublik, insbesondere die KWU, umfangreiche Geschäftsbeziehungen mit Brasilien, so daß diese sicherlich glaubwürdige Mitteilung einmal mehr Schatten auf die Exportpolitik der bundesdeutschen Atomindustrie wirft. Dabei spielt die gute Verwendbarkeit vieler von der Bundesrepublik exportierter Anlagen für militärische Zwecke eine bedeutende Rolle. (...)

In den 60er Jahren erwarben immer mehr Staaten das technische Potential, Kernwaffen zu produzieren oder standen kurz vor einem solchen Erwerb. Nachdem ähnliche Bemühungen von anderen, wegen der nuklearen Aufrüstung besorgten Staaten schon seit längerem bekannt waren, wurde infolgedessen nun auch von den Supermächten angestrebt, ein weiteres Anwachsen der Zahl der über eigene Kernwaffen verfügenden

Staaten – von hier ab Atomkräfte genannt – durch internationale vertragliche Vereinbarungen zu verhindern. Diese Bemühungen führten zur Formulierung des sog. „Nichtverbreitungsvertrages für Kernwaffen“ (Non-Proliferation-Treaty, NPT, oder populärer: Atomwaffensperrvertrag), welcher am 1. Juli 1968 von den Atomkräften USA, der UdSSR, Großbritannien und einer Reihe von Nicht-Atomkräften unterzeichnet wurde – die beiden anderen zu diesem Zeitpunkt bereits über Kernwaffen verfügenden Staaten, Frankreich und China, sind dem NPT bis heute nicht beigetreten. 1970, nachdem 50 Unterzeichnerstaaten ihn ratifiziert hatten, trat der NPT für die Dauer von vorerst 25 Jahren in Kraft.

Das Ziel, das mit dem NPT verfolgt wird, ist es, die weitere Produktion von Kernwaffen, sowohl bei Atomkräften als auch bei Nichtatomkräften, zu unterbinden. So ist einerseits den Nichtatomkräften verboten, sich Kernwaffen von Atomkräften aushändigen zu lassen oder auf Basis einer eigenen Atomindustrie selber Kernwaffen herzustellen; die mit dem Entstehen neuer Atomkräfte verbundene Ausweitung des weltweiten Kernwaffenarsenals wird „horizontale Proliferation“ genannt. Andererseits verpflichtet der Vertrag die Atomkräfte, das Anwachsen ihres eigenen Kernwaffenarsenals – die „vertikale Proliferation“ – zu verhindern und diese letztlich zu reduzieren. Alle Unterzeichnerstaaten sind natürlich dazu angehalten, durch ihr Verhalten auf allen Gebieten, welche mit der Nuklearindustrie in Verbindung stehen, insbesondere dem Handel mit entsprechenden Fabriken oder Teilen davon, darauf hinzuwirken, daß das Erreichen der Vertragsziele gefördert wird.

Ein großes Problem im Hinblick auf diese Vertragsziele resultiert aus der Tatsache, daß einige Nuklearanlagen, insbeson-

dere solche zur Anreicherung von Uran und Wiederaufarbeitung abgebrannter Brennelemente, nicht nur für die angegebene zivilen Anwendungen eingesetzt werden können, sondern ebenso eine große Bedeutung für die Produktion von Kernwaffen besitzen. Diese Option ist bedingt durch technische Charakteristiken, die auch im Rahmen der zivilen Nutzung von Bedeutung sind, und somit letztlich durch technische Maßnahmen nicht aufzuheben. Kontrollmaßnahmen können ihre Realisierung erschweren, besimmend bleiben aber die politischen Absichten der betreffenden Regierung.

Aufgrund dieser Grauzonenproblematik wären einige Restriktionen bezüglich der Ausfuhr dieser besonders sensitiven Anlagen – Exportverbot oder wirksame Kontrollinstrumente – nötig, um die Verbreitung von Kernwaffen möglichst wirkungsvoll zu unterbinden. Die Befürchtung, daß durch solche Restriktionen die Exportchancen der bundesdeutschen Atomindustrie eingeschränkt werden könnten, wurde als ein entscheidender Grund für die ablehnende Haltung der Bundesrepublik gegenüber dem NPT genannt.

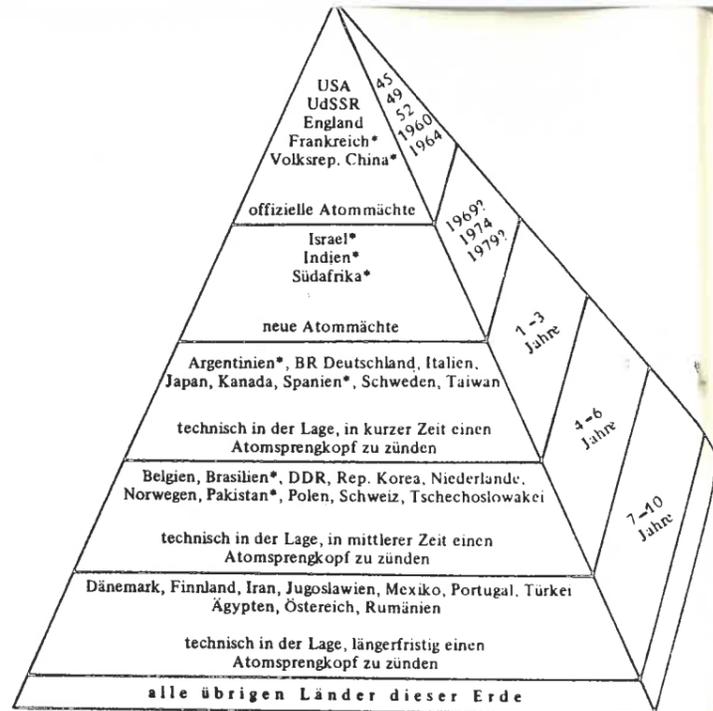
Weitere Einwände gegen dieses Vertragswerk betrafen vor allem Befürchtungen bezüglich der ungestörten Entwicklung der zivilen Atomindustrie auch im eigenen Land und die im Vertrag zum Ausdruck kommende Ungleichbehandlung der Atomkräfte und Nichtatomkräfte – ein in der Natur der Sache liegender Unterschied, der durch Beschreiben von Papier nun einmal nicht zu ändern ist. Nachdem deutlich wurde, daß die Bundesrepublik um eine Unterzeichnung des NPT nicht herum kommen würde, wurden in der Verhandlungsphase „Verbesserungen“ im Sinne der eigenen Vorstellungen angestrebt und durchgesetzt.

In der Denkschrift zum NPT wurden diese Vorstellungen folgendermaßen definiert: „die Bundesrepublik Deutschland ... hat hinsichtlich der Sicherheit ihrer Energieversorgung gerade auch durch die Kernenergie und der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Kernindustrie auf dem Weltmarkt beachtliche Interessen zu wahren.“¹ So wurde der Artikel IV paraphrasiert, in

Ein Weg für die BRD-Atomexporteure, sich als Neuling gegen die etablierten Exportländer durchzusetzen, war ihre „Attraktion“, auf Sicherheitsmaßnahmen gegen das Abzweigen von spaltbarem Material zu verzichten

dem der Interessenkonflikt zwischen Eindämmung der nuklearen Aufrüstung und freizügiger Weiterentwicklung der Atomindustrie zugunsten der Letzteren abgelöst wurde. Insbesondere wurden die Vertragsparteien darin verpflichtet, „den weitestmöglichen Austausch von Ausrüstungen, Material und wissenschaftlichen und technologischen Informationen zur friedlichen Nutzung der Kernenergie zu erleichtern.“² Zusammen mit der in vertragsbegleitenden Noten der amerikanischen Regierung geäußerten Ansicht, die Vertragsbestimmungen seien restriktiv auszulegen, d.h. so, daß alles erlaubt sei, was nicht ausdrücklich verboten sei (durch den Verzicht der Sowjetunion dieser Interpretation zu widersprechen, wurde diese völkerrechtlich gültig), war somit die 'Freizügigkeit' im internationalen Kerntechnikhandel weitgehend gesichert. Eine weitere, auf Veranlassung der Bundesrepublik vorgenommene Veränderung betrifft die Befristung der Vertragsgültigkeit auf 25 Jahre.

1974, zum Zeitpunkt der Ratifizierung des NPT durch den Deutschen Bundestag, bestanden von seiten der Nuklearindustrie noch berechnete Hoffnungen, ihre Kapazitäten, sowohl zur Belieferung inländischer Elektrizitätsversorgungsunternehmen als auch für den Export, vornehmlich in weiter industrialisierte Entwicklungsländer, beträchtlich auszuweiten. Gleichwohl mußte sie auf dem Weltmarkt einem star-



* Staaten, die dem Atomwaffensperrvertrag nicht beigetreten sind (Quelle: A.v. Cube/G. Neuberger/E. Sieker, Das Ende des Nuklearzeitalters, Bonn 1987, S. 162)

ken Konkurrenzdruck begegnen, da sie als Neuling im internationalen Kerntechnikgeschäft sich gegen die etablierten Exportländer, die bereits einen gewissen Kundenstamm aufgebaut hatten, durchsetzen mußte, und auch der Kreis der potentiellen Kunden für diese teure Technologie begrenzt war.

Ein Weg die Attraktivität der eigenen Angebote zu erhöhen, war ein Verzicht auf Sicherungsmaßnahmen gegen das Abzweigen von spaltbarem Material, oder wenigstens ihr teilweiser Erlaß, bei Exporten von Anlagen in Nicht-NPT-Mitgliedstaaten. Die zur Sicherstellung der Einhaltung des NPT für notwendig erachteten Kontrollmaßnahmen werden dort in Artikel III beschrieben: „Die ... Sicherheitsmaßnahmen finden Anwendung auf alles Ausgangs- und besondere spaltbare Material bei allen friedlichen nuklearen Tätigkeiten, die im Hoheitsgebiet dieses Staates, unter seiner Hoheitsgewalt oder unter seiner Kontrolle an irgendeinem Ort durchgeführt werden.“³

Kontrollen – diese werden von der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO/IAEA) durchgeführt –, die diese Kriterien erfüllen, heißen „full-scope-safeguards“. Die Durchführung dieser full-scope-safeguards ist mit einem zusätzlichen Aufwand verbunden, so daß es für das Importland erstrebenswert ist, sie nach Möglichkeit zu umgehen. Gleichmaßen gibt den Exportländern der Verzicht auf sie ein Mittel in die Hand, die Attraktivität ihres Angebots zu erhöhen. Diese Problematik wurde bei den Verhandlungen zur Vertragsformulierung erkannt. Aus diesem Grund wurde einem NPT-Mitgliedstaat der Transfer von Atomanlagen in beliebige Staaten nur erlaubt, wenn dort „das ... spaltbare Material den nach diesem Artikel (Art. III; d. Verf.) erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen unterliegt“.⁴

Den an Käufen interessierten Nicht-NPT-Mitgliedstaaten war diese Bestimmung ein Dorn im Auge, da im Hintergrund die zwar unausgesprochene, aber wesentlich mitbestimmende Motivation für ihre wirtschaftlich weitgehend unbegründeten Importe stand, die Möglichkeit, den Status einer Atomkraft zu erreichen. In Frankreich, das als Nicht-NPT-Mitgliedstaat die Forderung nach full-scope-safeguards nicht zu stellen brauchte, fanden sie einen Geschäftspartner, der ihren Vorstellungen entgegenkam. Aufgrund dieser Sonderrolle Frankreichs nahmen einige NPT-Mitgliedstaaten mit stark export-

orientierter Wirtschaft, unter anderem die Bundesrepublik, einen Konkurrenznachteil für sich wahr, was sie dazu veranlaßte, ihrerseits auf die Forderung nach full-scope-safeguards zu verzichten, auch dann, wenn ausschließlich NPT-Mitgliedstaaten als Anbieter konkurrierten.

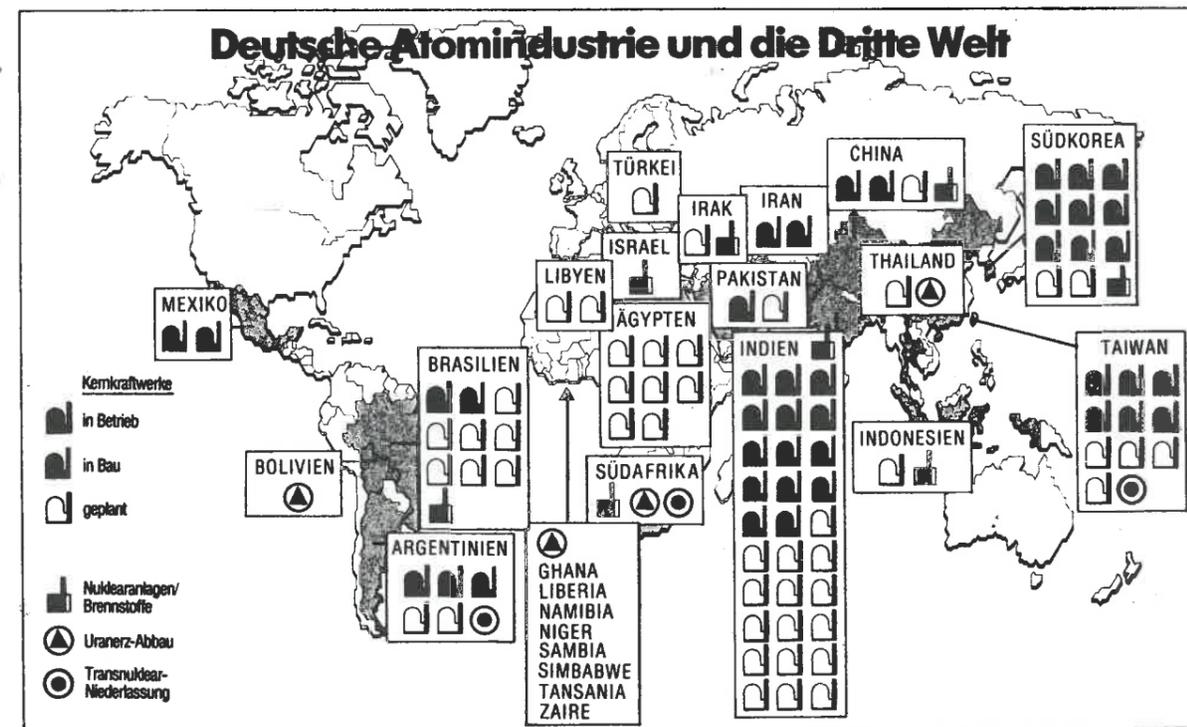
Ihr Verhalten versuchten sie bei den Überprüfungskonferenzen, welche im Abstand von fünf Jahren – bisher 1975, 1980 und 1985 – die Einhaltung der NPT-Bestimmungen kontrollieren und die in diesem Zusammenhang auftretenden Unstimmigkeiten klären sollen, durch eine veränderte Interpretation des oben zitierten Abschnitts zu legalisieren, so daß dieser nun gerade nicht für den Export in Nicht-NPT-Mitgliedstaaten zur Anwendung gebracht werden sollte. Die Diskussionen hierüber führten bei keiner Konferenz zu einem einvernehmlichen Ergebnis.

Durch immer deutlichere Hinweise in den letzten Jahren ist die Aufnahme Südafrikas und Israels (siehe Beitrag Atomkraft Israel in: AIB 3/1988; d. Red.) in den Klub der Atomkräfte nahezu sicher bewiesen. Es gibt Indizien dafür, daß die technischen Fertigkeiten zur Produktion von Kernwaffen von den Kernwaffen-Neulingen in geheimer Zusammenarbeit mit NPT-Mitgliedstaaten erworben wurden. Dies vergrößerte den Unmut der entschiedenen Kernwaffengegner, beispielsweise vieler Entwicklungsländer und Kanadas – und aus anderen Gründen auch den der USA – über die fortgesetzte

ten nuklearer Materialien und Technologien, diese für keinerlei nukleare Explosionen zu verwenden, als Vorbedingung für deren Export. Weiter wurde von den USA und Kanada gefordert, auf einen Export sensitiver Anlagen, wie Anreicherungsanlagen und Wiederaufarbeitungsanlagen, gänzlich zu verzichten, sowie in Empfängerländern obligatorisch full-scope-safeguards anzuwenden.

Gegen die Durchführung von full-scope-safeguards stellte sich, wie gewohnt, die Bundesrepublik gemeinsam mit Frankreich und konnte deren Gebot erfolgreich verhindern. Auch das Exportverbot für sensitive Anlagen scheiterte am Widerstand mehrerer Teilnehmer, unter Einschluß der Bundesrepublik.⁵ Erst am 22. Juni 1977 erklärte die Bundesregierung, vorerst keine weiteren Genehmigungen für den Export von Wiederaufarbeitungsanlagen zu erteilen; der Auftrag für den Export einer Wiederaufarbeitungsanlage, der schon 1975 erteilt wurde und bereits genehmigt war, wurde davon nicht berührt.⁶

Nachdem die Notwendigkeit von full-scope-safeguards 1985 bereits von einer großen Anzahl der NPT-Unterzeichnerstaaten anerkannt wurde, war die Bundesrepublik neben der Schweiz auf der Überprüfungskonferenz einer der letzten standhaften Gegner einer entsprechenden Regelung und man darf, denke ich, ohne Übertreibung sagen, daß für die bundesdeutsche Atomindustrie dann, wenn sie die Chance eines



(Aus: Stern)

Verhinderung einer verbindlichen Verpflichtung zu full-scope-safeguards durch die Verfechter eines „freien Nuklearhandels“, wie der Bundesrepublik und der Schweiz.

Um auf diesem Gebiet zu Fortschritten zu gelangen, wurden von den USA auch außerhalb des eigentlichen NPT-Komplexes Anstrengungen unternommen, schärfere Richtlinien für Nuklearexporte zu etablieren. Beratungen darüber wurden im Kreise der sieben bedeutendsten Exporteure – USA, UdSSR, Großbritannien, Bundesrepublik, Frankreich, Kanada und Japan – im Rahmen der sog. „Nuclear Supplier Group“ (auch „Londoner Klub“) angestellt.

Richtlinien, die am 27. Januar 1976 verabschiedet wurden, waren zum einen die Überwachung exportierter Anlagen durch die IAEA – auch nach Retransfer in Drittländer – und des weiteren die explizite Verpflichtung der Empfängersta-

Exportgeschäfts wittert, jegliche Rücksichtnahme auf die Belange der NPT-Ziele unerheblich wird.

Das Verhalten der Bundesrepublik war schon bei der Formulierung des NPT davon bestimmt, Rüstungskontrollbestrebungen den wirtschaftlichen Interessen unterzuordnen. Darauf folgend wurde das zentrale Anliegen des NPT ein weiteres Mal untergraben durch die standhafte, selbst gegen den Widerstand des Hauptverbündeten aufrechterhaltene Weigerung, full-scope-safeguards verbindlich vorzuschreiben. Denn dadurch erbringt nicht der Beitritt zum Vertrag Vorteil beim Erwerb kerntechnischer Anlagen, sondern werden im Gegenteil die Nicht-Unterzeichner, indem ihnen Sicherheitskontrollen erspart bleiben, belohnt.

Die bundesdeutsche Kernindustrie wußte die von ihrer Regierung geschaffenen Freiräume weitgehend zu ihrem Vorteil zu

nutzen. So diene in mindestens einem Fall der Verzicht auf full-scope-safeguards als Köder für einen lukrativen Exportauftrag. Auch der hohe Anteil von Nicht-NPT-Mitgliedstaaten unter den Geschäftspartnern bundesdeutscher Firmen zeigt sich nahtlos in das sonst sich darbietende Bild.

In der Zeitspanne von 1968 bis 1985 unterhielten bundesdeutsche Nuklearfirmen mit folgenden Dritte-Welt-Ländern Geschäftsbeziehungen oder versuchten solche zu knüpfen: Ägypten, Argentinien, Brasilien, China, Indien, Indonesien, Iran, Pakistan, Südafrika, Südkorea, Türkei. Nur vier dieser Staaten – Ägypten, Indonesien, Iran, Türkei – haben den NPT unterzeichnet.

Was die übergeordnete Struktur der Geschäfte anlangt, ist die Bemühung erkennbar, in dem jeweiligen Empfängerland nicht nur einzelne Anlagen, sondern einen kompletten Brennstoff-„Kreislauf“ aufzubauen; zumindest gilt dies bis zum Ende der 70er Jahre. Dieses Konzept schloß neben dem Verkauf von Kernkraftwerken auch den von Brennelementfabriken, Anreicherungsanlagen und Wiederaufarbeitungsanlagen ein. In den meisten Fällen beinhaltete die Zusammenarbeit auch die Aus- und Weiterbildung von Kerntechnikern aus dem Importland.

Ich möchte die auswärtigen Geschäftsbeziehungen der bundesdeutschen Nuklearindustrie nun in einigen Fällen etwas detaillierter darstellen.

Argentinien

Argentinien war das erste Land, in das die KWU ein Kraftwerk exportieren konnte. Am 21.2.1968 wurde ein Vertrag über die Lieferung eines Schwerwasserreaktors, der in Atucha errichtet wurde, unterzeichnet.⁷

Schwerwasserreaktoren begnügen sich mit Natururan als Brennstoff und kommen somit ohne Anreicherungsanlage aus. In der Bundesrepublik wurde dieses Reaktorkonzept nicht weiterverfolgt, nachdem der erste Reaktor dieses Typs in Niederaichbach sich als nicht funktionstüchtig erwies und nach einigen Tagen

Probetrieb stillgelegt wurde. Der Reaktor von Atucha war jedoch nicht wie der von Niederaichbach konstruiert, wohl aber wie der Mehrzweckforschungsreaktor Karlsruhe. Argentinien scheint bessere Erfahrungen damit gemacht zu haben, denn ab Mitte der 70er Jahre holte es Angebote für den Bau eines weiteren Schwerwasserreaktors, Atucha II, und einer Schwerwasserproduktionsanlage ein.

Bei diesem Geschäft spielten die Sicherheitsmaßnahmen gegen Spaltstoffabzweigung eine entscheidende Rolle. Zunächst reichten Kanada und die Bundesrepublik Angebote ein; dabei forderte Kanada full-scope-safeguards, die Bundesrepublik verzichtete anfangs darauf, schloß sich der kanadischen Forderung aber später auf Druck der USA an. Letztlich aber gelang es Argentinien und seinen späteren Geschäftspartnern aufgrund einer geschickten Aufspaltung des Geschäfts full-scope-safeguards zu umgehen.

Im Oktober 1979 bestellte Argentinien den Reaktor bei der KWU und die Schwerwasserproduktionsanlage bei der Firma Sulzer in der Schweiz. Die Schweiz, die ja auch im Fall von Meinungsverschiedenheiten nicht durch die Mitgliedschaft in einem Militärbündnis in dem Maß dem Druck der Bündnispartner ausgesetzt ist wie die Bundesrepublik, ist ein entschiedener Gegner der unbedingten Durchsetzung von full-scope-safeguards und forderte diese für die von ihr gelieferte Anlage daher auch nicht.

Die Bundesrepublik vertrat danach die Auffassung, daß dann für das weniger sensitive Kernkraftwerk Kontrollen auch überflüssig wären. Obwohl das deutsch-schweizerische Gemeinschaftsangebot erheblich teurer als das kanadische war, entschied sich Argentinien für jenes.⁸

So wie Kanada in diesem Fall zeigte, daß die Belange des NPT als Richtschnur für seine Exportpolitik an oberster Stelle stehen, und die sowohl bei den NPT-Überprüfungskonferenzen als auch im „Londoner Klub“ vorgebrachte Forderung, full-scope-safeguards verbindlich vorzuschreiben, durch seine Praxis un-

terstützte, erwies sich auch das Vorgehen der Bundesrepublik als konsequent. Nachdem das verkaufsfördernde Mittel des Verzichts auf full-scope-safeguards nicht mehr offen eingesetzt werden konnte, worauf offensichtlich die Vorgehensweise bei den Konferenzen zielte, fand man geeignete Wege, es versteckt weiter wirksam zu halten. Das Geschäft mit Argentinien bildet so das Beispiel einer vorbildlichen Einheit von Theorie und Praxis.

Auch auf dem Sektor der Wiederaufarbeitung fand eine Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern statt. Zwischen 1969 und 1972 war in Ezeiza eine Pilot-Wiederaufarbeitungsanlage in Betrieb, die mit bundesdeutscher Unterstützung errichtet worden war. Über die Kapazität dieser Anlage gibt es differierende Angaben von 1 kg Brennstoff pro Jahr (Bundesrepublik) bis 200 kg Brennstoff pro Jahr (SIPRI). Seit 1979 ist in Ezeiza eine Wiederaufarbeitungsanlage mit 5 t Brennstoff Jahreskapazität in Bau, welche nach den ursprünglichen Plänen 1986 in Betrieb gehen sollte. Dazu wurde möglicherweise italienische Hilfe in Anspruch genommen⁹; das Know-how aus der früheren Kooperation mit der Bundesrepublik auf diesem Gebiet war sicherlich hilfreich.

Schon 1969 wurde ein Regierungsabkommen über Zusammenarbeit in der wissenschaftlichen Forschung und technologischen Entwicklung zwischen Argentinien und der Bundesrepublik unterzeichnet. Mit Leben erfüllt wurde dieses 1971 durch eine Vereinbarung über eine Zusammenarbeit bei der Brennelement-Entwicklung und den Grundlagen des Brennstoffzyklus zwischen der Comisión Nacional de Energía Atómica und dem Kernforschungszentrum Karlsruhe.¹⁰ Die gemeinsame Arbeit war offensichtlich fruchtbar und stellte das argentinische Atomprogramm weitgehend auf eigene Füße, so daß Argentinien mittlerweile selbst als Exporteur von Nuklearanlagen auftritt – z.B. Mitte 1983 zwei Forschungsreaktoren an Peru.

In eigener Regie und geheim wurde seit 1978 eine Anreicherungsanlage errichtet. Am 18. November 1983 gab Argentinien

deren Fertigstellung bekannt; an eine militärische Nutzung sei nicht gedacht, wurde selbstverständlich betont. Da Argentinien als Nicht-NPT-Mitgliedstaat keine Kontrollen der IAEA zuzulassen braucht, ist eine internationale Überprüfung dieser Bezeugung nicht möglich.

Südafrika

Bei den nuklearen Beziehungen der Bundesrepublik zu Südafrika steht zunächst die eigene Brennstoffversorgung im Vordergrund. Die Zuverlässigkeit dieses Lieferanten wird von bundesdeutscher Seite offensichtlich sehr hoch eingeschätzt, denn der Anteil Südafrikas an der Gesamtmenge der Uranimporte steigerte sich von 27,2% im Zeitraum 1965 bis 1976, was schon der größte Einzelbeitrag war, auf 43% 1982. Es existiert ein Embargo-Beschluß der UNO gegen die Uranexporte Südafrikas, teils wegen der Apartheidpolitik im Land selber, teils wegen der Art und Weise, in der Südafrika sein Mandat über Namibia ausübt; ein wesentlicher Teil des Uranreservoirs, über das Südafrika verfügt, stammt aus Lagerstätten in Namibia.

Nicht gerne wird öffentlich über die Verbindung mit Südafrika auf nukleartechnologischem Gebiet gesprochen. 1975 wurde in Valindaba eine Anreicherungsanlage für Uran in Betrieb genommen, welche vorgeblich nach einem südafrikanischen Verfahren arbeitet. Offiziell wird bezüglich einer mutmaßlichen Beteiligung bundesdeutscher Firmen an diesem Projekt eingeräumt, daß ab Frühjahr 1974 die STEAG zusammen mit der südafrikanischen Uranium Enrichment Corporation (UCOR) eine vergleichende Wirtschaftlichkeitsstudie über das Trenndüsenverfahren von Prof. Becker, für das die STEAG das alleinige, weltweite Nutzungsrecht besitzt, und ein südafrikanisches Verfahren, das als Weiterentwicklung des Beckerschen Verfahrens dargestellt wird, durchgeführt habe.¹¹

Doch schon früher scheint, worauf Dokumente aus der südafrikanischen Botschaft in der Bundesrepublik hinweisen, welche der ANC 1975 veröffentlichte, eine geheime Mitwirkung der STEAG am südafrikanischen Verfahren stattgefunden zu haben.¹² Weiter bestand wohl zumindest von 1969 bis 1975

Aus der Abschlusserklärung der Alternativkonferenz „Atombomben – Made in Germany?“ Die BRD zum Atomenergie-Stopp zwingen

Eine Bestandsaufnahme zu den Gefahrenmomenten der Bonner Atompolitik und gemeinsame Forderungen zu ihrer Abwendung formulierte die bundesweite Alternativkonferenz „Atombomben – Made in Germany?“, die im September 1985 in Bonn stattfand. Sie tagte parallel zu der dritten Genfer Überprüfungskonferenz des Atomwaffensperrvertrages, wollte sie doch auch die Weltöffentlichkeit eindringlich auf die Gefahren der vertragswidrigen Atompolitik der BRD aufmerksam machen: auf ihre nukleare Aufrüstung, ihre faktische Weiterverbreitung von Atomwaffen (Exporte von AKWs, Atomtechnologie, angereichertes Uran usw.) und die heimliche Atombewaffnung über eine scheinbar zivile Atomtechnik.

(...) 40 Jahre nach Beendigung des vom deutschen Faschismus entfesselten Zweiten Weltkrieges werden in der Bundesrepublik zielstrebig alle Voraussetzungen sowohl für eine umfassende Teilhabe an der Verfügung über Atomwaffen als auch für eine nationale nukleare Bewaffnung geschaffen. Darüber hinaus wird seitens der BRD die atomare Aufrüstung innerhalb Westeuropas und der NATO beschleunigt und durch den Export von Atomwaffentechnologien die Anzahl von Atomwaffenstaaten weltweit erhöht. Anstatt also ihrer besonderen historischen Verantwortung für eine kriegsverhindernde Politik gerecht zu werden, wird durch die BRD der Atomwaffensperrvertrag bis heute fortlaufend vielfältig verletzt und damit in seinem Bestand gefährdet.

Das Beispiel der Bundesrepublik Deutschland

zeigt, daß ein hochindustrialisiertes Land auch innerhalb des Atomwaffensperrvertrages die technologische Schwelle zur Atommacht faktisch überschreiten kann. Denn jede hochentwickelte Atomtechnik ist gleichzeitig ein militärisches Potential und somit friedensbedrohend. Zivile und militärische Atomtechnik lassen sich nicht voneinander trennen. Entsprechender politischer Wille vorausgesetzt, ist jede Atomtechnologie militärisch nutzbar. (...)

1. Beteiligung der BRD an nuklearen Aufrüstungsprogrammen

Mit Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrages hatte sich die BRD verpflichtet, in redlicher Absicht Verhandlungen zu führen, „über einen Vertrag zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung unter strenger wirksamer internationaler Kontrolle“ (Art. VI, NPT). Im kras-

sen Gegensatz hierzu hat sich die BRD auch nach Vertragsunterzeichnung massiv für eine konventionelle und nukleare Aufrüstung eingesetzt: als Bundeskanzler forderte z.B. Helmut Schmidt 1977 als erster die Stationierung von neuen US-Mittelstreckenraketen. Die BRD hatte einen maßgeblichen Anteil am Zustandekommen des „Nach“-Rüstungsbeschlusses der NATO vom Dezember 1979... (...)

Eine andere höchst gefährliche, aber von der Öffentlichkeit noch weitgehend ignorierte Entwicklung wird derzeit im westeuropäischen Raum vorangetrieben. Schon heute ist die Bundesrepublik an der nuklearen Aufrüstung Frankreichs und Großbritanniens direkt und indirekt beteiligt. (...)

2. Weiterverbreitung von Atomwaffen durch Atomexporte aus der Bundesrepublik

Mit ihrer aggressiven Atomexportpolitik hat die Bundesrepublik fortwährend gegen Geist und Wortlaut des Atomwaffensperrvertrages verstoßen:

Der größte Teil der seit 1975 in der Bundesrepublik getätigten Atomexporte aus der BRD ging in die Länder, die dem Atomwaffensperrvertrag nicht beigetreten sind, und stabilisierte oftmals die dort herrschenden Regimes (z.B. in Brasilien, Argentinien, Südafrika, Pakistan und Indien). Die BRD hat mehr als jeder andere Sperrvertragsunterzeichner direkt nutzbar-

Atomwaffentechnologien (Wiederaufbereitungs- und Urananreicherungsanlagen) exportiert und als einziger Nuklearexporteur im Rahmen des Sperrvertrages bis heute auf vollständige Kontrolle bei den Empfängerländern bundesdeutscher Atomexporte verzichtet.

Das bundesdeutsche Atomprogramm war zwar schon immer in erster Linie ein Exportprogramm. Mit dem Niedergang und der Krise der Atomenergie in den Industriestaaten steigt aber die Gefahr, daß Länder der „Dritten Welt“ noch skrupelloser mit einer Technik penetriert werden, die sie in immer größere finanzielle und energiepolitische Abhängigkeit treibt.

Eine besonders skandalöse Tatsache ist in diesem Zusammenhang die fortwährende nukleare Kooperation der Bundesrepublik mit dem Apartheid-System in Südafrika und Namibia: Es waren u.a. Lieferungen von bundesdeutschen Atomanlagen und -Komponenten, die das Regime in Südafrika in die Lage versetzt haben, heute Atomwaffen herzustellen und damit drohen zu können. Das bundesdeutsche Atomprogramm wird im Gegenzug zu 40% mit Uran aus Südafrika und Namibia beliefert. Dies widerspricht eindeutigen Beschlüssen der UNO und stärkt das südafrikanische Apartheid-Regime und seine Herrschaft über Namibia.

Wir fordern deshalb von der Bundesregierung: – Unverzügliche Beendigung der Uranimporte und Einstellung jeglicher weiterer Kooperation mit Südafrika und Namibia, Beendigung aller Atomexporte und Aufkündigung bereits abgeschlossener Atomexportver-

träge, da es eine ausschließlich friedliche nukleare Technik nicht gibt.

– Einseitige Vorleistung für einen weltweiten Verzicht auf Atomenergie durch raschen Ausstieg aus der Atomenergienutzung in der Bundesrepublik. Einseitige Neuinterpretation von Artikel IV, Atomwaffensperrvertrag: Statt Erleichterung von Nukleartransfer, wie dort gefordert, maximale Förderung und Hilfe bei der Anwendung und Entwicklung von regenerativen Energiequellen.

Wir appellieren an die Teilnehmer der 3. Atomwaffensperrvertrags-Überprüfungskonferenz, zu bedenken, daß dem Artikel IV des Sperrvertrages die gefährliche und in der Praxis widerlegte Illusion einer prinzipiellen Trennbarkeit von ziviler und militärischer Atomenergie zugrundeliegt. Statt der Atomenergieförderung sollte den Unterzeichnerstaaten eine großzügige Förderung und Hilfestellung bei der Entwicklung nicht-nuklearer und umweltverträglicher Energiequellen garantiert werden.

3. Gefahren einer bundesdeutschen Atombewaffnung durch „zivile“ Atomanlagen

In der Bundesrepublik wird derzeit besonders massiv auf Atomtechnologien gesetzt, die ökonomisch und energiepolitisch unsinnig sind, jedoch den potentiellen Zugriff auf eigene Atomwaffen erleichtern... (...)

Wir fordern deshalb von der Bundesregierung bzw. den zuständigen Landesregierungen: – sofortige Einstellung jeglicher Plutoniumabtrennung und die Einstellung allen Umgangs mit hochangereichertem Uran. Das in Frank-

reich abgetrennte Plutonium aus bundesdeutschen Reaktoren ist der Internationalen Atomenergieagentur zur Lagerung und Bewachung zu übergeben. Da in jedem Atomkraftwerk Plutonium entsteht, bedeutet Widerstand gegen Plutoniumwirtschaft gleichzeitig Widerstand gegen Atomkraftwerke.

Die unverzügliche Stilllegung aller Atomanlagen ist aber auch deshalb unerlässlich, weil jedes Atomkraftwerk radioaktive Stoffe abgibt, die ungelösten Atommüllprobleme vergrößert und Unfallrisiken von bisher unbekannter Tragweite mit sich bringt.

Wir appellieren an die in Genf versammelten Teilnehmer der 3. Atomwaffensperrvertrags-Überprüfungskonferenz, jegliche Abtrennung von Plutonium und jegliche Erzeugung bzw. Verarbeitung von hochangereichertem Uran zu verurteilen und für unzulässig im Sinne der Artikel I und II des Nichtweiterverbreitungsvertrages zu erklären.

Der Trägerkreis der Konferenz „Atombomben – Made in Germany“ ruft dazu auf, die in diesen Tagen zusammengetragenen Erkenntnisse in der Öffentlichkeit bekannt zu machen und die hier erstmals entwickelte Aktionseinheit von Anti-AKW, Friedens- und Dritte-Welt-Solidaritäts-Bewegung auf lokaler und regionaler Ebene fortzusetzen, um koordiniert und zielgerecht für eine wirklich einseitige nukleare Abrüstung, einschließlich der Beendigung jeglicher Atomenergienutzung zu kämpfen.

Der Trägerkreis der Alternativkonferenz
6.-8. September 1985 in Bonn



Partner des bundesdeutsch-brasilianischen Atomvertrags (1975), Silveira und Genscher

eine geheime Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern, an der Regierungsvertreter und hohe Militärs der Bundesrepublik beteiligt waren. So hatten die Staatssekretäre Haunschildt und Rohwedder intensive Kontakte mit entsprechenden südafrikanischen Stellen, und die Bundestagsabgeordneten Lenzer (CDU) und Graf Lambsdorff (FDP) warben offen für ein deutsch-afrikanisches Urananreicherungsprojekt.¹³

Was hier offenbar stattgefunden hat, kann man wohl am besten als verborgenen Technologietransfer bezeichnen. Wenn die direkte Unterstützung durch Export der betreffenden Technologie politisch nicht opportun erscheint, werden im Rahmen einer leichter zu verbergenden Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Forschung und Entwicklung die relevanten Forschungsergebnisse weitergegeben, wozu in diesem Fall übrigens auch die wiederholten Forschungsaufenthalte südafrikanischer Wissenschaftler in bundesdeutschen Kernforschungseinrichtungen passen; der Verkauf einer Lizenz, der ein Genehmigungsverfahren über sich ergehen lassen mußte, wird damit überflüssig.

Beträchtlich war auch der materielle Beitrag zum südafrikanischen Atomprogramm, insbesondere zur erwähnten Anreicherungsanlage, durch Lieferung verschiedener, wichtiger Bauteile. So besteht der begründete Verdacht, daß Siemens und Messerschmidt-Bölkow-Blohm für das Beckersche Verfahren geeignete Trennelemente geliefert haben. Varian MAT, Bremen, lieferte Massenspektrometer, die speziell zur Betriebsüberwachung in Anreicherungsanlagen konstruiert wurden, und Leybold-Heraeus hochvakuumdichte und schnellschließende Großschieber.

Die Gutehoffnungshütte Sterkrade lieferte Spezialkompressoren; nach Angaben der Firma für ein Kohlekraftwerk. Es besteht der Verdacht, daß diese Kompressoren ebenfalls für die Anlage in Valindaba verwendet wurden. Die Firma Steigerwald lieferte eine Elektronenstrahl-Perforiermaschine zur Metallverarbeitung in der Anreicherungsanlage.¹⁴

1977 erreichte die Anlage, die keinerlei internationalen Kontrollen unterliegt, ihre volle Leistung von 50 kg hochangereichertem Uran pro Jahr.¹⁵ Im August 1977 wurde zunächst von der Sowjetunion, im Anschluß daran von den USA bestätigt, mittels Aufklärungssatellit eine Anlage für Atombombentests entdeckt. Aufgrund von Interventionen der amerikanischen, französischen, britischen und deutschen Regierungen erklärte Südafrika, keine Atombomben testen zu wollen. Die Anreicherungsanlage wurde allerdings weiterhin keinen Kontrollen geöffnet.¹⁶

Am 22. September 1979 registriert der amerikanische Überwachungssatellit Vela über dem Südatlantik einen für Kernexplosionen typischen Doppelblitz. Die Auswertung dieses Signals ergab, daß ein Test einer Bombe mit 2 bis 4 kt Sprengkraft, gezündet in geringer Höhe, stattgefunden haben könnte. Die Überprüfung dieses Ereignisses mit anderen Mitteln (seis-

mische Messungen, Messungen des Fall-Out) blieb ergebnislos und auch Berichte, es hätte sich in der fraglichen Zeitspanne ein Verband der südafrikanischen Kriegsmarine an der betreffenden Stelle aufgehalten, wurden nicht bestätigt.¹⁷

Die Hinweise auf die Mitgliedschaft Südafrikas im Klub der Kernwaffenstaaten – unter anderem auch wiederholte Bestätigungen ihrer Nuklearfähigkeit durch die südafrikanische Regierung¹⁸ – sind so überzeugend, daß im Schlußdokument der 3. NPT-Überprüfungskonferenz Südafrika als Atommacht aufgelistet ist. Obwohl die Bundesregierung dieses Dokument unterzeichnet hat, verzichtet sie bei verschiedenen Gelegenheiten, wie Anhörungen im Bundestag, zu ihrer Verteidigung nicht auf den Hinweis, daß die Beweise für einen südafrikanischen Kernwaffenbesitz nicht vollständig vorliegen.

Brasilien

Das bislang umfassendste Exportgeschäft zeichnete sich ab, nachdem am 27. Juni 1975 ein Regierungsabkommen, das die gesetzliche Grundlage für die Lieferung von Atomanlagen bereitstellte, zwischen der Bundesregierung und der brasilianischen Regierung abgeschlossen wurde.

Es wurden aufbauend darauf Rahmenvereinbarungen über die Lieferung von acht Kernkraftwerken, einer Anreicherungsanlage, von Brennelementfabriken, einer Pilotanlage zur Wiederaufarbeitung und einer Fertigungsanlage für große Reaktorkomponenten in Brasilien getroffen. Weiter wurden eine Gesellschaft für Prospektion, Exploration und Abbau von Uran gegründet, und eine Ingenieurfirma, die es Brasilien ermöglichen sollte, sein Kernkraftprogramm eigenständig zu betreiben. Abschließender Punkt war eine Vereinbarung über wissenschaftliche Zusammenarbeit und Technologietransfer.

Full-scope-safeguards gehörten nicht zu den Bedingungen dieser Vereinbarungen; das mit weniger Einschränkungen versehene Kontrollabkommen zwischen der Bundesregierung und Brasilien wurde dennoch von der IAEA gebilligt. Die KWU hatte sich maßgeblichen Einfluß auf alle für das brasilianische Atomprogramm bedeutenden Entscheidungen gesichert; an der Gesellschaft NUCLEN, die das Geschäft abwickelte, war sie zwar nur zu 25% beteiligt, entsandte aber vier stimmberechtigte Mitglieder in ein sog. technisches Komitee, das alle wichtigen Entscheidungen überprüft; Brasilien dagegen nur eines ohne Stimmrecht.¹⁹ Diese Regelung führte in Brasilien zu heftigen Kontroversen.

Der Bau der ersten beiden Kernkraftwerke verlief, zum Teil aufgrund technischer Probleme, schleppend und verzögerte sich noch weiter, als ab Beginn der 80er Jahre finanzielle Probleme Brasilien immer mehr bedrängten. Dagegen waren die Fortschritte auf dem Gebiet der Anreicherung und der Wiederaufarbeitung erheblich größer, was durch teilweise Umschichtung von Mitteln weg vom Kraftwerksbau, hin zum Bau dieser Anlagen erreicht wurde. Eine experimentelle Trenndüsen-Anreicherungsanlage wurde 1980 in Belo Horizonte fertiggestellt. Eine kommerzielle Anreicherungsanlage in Resende war zu diesem Zeitpunkt in den ersten Stadien ihrer Errichtung²⁰, die ersten Funktionstests daran wurden 1985 durchgeführt²¹ 1988 soll sie ihren routinemäßigen Betrieb aufnehmen.

Auf dem Gebiet der Wiederaufarbeitung erfolgte von 1980 bis 1982 eine Ausbildung brasilianischer Techniker in der Bundesrepublik. Seit 1983 wird in Resende an einer Wiederaufarbeitungsanlage gebaut, die nach den ursprünglichen Plänen 1986 betriebsbereit sein sollte. Über die jüngeren Entwicklungen dieses Projekts gibt es widersprüchliche Angaben: die Bundesregierung behauptete 1985, der Bau sei auf unbestimmte Zeit verschoben²², SIPRI dagegen meinte, daß der Status der Errichtung unklar sei.²³

Die brasilianischen Geschäftspartner der deutschen Unternehmen, insbesondere der Kraftwerksbetreiber NUKLEBRAS, sind Firmen, die im nichtmilitärischen Bereich tätig sind. Die militärischen Interessen Brasiliens werden durch die CNEN vertreten, die gleichzeitig oberste Kontrollbehörde der zivilen

Anlagen ist. Um nachzuweisen, daß ein militärischer Gebrauch der gelieferten Anlagen ausgeschlossen sei, wird von seiten der KWU und anderer deutscher Firmen vornehmlich auf die organisatorische Trennung des zivilen und militärischen Bereiches verwiesen.

Diese Trennung unterbindet nun allerdings nicht den Informationsfluß aus dem zivilen in den militärischen Bereich, vor allem dann nicht, wenn die militärische die zivile Organisation auch noch in gewissem Umfang überwacht. Der Präsident des CNEN hat vor kurzem bekanntgegeben, daß unter Leitung seiner Behörde seit 1979 Teile der Armee, Privatfirmen und Universitäten in einem Geheimprogramm mit Erfolg an der Entwicklung der Plutonium-Produktion gebastelt haben. Obwohl Brasilien nicht die Absicht habe, eine Bombe zu bauen, verfüge es jetzt über das nötige Know-how. Ohne die deutschen Technologielieferungen wären die Armee und das CNEN bei der Herstellung von angereichertem Uran nur zögernd vorangekommen, bemerkte der Direktor von NUKLEBRAS.²⁴

In den letzten Jahren bahnt sich eine argentinisch-brasilianische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Konstruktion eines Schnellen Brüters, einer ausgezeichneten Quelle waffenfähigen Plutoniums, an. Selbstverständlich werden militärische Ambitionen bestritten. Unerwähnt soll allerdings nicht bleiben, daß Argentinien sich nach dem Falkland-Krieg 1982 sehr beeindruckt zeigte von den britischen Atom-U-Booten, da es vier von diesen gelang, die argentinische Marine weitgehend lahmzulegen. Darüber hinaus hatte in ganz Südamerika der Falkland-Krieg eine beträchtliche Ausweitung der Rüstungsausgaben zur Konsequenz.²⁵

Wird fortgesetzt

Anmerkungen:

- 1) Bundestags-Drucksache 7/994, S.20
- 2) Ebd., S. 8
- 3) Ebd., S. 7
- 4) Ebd., S. 8
- 5) T. Winkler, Kernenergie und Außenpolitik, Berlin 1981, S. 324-327, zit. nach: H. Hirsch, Atompolitik für Macht und Profit, Hannover, 1985
- 6) Bulletin, 22.6.1977; zit. nach: H. Hirsch, Atompolitik..., a.a.O.
- 7) J. Radkau, Aufstieg und Krise der deutschen Atomwirtschaft 1945-1975, Reinbek 1983, S. 271f.; zit. nach: H. Hirsch, Atompolitik..., a.a.O.
- 8) L.S. Spector, Nuclear Proliferation Today, New York 1984, S. 209f.; zit. nach: H. Hirsch, Atompolitik..., a.a.O.
- 9) L.S. Spector, Nuclear..., a.a.O., S. 212-219 und 232f.
- 10) Bundestags-Drucksache 9/1657, Frage 84; zit. nach: H. Hirsch, Atompolitik..., a.a.O.
- 11) atw = Atomwirtschaft 5/1974; zit. nach: H. Hirsch, Atompolitik, a.a.O.
- 12) G. Verheugen, Apartheid, Köln 1986, S. 124f.
- 13) Ebd., S. 125
- 14) Ebd., S. 127f.
- 15) L.S. Spector, Nuclear..., a.a.O., S. 289
- 16) Ebd., S. 292f.
- 17) Ebd., S. 453-457
- 18) G. Verheugen, Apartheid, a.a.O., S. 124
- 19) L.S. Spector, Nuclear..., a.a.O., S. 242f.
- 20) Ebd., S. 245
- 21) atw 10/1985; zit. nach: H. Hirsch, Atompolitik..., a.a.O.
- 22) Bundestags-Drucksache 10/3687, S. 5; zitiert nach: H. Hirsch, Atompolitik..., a.a.O.
- 23) D. Fischer und P. Szasz, Safeguarding the Atom – A Critical Appraisal, London/Philadelphia 1985, S. 183; zit. nach: H. Hirsch, Atompolitik..., a.a.O.
- 24) Die Zeit: Atommacht Brasilien, 9.1.1987, S.8
- 25) SIPRI: Waffenexport und Krieg, Reinbek 1984, S. 287-292

Verschuldungskrise

Rainer Falk

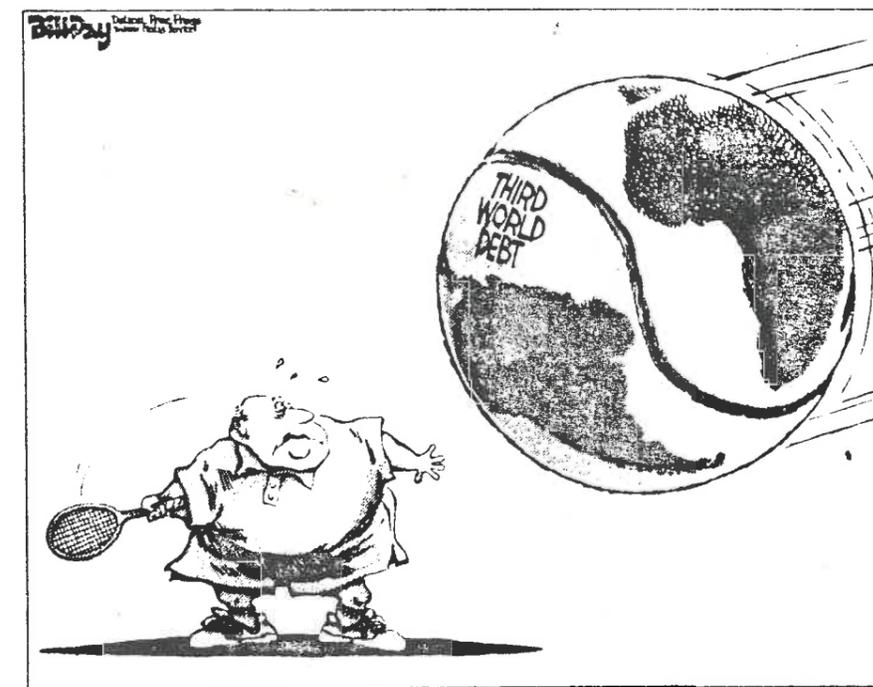
Die Schulden sind unbezahlbar

Zum Auftakt der IWF/Weltbank-Kampagne

Am 14./15. Mai werden sie wieder zusammentreffen, die Finanz- und Entwicklungshilfeminister, die Notenbankchefs, die Privatbankiers und die Funktionäre der internationalen Finanzorganisationen, zur Jahrestagung von Internationalem Währungsfonds (IWF) und Weltbank in Washington.

Für die Dritte-Welt- und Solidaritätsbewegung ist dies Anlaß für den Startschuß zu der seit langem geplanten Kampagne '88, die im September dieses Jahres, wenn IWF und Weltbank in West-Berlin ihr alljährliches Gipfeltreffen veranstalten, ihren Höhepunkt erreichen soll.

Die Crème des internationalen Finanzmanagements wird dieses Ereignis auf ihre Art vorbereiten: mit weiteren Schritten zu einer Krisenbewältigung bei der die Grundinteressen der Hauptakteure, der Großbanken und westlichen Regierungen, gewahrt bleiben, bei der gleichwohl aber neuen Zwängen und Fakten Rechnung zu tragen ist.



Denn was bisher auf dem Wege traditioneller Umschuldungsverhandlungen erreicht wurde, schob die Probleme allenfalls auf die lange Bank, ohne an der Verschuldungssituation — und damit an der auch für den Bestand des bestehenden Weltfinanzsystems risikoreichen Konfliktlage — etwas grundsätzlich zu verändern. Gerade die mit der bisherigen Umschuldungspraxis zentral verbundene Überlegung, die Entwicklungsländer könnten ihre Schulden niemals zurückzahlen, erweist sich immer mehr als reine Fiktion.

Zwei neue Modelle fanden deshalb in letzter Zeit besondere Aufmerksamkeit: ● **Debt-to-Equity-Swap:** Vereinfacht gesagt, geht es hierbei um die Umwandlung von Schuld- in Eigentumstitel. Die Schuldnerländer übertragen den Gläubigerbanken im Austausch für offenstehende Kredite Eigentumsrechte (Aktien) an einheimischen Unternehmen, die diese dann auf dem „freien“ Markt zum Verkauf anbieten.

Im Zuge des vom IWF verordneten Trends zur monetaristischen Wirtschaftspolitik mit der bekannten Orientierung auf Privatisierung als Allheilmittel stehen gegenwärtig weltweit ohnehin rund 1.000 Staatsunternehmen zum Verkauf an. Auf den ersten Blick ein geradezu genialer Plan, der vor allem den transnationalen Konzernen einen weiteren Zugriff auf Ressourcen und Produktionskapazitäten der Entwicklungsländer ermöglicht.

Doch das Interesse der „Multis“ an neuen Direktinvestitionen ist gegenwärtig eher mäßig. Weltweit legen sie ihr Kapital mit Priorität in Geld- und Kreditgeschäften sowie zu Spekulationszwecken an. Und: Nicht alle Dritte-Welt-Staaten sind so mir-nichts-dir-nichts zum Totalausverkauf bereit.

● **Mexiko-Deal:** Hier sollte erstmals ein Teil der Auslandsschulden erlassen werden, und zwar — wiederum vereinfacht — über den Austausch von Schuldtiteln gegen (mexikanische) staatliche Schuldverschreibungen, deren Rückzahlung die US-amerikanische Regierung garantiert. Das Novum: Die Staatsanleihen sollten gegenüber dem Nominalwert der alten Schuldtitel nach unten korrigiert werden, so daß sie dem niedrigeren Marktpreis entsprechen, zu dem ein Teil der Schulden längst auf dem sog. Sekundärmarkt gehandelt wird.

Doch von den ursprünglich geplanten rund 10 Mrd \$ (ca. 10% der mexikanischen Gesamtschulden), die auf diese Weise erlassen werden sollten, bleibt jetzt — nach Abschluß der Prozedur — nur ein Schuldennachlaß von 1,1 Mrd \$ übrig. Das entspricht einer Zinseneinsparung von etwa 75 Mio \$ pro Jahr, lediglich 1% der laufenden Belastung durch den Schuldendienst.

Ein Tröpfchen auf den heißen Stein und ein kläglicher Lohn für einen hohen Preis, wenn man in Rechnung stellt, daß der Deal wohl nur deshalb zustande kam, weil sich das Land parallel dazu mit einer neuerlichen IWF-Roßkur einverstanden erklärte.

Immerhin aber könnte sich das Ganze von symbolträchtigem Wert erweisen und eine Signalfunktion für zukünftige Arrangements bekommen: Zum ersten Mal wurde der Unterschied zwischen dem Nominal- und dem tatsächlichen Wert der Schulden anerkannt — ein Eingeständnis der Banken, daß ein Teil der Dritte-Welt-Schulden uneinbringlich, d.h. unbezahlbar ist. (Insgeheim haben viele Banken einen beträchtlichen Teil der Schulden längst abgeschrieben.) Zum zweiten bringt die Garantieerklärung der US-Regierung ein neues politisches Moment in die Schuldenproblematik: Sie verweist auf die Notwendigkeit von mehr staatlicher Intervention und Regulierung in den internationalen Finanzbeziehungen und folgerichtig darauf, daß die Schuldenkrise nur politisch gelöst werden kann.

Doch damit stellt sich zugleich erneut die Frage, auf wessen Kosten ermäßigte Zinsen und erlassene Schulden zu finanzieren sind, auf Kosten von Sozialleistungen und der Masse der Bevölkerung oder auf Kosten von Profiteinkommen, Gewinnsubventionen und Rüstungsausgaben.

Die Solidaritätsbewegung in der Bundesrepublik hat sich bislang auf die Forde-

Der US-Schuldennachlaß für Mexiko ist nur ein Tröpfchen auf den heißen Stein, zumal es sich parallel auf eine neuerliche IWF-Roßkur einließ

rung nach einem globalen Schuldenerlaß verständigt, verbunden mit der allgemeinen Orientierung auf „eine tiefgreifende Veränderung der internationalen Beziehungen und gesellschaftlichen Machtverhältnisse“ (so die gemeinsame Erklärung der IWF/Weltbank-Kampagne). Dies greift die weitreichendsten Forderungen auf, die von den Betroffenen in der Dritten Welt gestellt werden und gibt als politische Hauptlosung die richtige Richtung an.

Auf Dauer jedoch wird — auch um der Mobilisierungsfähigkeit hiezulande willen — kein Weg darum herumführen, dem Krisenmanagement von IWF und westlichen Regierungen, darunter auch der Bundesregierung, wesentlich konkretere Alternativen entgegenzustellen. Die Diskussion darüber ist in vollem Gange:

● Die Streichung der Auslandsschulden wird am Ende nur in einer globalen Neuverhandlung der Schuldenfrage erfolgen können. Mitentscheidend wird sein, in welchem institutionellen Rahmen dies erfolgt: in Gremien, die von den kapitalistischen Industrieländern dominiert werden oder in denen das Gewicht der Dritten Welt zur Geltung kommen kann, wie im Rahmen der Vereinten Nationen.

● Die Koppelung von Schuldenerlassen mit positiven entwicklungspolitischen Auflagen, wie zuweilen vorgeschlagen, ist eine fromme Illusion, bei der zudem der Bock zum Gärtner gemacht werden soll. Viel entscheidender ist die Veränderung der internationalen Machtverhältnisse im Sinne einer echten Demokratisierung der Weltpolitik und Weltwirtschaft.

Die bloße Abschaffung von IWF und Weltbank hilft hier keinen Schritt weiter. Erforderlich ist eine gründliche „Revision ihrer Methoden, Doktrinen und Statuten“ (Fidel Castro), ihre Umstrukturierung nach dem Prinzip „Ein Land — eine Stimme“. Eine solche Perspektive eröffnet automatisch auch neue Spielräume für fortschrittliche Entwicklungswege in der Dritten Welt.

● Die Überwälzung der Kosten der notwendigen Entschuldung der Dritten Welt auf die Masse der abhängigen Bevölkerung in den Industrienationen muß verhindert werden, wenn diese für eine Lösung der Schuldenfrage mobilisiert werden soll. Deshalb kommt Vorschlägen, die Entschuldung aus eingesparten Rüstungsausgaben, also durch Abrüstung, zu finanzieren, eine so herausragende Bedeutung zu.

● Die geforderte Neue Weltwirtschaftsordnung geht uns alle an. Sie darf nicht ausschließlich Gegenstand von Verhandlungen auf Regierungsebene bleiben. Sie muß auch auf nationaler Ebene, von unten, vorangetrieben und konkretisiert werden.

Gefragt ist dabei die Phantasie und Kreativität von „alten“ und „neuen“ sozialen Bewegungen, von Gewerkschafts- und Frauenorganisationen, von Jugend- und Umweltverbänden, von Parteien und Friedensbewegung. Die Zusammenarbeit in der Kampagne '88 gibt hierzu Gelegenheit.

Rainer Falk (Salzböden), Sozialwissenschaftler, arbeitet gegenwärtig für das Antimperialistische Solidaritätskomitee (ASK) im Arbeitsausschuß der IWF/Weltbank-Kampagne und im Koordinierungskreis Verschuldung des BUKO mit.

Adressenänderungen bitte rechtzeitig bekanntgeben!

AIB-Leserservice, Postfach 510868, 5000 Köln 51, Tel. 0221-36002-0

Reinhard Brückner

Christen gegen Apartheid-Südafrika (I) Internationale Kirchenverbände bekämpfen Apartheid

Mit moralischer und politischer Einflußnahme natürlich. Wie anders? Sie dabei zu unterstützen ist wichtig, besonders in der Bundesrepublik! Denn die bundesdeutschen Kirchen verurteilen Apartheid als „Sünde“, geben Südafrikas Kirchenrat Geld, finanzieren Projekte, vermeiden aber jeden Konflikt mit bundesdeutschen Banken, Unternehmen, Politikern, auch eigenen Leuten, die den „Reformkurs“ des Systems fördern.

Der Weltkirchenrat begann diesen Kampf nach den Schüssen von Sharpeville (1960) auf gegen die Arbeitspässe protestierende Schwarze. Seine Vertreter und die südafrikanischen Kirchen trafen sich in Cottesloe, Johannesburg und verurteilten Apartheid. Seither dürfen Weltkirchenratsleute Südafrika nicht mehr betreten, werden sie als kommunistisch gesteuert beschimpft.

Damals trennte sich der reformierte Pfarrer Beyers Naudé von seiner die Apartheid noch heute tragenden Niederdeutsch Reformierten Kirche. Er gründete das von Kirche und Staat angefeindete, 1977 verbotene Christliche Institut und war noch 1987 Generalsekretär des Südafrikanischen Rates der Kirchen. Die Jahresversammlung dieser Dachorganisation nicht-rassistischer, überwiegend schwarzer Kirchen (zusammen ca. 15 Mio Mitglieder) bekannte sich vergangenen Juli zur **Lusaka-Erklärung**. Deren Kernpunkt, die Gewaltfrage, diskutierten die Delegierten leidenschaftlich in einer nicht-rassistischen Privatschule in Bosmont, einem der „Farbigen“-Gettos von Johannesburg.

In Anwesenheit von Presse und Regierungsspitzen erklärten sie: „Wir bestätigen das unbestreitbare Recht der Menschen von Südafrika und Namibia, Gerechtigkeit und Frieden durch die Befreiungsbewegungen zu sichern. Während wir dem friedlichen Wechsel verpflichtet bleiben, erkennen wir, daß die Natur des südafrikanischen Regimes, das gegen seine Einwohner und Nachbarn Krieg führt, die Bewegung zwingt, Gewalt neben anderen Mitteln anzuwenden, um die Unterdrückung zu beenden. Wir rufen die Kirchen und die internationale Gemeinschaft auf, nach Wegen zu suchen, diese Anerkennung des Befreiungskampfes in der Region wirksam zu machen und ihre Kontakte mit den Befrei-



Ein starkes Anti-Apartheid-Engagement kommt von kirchlichen Kreisen der USA: ANC-Präsident Tambo (l.) zusammen mit Reverend Jesse Jackson in der Riverside-Kirche in New York

ungsbewegungen zu verstärken.“

So die entscheidende Feststellung der Lusaka-Erklärung vom Mai 1987. 43 Delegierte stimmten mit „Ja“, 3 mit „Nein“, 6 enthielten sich. Pretoria schluckte den Beschluß. Die Vereinigte Demokratische Front (UDF), der Gewerkschaftsverband COSATU, die Mitgliederorganisationen des Südafrikanischen Jugendkongresses (SAYCO) und viele andere, kurz, die Menschen in den Townships und Homelands, sahen ihren Kampf von den Kirchenleuten bestätigt. Die beschlossen ferner, der Nationale Kirchenrat solle sich auch künftig mit den Befreiungsbewegungen, Afrikanischer Nationalkongreß (ANC) und Südwestafrikanische Volksorganisation (SWAPO), auch dem Panafrikanischen Kongreß (PAC), treffen. Seit Jahren arbeiten der Weltkirchenrat und internationale Kirchenverbände, auch Südafrikas Kirchenrat, so eng wie möglich mit diesen zusammen.

10 Jahre nach Cottesloe (1970) startete der Weltkirchenrat das **Anti-Rassismusprogramm** und dessen Sonderfonds. Damit fördert er den Rassismus bekämpfende Organisationen in aller Welt. Im Südlichen Afrika, besonders nach der Unabhängigkeit von Mosambik, Angola und Simbabwe, erhalten ANC und SWAPO, auch PAC, jährliche Zuwendungen von ca. 25.000 bis 125.000 \$. Diese kleinen (ohne Verwendungsnach-

weis gegebenen) Beträge sind wichtige Zeichen der öffentlichen Anerkennung der Befreiungsbewegungen und ihres Kampfes.

Sie sind entsprechend umstritten. Als die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau 1970 100.000 DM für den Sonderfonds beschloß, erhob sich ein Entrüstungsturm in der bundesdeutschen Öffentlichkeit. Seither verweigern bundesdeutsche Kirchen Zuwendungen aus Kirchensteuermitteln — von der Ev. Kirche im Rheinland inzwischen modifiziert. Kirchen in der DDR und in anderen Ländern unterstützen die Bewegungen und geben Zuschüsse an den Sonderfonds.

Der Südafrikanische Kirchenrat fordert seit 1974 Südafrikas Weiße zur Wehrdienstverweigerung auf. Damals erklärten die Delegierten, die „fundamental ungerechte und diskriminierende Apartheid-Gesellschaft“ provoziere „die Gegengewalt der Terroristen oder Freiheitskämpfer“. (Ich saß, als Delegierter der Christlichen Akademie im Südlichen Afrika, neben B. Naudé und duckte mich vor den Teleobjektiven der als Journalisten getarnten Regierungsinformanten.) Regierung und Öffentlichkeit schäumten. Und das Parlament erweiterte das Verteidigungsgesetz, das ab sofort Wehrdienstverweigerung und jede Art seiner Erörterung mit 10.000 Rand (40.000 DM) und/oder 5 Jahren Haft bedrohte.

Der Weltbund Reformierter Kirchen suspendierte 1982 die das System tragenden weißen Burenkirchen wegen Häresie (Gotteslästerung) von der Mitgliedschaft. Er wählte den „farbigen“ Studentenfarrer der einzigen für Südafrikas „Farbige“ zugelassenen Universität, A. Boesak, zum Präsidenten.



Südafrikanischer Weltbund-Präsident Allan Boesak vor einem Mandela-Porträt

Boesak hatte schon vorher (1978) Südafrikas Christen/innen und Kirchen zum zivilen Widerstand aufgerufen und wurde später (1983) zum Schirmherrn der Vereinigten Demokratischen Front (UDF) gewählt.

1984 suspendierte auch der Weltbund Lutherischer Kirchen die drei rassistischen deutschsprachigen Kirchen von Südafrika und Namibia von der Mitgliedschaft (zusammen knapp 30.000 Mitglieder). Seit 1977 hatte er von seinen Mitgliederkirchen ein dem Glauben gemäßes Handeln gegen Apartheid gefordert (status confessiones).

Im September 1984 zwang das Regime dem Land die „neue“ Verfassung auf, u.a. das Drei-Kammer-Parlament für Weiße, „Farbige“ und Inder, dessen Wahl beide Bevölkerungsgruppen zu über 82% boykottierten. Schwarze „Township-Räte“ bei Sharpeville erhöhten die Mieten – und der Sturm brach los. Ein Jahr später (Juni 1985) verhängte die Regierung den seither immer wieder verschärften Ausnahmezustand. Wochen später erklärten südafrikanische Theologen in ihrem inzwischen weltweit bekannten Kairos-Dokument, das Regime sei „nicht reformierbar“, „tyrannisch“, ein „Terror-Regime“, „der Feind des Volkes“ und von diesem so genannt: „Der Feind“.

Der Weltbund widerstand dem Druck seiner bundesdeutschen Mitgliedskirchen (Baden-Württemberg, Bayern u.a.),

die Suspendierung aufzuheben. Vertreter der Mitgliedskirchen des Weltkirchenrates und 40 südafrikanische Kirchendelegierte trafen sich Ende 1985 in Harare. Sie forderten alle Kirchen in und außerhalb Südafrikas auf, die Befreiungsbewegung zu unterstützen. Sie sollten auf die internationale Gemeinschaft Druck ausüben, „sofortige und zwingende Sanktionen“ wirtschaftlicher, politischer, kultureller und diplomatischer Art zu verhängen. Ferner: ein verpflichtendes Waffen- und Rüstungsembargo, Disinvestment, keine weiteren Anleihen an Staat oder Wirtschaft, Importverbot für südafrikanische Waren (besonders Gold), Exportverbot für Öl und andere Güter usw.

Im Oktober 1986 zwang der US-Kongreß Reagan unter dem Druck US-amerikanischer Kirchen, Gewerkschaften und Anti-Apartheid-Verbände, Sanktionen gegen Pretoria zu verhängen. Zahlreiche US-Firmen und Banken zogen sich seither aus dem Apartheidgeschäft zurück. Die EG verhängte einige, von London und Bonn abgeschwächte Maßnahmen (die bundesdeutschen Kirchen verweigerten jeden Druck). Skandinavische und andere Regierungen (Kanada, Australien u.a.) brachen, von ihren Kirchen, Gewerkschaften usw. bedrängt, Wirtschafts- und andere Beziehungen weitgehend ab.

Im Mai 1987 folgte die vom Weltkirchenrat einberufene Lusaka-Konferenz. Ca. 60 namibische und südafrikanische Kirchenvertreter/innen nahmen teil, erstmals (offiziell) auch die Befreiungsbewegungen ANC, PAC und SWAPO.

Inzwischen lauten die kirchlichen Forderungen in aller Welt auf Bankenboykott, Sanktionen und Rückzug aus dem Apartheidgeschäft

Staatspräsident Kaunda eröffnete die Beratungen, ANC-Präsident O. Tambo erhielt stehenden Applaus, auch B. Naudé. Ihre gemeinsame Erklärung fordert erneut die Unabhängigkeit Namibias und die Unterstützung auch der Frontstaaten.

Die Kirchen der Welt sollen die Regierungen, Banken, Wirtschafts- und Handelsunternehmen ihrer Länder zu Sanktionen drängen. Die internationale Gemeinschaft soll „sofortige und umfassende Sanktionen gegen Südafrika und Namibia“ verhängen. Im August 1988 wird sich der in Hannover tagende Zentralschuß des Weltkirchenrates damit befassen.

Der Weltkirchenrat verschärfte Anfang 1987 seine Forderungen zum Banken-

boykott. Zu den seit 1981 geltenden Boykottkriterien (Darlehensvergaben seit 1976, besonders für militärische oder nukleare Vorhaben, Management für Darlehen oder Schuldüberschreibungen, Niederlassung in Südafrika) kommen hinzu: Kredite an Privatfirmen, staatlich kontrollierte Unternehmen oder Banken seit 1984 (Verfassungsänderung), an Homelands, Geschäftsverbindungen mit Namibia.

Kirchen, kirchliche, Anti-Apartheid- und andere Gruppen von den USA, Skandinavien bis Neuseeland üben entsprechenden Druck auf Banken aus. Der nimmt auch in der Bundesrepublik zu (Evangelischer Kirchentag 1987, siehe AIB 6/1987; d. Red.), wenn auch bisher nicht mit dem gewünschten Erfolg.

Auch der weltweite Verein Christlicher Junger Menschen (CVJM) erklärte (Juli 1987) das Apartheidsystem für „kriminell“. Er rief seine 7.000 Einzelorganisationen und 30 Mio Mitglieder zur Kontenündigung bei Banken, die mit Südafrika Geschäftsbeziehungen halten, auf, ebenso zur Zurücknahme finanzieller Beteiligungen bei Unternehmen.

Neben Weltkirchenrat und Lutherischem Weltbund ist der CVJM die dritte christliche Weltorganisation, die dazu auffordert und in der Genfer Zentrale auch praktiziert. (Die zur evangelischen Seite neigenden bundesdeutschen Verbände halten sich zurück.)

Die Allafrikanische Kirchenkonferenz wählte bei ihrer 5. Tagung in Togo (Lomé, August 1987) den südafrikanischen Erzbischof Tutu zum Präsidenten. Sie übernahm die Erklärungen von Harare und Lusaka und rief zusätzlich alle christlichen Menschen und Regierungen afrikanischer Staaten auf, „die Befreiungsbewegungen Südafrikas und Namibias“ zu unterstützen.

Evangelikale Weltorganisationen, auch der bundesdeutsche Dachverband, halten sich, außer mit allgemeiner Verurteilung der Apartheid, sehr zurück. Sie befürworten die „Reformpläne“ des Regimes und verdächtigen die Befreiungsbewegungen, kommunistisch gesteuert zu sein (so auch der einflußreiche Informationsdienst der E. Allianz, Idea, in Wetzlar).

Auch die katholische Weltkirche bleibt, von der späten und allgemeinen Verurteilung der Apartheid durch den Papst abgesehen, bemerkenswert zurückhaltend.

Einige nationale Bischofskonferenzen dagegen, eine Vielzahl von Diözesen (nicht bundesdeutschen) und Ordensgemeinschaften, besonders in den USA, drängen die Regierungen und Unternehmen ihrer Länder zu Sanktionen und zum Rückzug aus dem Apartheidgeschäft. *Wird fortgesetzt*

Palästina



FRAGE: Der Aufstand in den besetzten Gebieten begann am 8. Dezember 1987 relativ spontan. Am 3. Januar 1988 meldete sich erstmals eine „Vereinigte Nationale Führung des Aufstandes“ mit einer Erklärung zu Wort. Wen repräsentiert diese Führung? Was sind ihre Forderungen?

Y. ABED RABO: Die „Vereinigte Nationale Führung des Aufstandes“ ist ein Organismus, der sich im Verlauf des Kampfes, den das palästinensische Volk am 8. Dezember begann, herausbildete. Ihr gehören Vertreter der wichtigsten palästinensischen Organisationen an, die in der PLO zusammengefaßt sind: der Fatah, der Demokratischen Front, der Volksfront und der Kommunistischen Partei Palästinas. In ihr sind Vertreter nationaler Komitees, der Volkskomitees, aber auch des Teils der palästinensischen Bourgeoisie, die an dem Ziel der nationalen Unabhängigkeit festhält, vertreten.

Grundlage der Arbeit dieser nationalen Führung ist das Programm der PLO, das die Beendigung der israelischen Besatzung und die Errichtung eines unabhängigen palästinensischen Staates unter der Führung der PLO fordert und das die Abhaltung einer internationalen Konferenz in Anwesenheit der PLO als einzig legitimer Vertreterin des palästinensischen Volkes als einzigen geeigneten Rahmen für eine Lösung betrachtet. Darüber hinaus hat diese „Nationale Führung“ Sofortforderungen erhoben: Sofortige Beendigung der israelischen Repression, die Respektierung der vierten Genfer Konvention über „Besetzte Gebiete“, Freilassung der Gefangenen, deren Zahl sich inzwischen auf Tausende beläuft, Rückzug der israelischen Armee aus den Städten und Flüchtlingslagern, Stopp der Deportationen von palästinensischen Patrioten aus ihrer Heimat, Stopp der Angriffe auf die Gewerkschaftsfreiheit und Beendigung der Einmischung in die Angelegenheiten von Gewerkschaftsinstitutionen, Bildungseinrichtungen, Universitäten usw. Die

Interview mit Yasser Abed Rabo

Aufstand bis zur Errichtung eines Palästinenserstaates

Die Rebellion der Palästinenser in der okkupierten Westbank, Gaza und Ost-Jerusalem beweist mit dem Eintritt in den fünften Monat Beharrungsvermögen. Aus der Sicht der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) hat sie die festgefahrene Szenerie des Nahostkonflikts nicht nur in Bewegung gebracht, sondern auch das Startsignal zur Errichtung eines Palästinenserstaates gegeben. So der Tenor eines Interviews, das Ivesa Lübben-Pistofidis für das AIB mit Yasser Abed Rabo, Mitglied des PLO-Exekutivkomitees und stellvertretender Generalsekretär der Demokratischen Front für die Befreiung Palästinas (DFLP), führte.

„Vereinigte Nationale Führung“ repräsentiert in ihrer Zusammensetzung die verschiedenen Klassen des palästinensischen Volkes, die Arbeiter, Bauern und die palästinensischen Nationalbourgeoisie. Sie repräsentiert unterschiedliche soziale Gruppen, die Frauen, die Studenten, die Jugendlichen. Sie repräsentiert verschiedene Berufsgruppen.

Diese Führung faßt das gesamte Volk in den besetzten Gebieten zusammen. Und sie genießt zugleich die vollständige Unterstützung dieses Volkes. Indiz dafür ist, daß die Positionen der Nationalen Führung uneingeschränkten Widerhall innerhalb des palästinensischen Volkes fanden und daß ihren Anweisungen, z.B. den Aufrufen zum Generalstreik oder zu anderen Widerstandsaktionen, überall Folge geleistet wurde.

Die Führung ist mit den Massen über ein breites Netz von Volkskomitees, die in den Flüchtlingslagern, in den Stadtteilen und Dörfern gebildet wurden, verbunden. Sie ist einerseits Ausdruck des Willens unseres Volkes und ist andererseits der Arm der PLO in den besetzten Gebieten.

Palästinensischer Gefangener im Flüchtlingslager Mughazi im Gaza-Streifen



In den letzten Wochen traten der „Vereinigten Nationalen Führung“ auch Repräsentanten derjenigen religiösen Richtung bei, die sich dem Programm der PLO verpflichtet fühlen. Das bedeutet, daß es heute keine Strömung oder Kraft mehr gibt, die außerhalb dieser Nationalen Führung geblieben ist.

FRAGE: Ist nicht zu befürchten, daß sich mit dieser Führung eine Alternative zur PLO entwickelt?

Y. ABED RABO: Das glaube ich nicht. Denn, wie ich schon sagte, die Nationale Führung setzt sich aus Organisationen zusammen, die ja alle im Rahmen der PLO arbeiten. Unserer Meinung nach ist es nur selbstverständlich, daß in den besetzten Gebieten, wo der bedeutendste Teil des palästinensischen Volkes lebt, wo wir eine integrale Gesellschaft vorfinden, die die verschiedensten Schichten unseres Volkes umfaßt, auch eine Führung existiert, die auf der Basis der Programmatik der PLO die Verantwortung für den Tageskampf übernimmt.

Derjenige, der meint, daß sich daraus Konkurrenzen oder Spannungen ergeben, irrt. Im Gegenteil: Dadurch wird die Kraft der PLO sowohl in den besetzten Gebieten selber wie auch außerhalb auf allen Ebenen gestärkt. Wir meinen, in dem Maße wie die Rolle der organisierten Massen in den besetzten Gebieten gestärkt wird, in dem Maße wie die Führung dieser Massen an Bedeutung gewinnt, in dem Maße wird auch die PLO unter Beweis stellen können, daß sie die einzige und legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes ist.

Ausgehend von diesem Zusammenhang, weisen die palästinensischen Massen in

Was soll die Shultz-Mission im Nahen Osten?

Die für die Westmächte und ihren Verbündeten Israel „besorgniserregende“ Fortdauer der palästinensischen Rebellion in den besetzten Gebieten zwang die Regierung Reagan im Februar/März d.J. zur Reaktivierung ihrer Nahost-Pendeldiplomatie. Sie sie im Anschluß an Israels Libanonkrieg im September 1982 den sog. Reagan-Plan für eine Lösung der Palästinafrage (begrenzte Autonomie, jordanisch-palästinensische Konföderation) vorgelegt hatte, war sie in Passivität versunken – Spiel auf Zeit. Seither hatten die im Rahmen des Separatabkommens von Camp David (1978) anberaumten Autonomiegespräche Israel-Agypten brachgelegen. Und auch die seit dem Frühjahr 1987 wieder laut gewordene Forderung nach einer internationalen Nahost-Friedenskonferenz hatte in Washington nur Scheinreaktionen ausgelöst (siehe AIB 7/1987 und 1-2/1988).

Der lange Atem der Volkserhebung in der Westbank, Gaza und Ost-Jerusalem und die damit einhergehende Sensibilisierung der Weltöffentlichkeit ließen alsdann die Reagan-Administration aufschrecken. Die Ereignisse „demonstrieren“, so Außenminister George Shultz, „daß der Status quo im Nahost-Friedensprozeß keine Option darstellt“ (Frontline, Oakland, 15.2.1988).

Demonstriert wurde ihr zum einen, daß die Nationale Führung des Aufstands sich voll hinter die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) stellte, womit sie deren Rolle als einzig legitimer palästinensischer Repräsentant für den Verhandlungsfall beträchtlich aufwertete. Zum anderen sah sie sich damit konfrontiert, daß sogar ihre westeuropäischen Alliierten sich nun für die Einberufung einer Nahost-Frie-

denkonferenz unter dem Schirm der UNO stark machten und Washington im Regen stehen ließen. So stimmten sie am 1. Februar d.J. im UN-Sicherheitsrat mit für eine von den Nichtpaktgebundenen eingebrachte Resolution, welche eine umfassende politische Nahost-Regelung und den Stopp der Menschenrechtsverletzungen durch Israel in den besetzten Gebieten forderte. 14 von 15 Ratsmitgliedern stimmten für die Entschließung, doch die USA brachten sie mit ihrem Veto zu Fall. Dennoch zeigte die Tatsache, daß der Sicherheitsrat erstmals seit dem Oktoberkrieg (1973) direkt für eine Nahost-Lösung aktiv wurde, an, wie abrupt sich seit dem Rebellionsauftritt (siehe AIB 3/1988) der internationale Druck auf die USA und Israel verstärkt hat.

Allerdings hatte sich die Regierung Reagan selbst unter Zugzwang gesetzt mit ihrer Vetobegründung, derartige Initiativen seien den Versuchen der USA abträglich, für Ruhe in den besetzten Gebieten zu sorgen und ihren (Separat)Friedensprozeß wieder anzukurbeln. Ende Februar/Anfang März d.J. unternahm Außenminister Shultz eine fünftägige Vermittlungstour in die Nahostregion, bei der er, zwischen Tel Aviv, Kairo, Amman und Damaskus pendelnd, für einen 3-Phasen-Plan warb. Nach der am 5.3.1988 schriftlich vorgelegten Fassung sieht er vor: Am 1. Mai d.J. sollen mehrere Länder zu einer Eröffnungskonferenz zusammentreten, um den Verhandlungsprozeß zu sanktionieren. Im November sollen Verhandlungen zwischen Israel, Jordanien und Palästinensern über eine begrenzte Autonomie bzw. Selbstverwaltung von Westbank und Gaza folgen. Ab Dezember 1988 soll innerhalb von drei

Jahren eine endgültige Regelung über den Status der Gebiete ausgehandelt werden.

Da Shultz die Regierung Schamir nicht zum Rückzug aus den okkupierten Gebieten zwingen mag und der von vornherein ausschloß, daß die PLO als Gesprächspartner in Frage komme, boykottierten die von ihm zu einer Begegnung in Ostjerusalem geladenen „gemäßigten“, d.h. projordanischen Palästinenser das Treffen. Die Nationale Führung des Aufstands wie die PLO-Exekutive lehnen im übrigen weiterhin jede Variante von Selbstverwaltung ab. Sie fordern den vollständigen Abzug der israelischen Besatzungstruppen und einen PLO-geführten Palästinenserstaat.

Der PLO-Vorsitzende Yasser Arafat hatte in einem Stern-Interview vom 11. Februar folgenden, leider wenig beachteten Alternativvorschlag ins Spiel gebracht: Israelischer Abzug aus den besetzten Gebieten und Übergangsweise Übernahme der dortigen Verwaltung durch eine UN-Friedenstruppe. Hernach könnten freie Wahlen unter Teilnahme der PLO abgehalten und anschließend eine internationale Friedenskonferenz unter UN-Regie veranstaltet werden.

Nicht nur wegen der Aussperrung von PLO und UNO werden der Shultz-Mission wenig Erfolgsaussichten eingeräumt. Denn einesteils zeigte Israels ultrarechter Premier Schamir vorerst keine Gegenliebe für Shultz' Formel „Land für Frieden“. Und andernteils reagierten Syrien, Jordanien und Ägypten ablehnend bis distanziert. König Hussein erklärte obendrein, sichtlich beeindruckt durch den Aufstand, fortan nicht mehr für die Palästinenser verhandeln zu wollen. Trübe Aussichten also für die Shultz-Mission. **Wolfram Bröner**

den besetzten Gebieten jede Art von Propaganda zurück, die behauptet, daß die Organisierung gegen die Besatzung und die Stärkung der Positionen der Nationalen Führung im Kampf gegen diese Besatzung eine Schwächung der PLO und ihrer Führung darstelle.

FRAGE: Hannah Senora und einige andere palästinensische Persönlichkeiten riefen im Januar d.J. zu einer Kampagne des zivilen Ungehorsams auf. Von dem PLO-Organ „Filistin Ath-Thaura“ wurde dieses begrüßt, von der „Nationalen Führung“ ignoriert. Warum?

Y. ABED RABO: Wir betrachten alle Aufrufe, die den revolutionären Prozeß voreilig beschleunigen, mit äußerster Vorsicht. Solche Aufrufe sind nur das andere Gesicht der Tendenzen zur Kapitulation. Ich möchte nur daran erinnern, daß sich vor einigen Monaten derselbe Hannah Senora, der jetzt zum zivilen Ungehorsam aufruft, an den Kommunalwahlen in Jerusalem beteiligen wollte, also bereit war, ganz offen vor der Annexion des arabischen Jerusalem durch Israel zu kapitulieren.

FRAGE: Aufgrund welcher Überlegungen halten Sie den Moment zum zivilen Ungehorsam noch nicht für gekommen?

Y. ABED RABO: Eine Kampagne des zivilen Ungehorsams ist eine sehr komplexe Aktionsform, die zunächst einmal

die Eskalation des Aufstandes auf den unterschiedlichsten Ebenen voraussetzt. Auf organisatorischer Ebene muß beispielsweise der Aufbau von Aufstandskomitees in allen Orten, Stadtteilen, überall da, wo Palästinenser leben, abgeschlossen sein. Auch müssen bestimmte politische Bedingungen auf regionaler und internationaler Ebene erfüllt sein. Denn die Erklärung des nationalen Ungehorsams ist ein Schritt, der dann auch wirklich zu unserer nationalen Unabhängigkeit und zur Errichtung eines unabhängigen palästinensischen Staates führen muß.

FRAGE: Ist nicht zu befürchten, daß der Einfluß islamischer Fundamentalisten innerhalb der palästinensischen Bevölkerung weiter zunehmen wird?

Y. ABED RABO: Diese Befürchtung teile ich nicht. Der Kampf gegen die Besatzung steht jedem offen. Und je stärker eine politische Kraft unter Beweis stellt, daß sie für die nationale Unabhängigkeit kämpft, umso mehr wird sie von der palästinensischen Bevölkerung unterstützt werden.

Wir betrachten die Beteiligung von islamischen Strömungen an dem Aufstand im Gegenteil als Ausdruck seiner Stärke. Er reflektiert den Willen unserer Massen, daß die verschiedensten Kräfte trotz politischer und ideologischer Differen-

zen an dem Aufstand teilnehmen sollen. Ich kann versichern, daß der Einfluß islamischer Kräfte zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht so groß ist, wie oft behauptet wird. Außerdem haben diese islamischen Kräfte weder Beziehungen zum Gedankengut eines Khomeini noch zu anderen reaktionären und extremistischen islamischen Strömungen in anderen Ländern. Ihr Einfluß ist begrenzt und sie haben eine nationale Identifikation und eine politische Perspektive gegen die Besatzung.

FRAGE: Wie lange wird die Bevölkerung in der Westbank und im Gazastreifen den Aufstand noch fortsetzen können angesichts der hohen militärischen Überlegenheit Israels und angesichts der großen Abhängigkeit der besetzten Gebiete von der israelischen Volkswirtschaft?

Y. ABED RABO: Wir sind uns der Schwierigkeiten, denen die palästinensische Bevölkerung in den besetzten Gebieten ausgesetzt ist, bewußt. Wir verschweigen diese Schwierigkeiten nicht vor den palästinensischen Massen. Wir haben sie deswegen dazu aufgerufen, sich zu organisieren.

Und tatsächlich hat das palästinensische Volk in den letzten Wochen einen Höchstgrad an Zusammenarbeit und gegenseitiger Solidarität an den Tag gelegt.

Fortsetzung S. 46

AIB

DIE DRITTE-WELT-ZEITSCHRIFT

Südkorea zwischen Kwangju und Olympia • Geteiltes Land – „Schwellenland“? • US-Strategie • Nordkorea • Olympische Spiele



OLYMPIA-LAND KOREA

Inhalt

Einleitung Olympialand Südkorea – Seouls Rechnung geht auf	II/18
Südkorea Geteiltes Land – „Schwellenland“?	III/19
Korea-Daten Südkorea – ein Modell für wen?	IV/20
Zwischen Kwangju und Olympia	IX/25
„8-Punkte-Erklärung“ Roh Tae Woos	XI/27
	XIII/29
Nordkoreas Selbständigkeit Dschutsche und Personenkult 5-Punkte-Vorschlag Nordkoreas zur Wiedervereinigung	XV/31 XVII/33 XVIII/34
USA–Südkorea–Japan, Dreierallianz im Nordwestpazifik	XIX/35
Sommerolympiade zwischen Politik und Kommerz	XXIII/39
KOREA Olympia Kampagne '88: Verbindung schaffen!	XXVI/42
Aktions- und Materialspiegel Medien, Bücher und Broschüren, Kontaktadressen, Zeitschriften/Bulletins	XXVII/43

Impressum

AIB (Antimperialistisches Informationsbulletin) – Die Dritte Welt-Zeitschrift, gegr. 1970, erscheint monatlich

Anschrift der Redaktion: AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, Telefon 064 21/2 46 72

Redaktion: Wolfram Bröner (Chefredakteur), Nico Biver (stellvertretender Chefredakteur), Heidi Czapek, Hanne Denk, Georg Diederichs, Asia Ebtehaj, Ingrid el-Masry, Peter Imbusch, Andreas Krajczek, Julia Kühnert, Ulrich Rupp, Petra Sittig

Weitere Mitarbeiter dieser Ausgabe: Du Yul-Song, Martin Schuck, Dr. Rainer Werning

Redaktionsschluß: 4. März 1988

Jahresabonnement: Inland 29 DM (zzgl. 4 DM Porto); Ausland normal 29 DM (zzgl. 10 DM Porto); Luftpost 29 DM (zzgl. 25 DM Porto); Förderabos 50 DM oder mehr. Einzelheft: 3 DM, Doppelheft: 5 DM. Bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33% Ermäßigung. Bestellung unter 10 DM nur gegen Vorauszahlung (möglichst in Briefmarken), zuzüglich 0,60 DM Porto je Heft.

Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag GmbH, Postfach 510968, 5000 Köln 51, Teletex 2214284 pahl. **Vertrieb:** Telefon 0221/36002-0

Druck: Plambeck & Co., Neuss

Konten: Postgiro Köln 6514-503 (BLZ 370 10050), Stadtparkasse Köln 10652238 (BLZ 37050198)

Anzeigen: Pahl-Rugenstein Verlag, Volkszeitung, Contraste, Publik-Forum, atom, Kritische Aktionäre

Titel: Gestaltung von Udo Tremmel

Fotografische: Nuevo Diario, Time, Newsweek, USN&WR, Far Eastern Economic Review

Südkorea

Rainer Werning

Seouls Rechnung geht auf

Wenn am 17. September d.J. im Stadion von Seoul das olympische Feuer entzündet wird, ist für die südkoreanischen Machthaber ein lang gehegter Wunschtraum in Erfüllung gegangen. Vermittels der XXIV. Olympischen Sommerspiele wird sich Südkorea weltweit als entwickeltes Industrieland mit sozialem Frieden präsentieren und den Norden noch weiter in die Isolation treiben können. Die Befürchtungen Seouls, daß es aufgrund der Massenaktionen gegen die Diktatur oder wegen der Nicht-einbeziehung Nordkoreas in die Ausrichtung der Wettkämpfe zu einem Boykott oder einer Verlegung der Spiele kommen könnte, waren bereits Anfang 1988 ausgestanden.

Die optimistischen Erwartungen des Regimes haben ein halbes Jahr vor dem Beginn der Spiele beträchtlichen Aufwind erhalten. Der neue „starke Mann“, Ex-General Roh Tae Woo, sieht sich durch die Dezemberwahlen (1987) als demokratisch legitimierten Präsident. Im Ausland, ja selbst innerhalb der um Kim Young Sam gruppierten parlamentarischen Opposition, wird das nicht anders gesehen. Außerdem verweist Seoul mit berechtigtem Stolz auf eine Rekord-zusage; immerhin beabsichtigen die Wettkampf-Mannschaften von über 160 Ländern, im „Geiste des Friedens und der Völkerverständigung“ an den Start zu gehen.

Schließlich ist das telegene und gut getimte „Geständnis“ einer „nordkoreanischen Spionin“, gemeinsam mit einem Komplizen im November letzten Jahres den Absturz einer südkoreanischen Verkehrsmaschine über birmanischem Staatsgebiet durch einen Sprengsatz verursacht zu haben, in den Medien zur „Tatsache“ hochstilisiert worden. Mit weitreichenden und noch nicht kalkulierbaren Folgen – so ist in den vergangenen Tagen in Seouls Straßen mehrfach lautstark zur staatlichen Lynchjustiz aufgestachelt worden. Die Köpfe von Nordkoreas Führer Kim Il Sung und dessen Sohn Kim Jong Il sollten „rollen“!

Daß sie bzw. die Staats- und Parteiführung der Demokratischen Volksrepublik Korea ein nahezu ausschließlich mit südkoreanischen Arbeitern besetztes

Flugzeug vom Himmel schießen, mag nur dann einen „Sinn“ ergeben, wenn man das seit dem Korea-Krieg beharrlich gepflegte (Zerr)Bild verinnerlicht hat, wonach in Nordkorea das schlechthin „Diabolische des Kommunismus“ verkörpert ist. Wer sich einmal die lohnenswerte Mühe macht, die Zeitungen jener Tage durchzublättern, wird rasch begreifen, daß der Korea-Krieg nicht nur „unser“ innenpolitisches Klima (z.B. in der Debatte um die Wiederaufrüstung) nachhaltig beeinflusste, sondern der hiesige Antikommunismus einen Gutteil seiner Munition gerade aus den Bombentrichtern entlang des 38. Breitengrades bezog.

Seouls glitzernde Fassaden und großzügig angelegte Infrastruktur (Hotels, U-Bahn- und Schnellstraßen-System u.ä.) werden die Kulisse eines Landes abgeben, das gleichermaßen in den Medien und unter Modernisierungs-Apologeten überschwengliche Reaktionen auslösen wird.

Die Opposition hofft, die Spiele für den Durchbruch zu demokratischen Verhältnissen nutzen zu können

Bis dahin hofft man, die „Wegsanierten“ (einige zehntausend Personen, niemand kennt ihre genaue Zahl) an die Fransen der auswuchernden Hauptstadt abgeschoben, sie zumindest außer Sichtweite geschafft zu haben. Als „Schwellenland“, „neuindustrialisiertes Land“, als geglücktes Beispiel einer „nachholenden Entwicklung“ und der „bessere Teil“ des geteilten Landes setzt man in Seoul auf die endgültige internationale Anerkennung. Das mag, sofern damit ausschließlich die makroökonomischen Kennziffern ins Visier genommen werden, zutreffen. Doch das ökonomische „Modell Südkorea“ ist gerade nicht von Militärdiktaturen, von den massiven staatlichen Interventionen in Politik und Wirtschaft und von der extrem repressiven Arbeits- und Sozialgesetzgebung zu entkoppeln. So entspricht es gleich einer zweifachen List der Geschichte, daß die in der Ära Reagan und von Internationalem Währungsfonds und Weltbank stets beschworenen Heilkräfte von Entstaat-

lichung, Deregulierung, Marktöffnung, restriktiver Geld- und Fiskalpolitik und Importliberalisierung von wachsendem Protektionismus begleitet wurden und die südkoreanischen Machthaber just all diese „Ideale“ wie kaum ein zweites Regime „mißachteten“. Wie anfällig eine „Wachstumsdiktatur“ gegenüber Liberalisierungstendenzen ist, haben die landesweiten Arbeiterstreiks im vergangenen Herbst demonstriert.

Es gibt im Lande keine nennenswerte politische Kraft, die für den Boykott der Spiele eintritt, geschweige denn mit einer solchen Haltung Rückhalt in der Bevölkerung genösse. So sehr das amtierende Regime in den „magischen Pal-Pal“ (den '88er-Spielen) ein Vehikel für seine Reputation sieht, so unbestritten ist die im Prinzip akzeptierte Hoffnung der parlamentarischen Opposition und des schillernden außerparlamentarischen Widerstandes, ihrerseits „Pal-Pal“ für den längst überfälligen Durchbruch zu demokratischen Verhältnissen zu nutzen. Doch über diese prinzipielle Übereinstimmung hinaus deutet momentan wenig darauf hin, daß sich zwischen beiden Oppositionsträngen zumindest ein strategischer Konsens im antidiktatorischen Kampf herstellt.

Gelingt es nicht, die innenoppositionelle Zersplitterung in den kommenden Monaten zu überwinden, so könnte des Regimes „regulierte vorolympische Freiheit“ nach dem 2. Oktober, dem Ende der Spiele, jene Form annehmen, die ein Regierungsbeamter am 21. Oktober 1986 gegenüber der Seouler Tageszeitung „Chosun-Ilbo“ so formulierte: „Die linksgerichteten Kräfte in unserer Gesellschaft müssen wir bis zur Wurzel ausrotten.“

Und was in Südkorea als „links“ gilt, regelt u.a. das noch immer intakte „Gesetz zur nationalen Sicherheit“...



Rainer Werning leitet seit Sommer 1986 die bei terre des hommes Deutschland e.V. (Osnabrück) angesiedelte Korea-Informationsstelle, die die Korea Olympia-Kampagne '88 publizistisch begleitet.



Die Demilitarisierte Zone (DMZ) trennt Nord- und Südkorea

Du-Yul Song/Rainer Werning

Geteiltes Land „Schwellenland“?

Für die südkoreanischen Machthaber bedeutete die IOC-Entscheidung, die Ausrichtung der XXIV. Olympischen Sommerspiele an Seoul zu vergeben, die Erfüllung eines lange gehegten Wunschtraums. Für sie gilt es, sich über die Sportschiene als modernes, entwickeltes Industrieland mit sozialem Frieden und der wirtschaftlichen Überlegenheit gegenüber dem „kommunistischen Norden“ zu präsentieren. Diese Selbsteinschätzung der südkoreanischen (Militär)Machthaber scheint sich auffallend mit den Analysen jener developmentspolitischen Theoretiker zu decken, die nicht nur generell von der Möglichkeit einer erfolgreichen „nachholenden Entwicklung/Industrialisierung“ überzeugt sind, sondern diese in konkreter Gestalt und modellhaft im Falle Südkoreas eingelöst sehen.

Ist Südkorea ein in vielfacher Hinsicht und vor allem für die sog. Dritte Welt vorbildhafter Musterknabe? Gleichrangig mit dieser Frage nach dem Modellcharakter Südkoreas für eine erfolgreiche Befreiung aus Rückständigkeit, Unterdrückung und Ausbeutung ist die Analyse der konstitutiven Faktoren des (wirtschafts)politischen Entwicklungskurses, den das Land seit dem Zusammenbruch der japanischen Kolonialmacht am Ende des 2. Weltkrieges verfolgte. Im besonderen sind hier die Klassenverhältnisse sowie die Rolle des Staates, seine Sozial- und Wirtschaftspolitik im Zusammenhang mit externen militärstrategischen und Sicherheitsinteressen zu berücksichtigen.

Hatte die „Japanisierung“ (1910-45) die feinsten kapillarischen Verästelungen von Kultur, Politik, Wirtschaft und Recht auf der koreanischen Halbinsel durchdrungen, so war dennoch die nationale Einheit Koreas intakt geblieben. Während des antijapanischen Widerstandskampfes war landesweit ein aus Konservativen, Nationalisten und Kommunisten bestehendes Netz örtlicher Volkskomitees entstanden, die nach der Kapitulation Tokios (14. August 1945)

potentielle Träger eines demokratischen Neubeginns waren.

Gleichzeitig hatten die US-amerikanischen Streitkräfte im Fernen Osten die Generalorder Nr. 1 erlassen, die die Entwaffnung der Truppen des Tenno durch die USA und die Sowjetunion vorsah. In Übereinstimmung mit den zwischen beiden Siegermächten zuvor in Kairo, Jalta und Potsdam getroffenen Vereinbarungen wurde Korea zwecks Überwachung der Demobilisierung der Kriegsmaschinerie Tokios besetzt, wobei der 38. Breitengrad als eine Art künstliche Trennlinie fungierte.

Anfang September 1945, die 7. US-Infanteriedivision war gerade in Inchon (Westküste Koreas) gelandet, konstituierte sich in Seoul die aus der Repräsentativen Versammlung der Volkskomitees zur Vorbereitung der nationalen Unabhängigkeit hervorgegangene Regierung der Volksrepublik Korea. Diese Republik entpuppte sich als eine Totgeburt; weder sie noch deren Regierung wurde von den einrückenden US-Besatzungstruppen anerkannt. Zur einzig legitimen Regierung ernannte sich stattdessen am 10. Oktober die U.S. Army Military Government in Korea



Korea-Krieg: US-Truppen beobachten das brennende Seoul

(USAMGIK). Politisch inthronisiert wurde mit Dr. Syngman Rhee ein Mann, der mehr als drei Jahrzehnte in den Vereinigten Staaten zugebracht hatte. Er avancierte als US-Protégé zum bestimmenden politischen Bezugspunkt der vormals mit den Japanern kollaborierenden Großgrundbesitzer, Kapitalisten und Staatsbürokraten. Aufgrund seiner Vertrautheit mit dem „American Way of Life“ garantierte Rhee in der Sicht Washingtons eine kalkulierbare Politik, die an die noch unter den Japanern gelegten kolonialen Strukturen anknüpfen und sich überdies als Keil gegen ein wachsendes sozialrevolutionäres Potential empfehlen konnte. In von US-amerikanischen Behörden durchgeführten öffentlichen Meinungsumfragen zog denn auch die Mehrheit der südlich des 38. Breitengrades lebenden Bevölkerung die japanische der US-amerikanischen Okkupation vor, da faktisch jedermann, der sich außerhalb des schmalen Herrschaftszentrums Rhees bewegte, als „Kommunist und/oder Verräter“ behandelt wurde. Dieses Stimmungsbild dürfte maßgeblich durch die Entwicklung im nördlichen Landesteil beeinflusst worden sein. Dort hatte sich die sowjetische Besatzungsmacht nicht gegen die ursprüngliche koreanische Regierung gestellt, sondern über die Duldung der Volkskomitees hinaus die Kommunisten um Kim Il Sung unterstützt.¹ Ein erstes sozialpolitisches Signal setzte die im Norden schon im Frühjahr 1946 erwirkte Bodenreform, von der zunächst über 700.000 besitzlose Bauernfamilien in Form von Land-

August 1948 proklamierte Rhee die Republik Korea (Südkorea; ROK), während im darauffolgenden Monat in Pjöngjang die Koreanische Volksdemokratische Republik (Nordkorea; KVDR) ausgerufen wurde.

Hatte die Sowjetunion ihre Besatzungstruppen 1948 aus Nordkorea abgezogen, so ordnete die amerikanische Regierung ein Jahr später den (Teil-)Abzug ihrer Kontingente aus dem Süden der Halbinsel an. Die Kontrolle über die dortigen Polizei- und Armeeeinheiten, fast ausnahmslos aus der japanischen Kolonialzeit herübergerettet, blieb indes der US-Befehlshoheit unterstellt. Daß diese „Ordnungskräfte“ jeden Widerstand zerschlugen³, geschah nicht allein aus Gründen einer übergeordneten Staatsräson. Militanter Antikommunismus wurde sukzessiv zur Staatsideologie erhoben, mit der Konsequenz, daß allein die Existenz der KVDR als latente Bedrohung wahrgenommen und ihr eine ungezügelter „Invasionslust“ angedichtet wurde. Dieses Argumentationsmuster erhielt im außenpolitischen Kontext (Gründung der VR China im Oktober 1949) zusätzlich Aufwind in Form einer sich verschärfenden Ost-West-Blockkonfrontation.

Der von Juni 1950 bis Juli 1953 währende Korea-Krieg bildete die erste „Probe aufs Exempel“ der „Roll-Back“-Strategie Washingtons. Diese kam auch dem innenpolitischen Kalkül der fragilen Regierung Rhee entgegen und war zumindest deren Herrschaftsstabilisierung dienlich. Bedeutsamer als die Klärung der Frage, wer nun wann und unter welchen Umständen entlang des 38. Breitengrads, der seit Bestehen der ROK und KVDR zur Staatsgrenze geworden war, den ersten Schuß abfeuerte, waren die durch diesen mit eskalierender Grausam-

keit geführten Krieg geschaffenen Fakten samt der gelieferten Rechtfertigungslegende. Nach dem Waffenstillstandsabkommen von Panmunjom (1953) war Korea ein ohne eigenes Verschulden hoffnungslos in zwei feindliche Teile zerrissenes Trümmerfeld.⁴

Die seither von Washington vertretene und im Westen mit mehr oder minder rascher Bereitwilligkeit kolportierte These, Nordkorea habe Südkorea überfallen und damit erstmals die dem Kommunismus eigentümliche Aggressivität unter Beweis gestellt, steht jedoch mit der Koreaforschung auf Kriegesfuß. Wirtschaftliche Stagnation, politische Isolierung, Massenproteste und Unruhen (vor allem unter den Studenten und Arbeitern), Korruption und „Unstimmigkeiten“ in Militär und Polizei führten 1960 zum Sturz Rhees. Mitte August 1960 begann dann mit Chang Myons Amtsantritt der kurze „Seouler Frühling“. Seine Regierung griff zwar die weitverbreitete Forderung nach einer Säuberung der mit seinem Vorgänger liierten Kräfte in Nationalpolizei, Bürokratie und Verwaltung auf. Auf Schwierigkeiten stieß allerdings der Regierungsplan, die Streitkräfte um 100.000 Mann auszudünnen. Diesem Anliegen wideretzten sich nicht nur die Militärs; in Washington wurde der Truppenreduzierungsplan als „abenteuerlich“ abqualifiziert und schlankweg für unausführbar erklärt.

Der im Mai 1961 inszenierte Militärputsch bildete den abschließenden Höhepunkt monatelang geführter Diskussionen um Umbesetzungen in der Militärhierarchie. Aus all diesen Querelen, so die Befürchtung, könnte der Norden politisches Kapital schlagen und die „nationale Sicherheit“ unterminieren. Der Militärputsch, in dessen Verlauf Generalmajor Park Chung Hee neuer Staatspräsident wurde, unterstrich auch, daß die USA einem Machtverlust auf ihrem mittlerweile zur vorgeschobenen Militärbasis aufgewerteten ostasiatischen Brückenkopf nicht tatenlos zuzuschauen gedachten. Nach Jahren massiver Stärkung des (mit Ausnahme der Präsidialgarde des Capital Garrison Command) ihrem Befehl unterstellten südkoreanischen Militärs und geduldeter Kaltstellung oppositioneller Stimmen hatten sich die Vereinigten Staaten in eben diesem Militär ihre verlässlichste Stütze geschaffen. Trotz der knapp 2,5 Mrd US-Dollar (\$), die die USA seit 1954 nach Südkorea gepumpt hatten, befand sich die Wirtschaft in einem desolaten Zustand. Gut 25% der erwerbsfähigen Bevölkerung waren zu Beginn der 60er Jahre arbeitslos. Das jährliche Pro-Kopf-Einkommen lag unterhalb der 100-\$-Marke. Der durchschnittliche Bauernhaushalt mit

mindestens sechs Familienangehörigen bebaut lediglich zwei Morgen Land. Der Süden Koreas, traditionell die Reiskammer des Landes, befand sich aufgrund der Spaltung in der mißlichen Lage, von nennenswerten Rohstoffen und Schwerindustrien abgeschnitten zu sein; diese befanden sich im nördlichen Landesteil.

Das Blatt wendete sich, als Park auf Drängen seiner militärischen Berater die Grundzüge jener umwälzenden Wirtschaftsstrategie entwarf, die Südkorea bald internationale Bewunderung und das Etikett eines dynamischen „Schwellenlandes“ einbringen sollte.

Worauf beruhte dieser Wandel? Die Besonderheit der Nachkriegsbeziehungen zwischen Tokio und Seoul bestand in der für Japan profitablen US-Interventionspolitik in Korea (was in erster Linie den Konsumgütersektor belebte), während die unmittelbaren japanisch-(süd)koreanischen Kontakte bis 1965 schmalspurig verliefen. Erst in jenem Jahr wurde der bilaterale Normalisierungsvertrag unterzeichnet.

Mit dem Vertragsabschluß eröffnete sich

von zunächst 800 Mio \$.

Ein hervorstechendes Merkmal der japanischen Geschäftspolitik stellte die Auslagerung obsoleter (und stark umweltbelastender) Technologien sowie überschüssiger Produktionskapazitäten nach Südkorea dar, was als Privat-„hilfe“ galt. Japanische Halbprodukte wurden zwecks Endfabrikation in wachsenden Mengen importiert, wobei Präsident Park die Japaner lediglich drängte, sich pro forma eines südkoreanischen „Partners“ (in der Regel ein Strohhalm) zu bedienen.

Durch den Einstieg in das Pohang-Stahlgeschäft Ende der 60er Jahre markierte Tokio den Beginn seiner fortan beherrschenden Stellung im Wirtschaftsgeschehen des Landes. Erleichtert wurde dies durch die zur selben Zeit verfügte Gesetzesregelung, Industrien mit auslandsgestützten Kapitalinvestitionen als „Unternehmen des öffentlichen Interesses“ zu kategorisieren. Streiks waren in solchen Firmen prinzipiell untersagt. Von 1960-75 wuchsen Südkoreas Exporte von 32 Mio auf 5,4 Mrd \$. Die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate des Bruttosozialprodukts erreichte



Die Unterdrückung des Massenaufstands von Kwangju forderte 2000 Todesopfer

eine für alle Beteiligten – die USA, Japan und Südkorea – vorteilhafte Perspektive. Die USA federten ihre durch den Indochina-Krieg verursachten negativen Zahlungsbilanzdefizite partiell durch ein wirtschafts- und finanzpolitisches Einbinden Tokios in ihre Korea-Politik ab. Japanisches Kapital konnte ab 1965 ohne nennenswerte Auflagen und lukrativ im Nachbarland investiert werden. Schließlich zog Seoul über seine politische Aufwertung hinaus⁵ materiellen Nutzen aus dem neuen „Aussöhnungskurs“. Für seinen 1. Fünfjahresplan (1962-66) erhielt es japanische Kredite

in den 60er Jahren 8,7% und in den 70er Jahren noch 8,1%, während das jährliche Pro-Kopf-Einkommen allein zwischen 1968 und 1973 von 100 auf 373 \$ stieg. Solche Wirtschaftszweige wie die Düngemittel-, Chemiefaser-, Nahrungsmittel- und Zementindustrie befanden sich mehrheitlich in US-amerikanischem und/oder japanischem Besitz. Die Ausrichtung der südkoreanischen Ökonomie auf die Erfordernisse des ausländischen (vorwiegend japanischen) Kapitals im Sinne einer „internationalen vertikalen Arbeitsteilung“, in der Südkorea der Part eines Weiterverarbeitungsver-

Korea-Daten

	Nordkorea	Südkorea
Fläche (qkm)	120.538	99.173
Einwohner (Mio)	20,4 (85)	41,1 (85)
Bruttosozialprodukt/Kopf (\$)	1.890 (79)	2.150 (85)
Beschäftigte in der Industrie (%)	30 (80)	27 (80)
Beschäftigte in der Landwirtschaft (%)	43 (80)	36 (80)
Einfuhr (Mio \$)	1.600 (83)	31.129 (85)
Ausfuhr (Mio \$)	1.200 (83)	30.283 (85)
Wichtige Ausfuhr Güter	Eisen/Stahl, Gold, Magnesit	Textilien, Maschinen
Haupthandelspartner	UdSSR, China, Japan	USA, Japan
Auslandsverschuldung (Mrd \$)	1,9 (84; nur Westen)	48,0 (85)
1 DM = ... Währungseinheiten	0,56 Won (Sept. 87)	436 Won (Sept. 87)
Arbeitslosenrate (%)	0	ca. 10
Lebenserwartung (Jahre)	73 (84)	69 (85)
Ärzte pro 10.000 Einwohner	24,0 (83)	7,2 (85)
Analphabetenrate (%)	5 (75)	7 (80)
Kalorienversorgung/Kopf	3.151 (85)	2.841 (85)
Getreideimporte (1.000 t)	200 (85)	6.826 (85)
Energieverbrauch/Kopf (kg Erdöleinheiten)	2.118 (85)	1.241 (85)

(Die Zahlen für Nordkorea beruhen größtenteils auf Schätzungen von UN-Organisationen)

Workshops zufiel, blieb zunächst bestimmend für dieses „Neuerertum“. Institutionell in das „Japan-ROK Cooperation Committee“ eingebettet, sah dieser „Anpassungsprozeß“ die Auslagerung großer Teile der Stahl-, Aluminium-, petrochemischen und selbst Schiffsbauindustrie nach Südkorea vor, wo insbesondere die „komparativen Kostenvorteile“ angesichts der weltweit längsten Arbeitszeiten, des durch Fremdfinanzierung gestützten Aufbaus einer guten Infrastruktur (inklusive komplett errichteter Exportproduktionszonen wie in Masan) und einer extrem restriktiven Arbeitsgesetzgebung durchschlugen und das Land in eine „überseeische Zweig-

werden beseitigt. Verantwortungslose Diskussionen über Fragen der nationalen Sicherheit müssen unterbleiben. (...) Jeder Bürger muß bereit und entschlossen sein, schlimmstenfalls im Interesse der nationalen Sicherheit einen Teil seiner Freiheit zu opfern.“ Dies waren die Kernsätze einer Erklärung, mit der Präsident Park im Dezember 1971 den „nationalen Notstand“ ausrief. Im Oktober 1972 wurden schließlich die Verfassung außer Kraft gesetzt und das Kriegsrecht über den Teilstaat verhängt.

Die Kriegsrechtsjahre und die Zeit nach dem Kwangju-Massaker im Mai 1980, in dessen Verlauf ca. 2.000 Menschen niedergemetzelt wurden und sich der Fallschirmjäger-General Chun Doo Hwan als neuer „starker Mann“ empfahl, bildeten das „eiserne Korsett“ einer generalstabsmäßigen Industrialisierung und Entwicklungsstrategie exportgelenkten Typs. Diese nahm staatlicherseits ein immer weiteres Auseinanderklaffen von Wachstum und Verteilung in Kauf.

Dieses Wachstum selbst basierte auf der in ganz Asien höchsten und weltweit vierthöchsten Auslandsverschuldung — ca. 51 Mrd \$ im Herbst 1986. Deren Abbau soll durch eine forcierte Exportoffensive betrieben werden, was sich angesichts der extremen Anfälligkeit Südkoreas gegenüber „Schwankungen“ auf dem Weltmarkt und des international gewachsenen Protektionismus als problematisch erweisen dürfte. Schon jetzt verspricht die Schiffsbau- und teilweise (durch Überkapazitäten gekennzeichnete) Stahlindustrie keinerlei Boomaussichten mehr.

Das „Wachstumsmodell Korea“ ist mit dem „Exportmodell Korea“ gleichzusetzen, weil nur die Exportoffensive und -erfolge die hohe Steigerung des Brutto-sozialproduktes garantieren. Bei den Ausfuhren erzielte das Land durchschnittlich jährliche Wachstumsraten von 38,6% (1962-66), 33,8% (1967-71), 32,7% (1972-76) und 12,2% (1977-81). Im letzten, fünften Fünfjahresplan (1982-86), fiel die Zuwachsrate auf unter 10%.

Der Erfolg oder Mißerfolg dieses „Wachstums- und Exportmodells“ ist davon abhängig, ob und wie fehlendes Kapital von außen störungsfrei zur Verfügung gestellt wird; die inländische Sparrate ist immer noch weitaus niedriger als beispielsweise in Singapur, Taiwan und Japan.

Der prozentuale Anteil des Schuldendienstes am Exporterlös belief sich auf 13,8% im Jahr 1979, auf 15,5% im Jahr 1982 und auf 21,5% im Jahr 1985. Wenn die kurzfristigen Schuldenaufnahmen mit einer Laufzeit unter einem Jahr mitberücksichtigt werden, stieg diese Rate 1982 bereits auf über 20%, womit Südkorea die kritische Obergrenze des

Schuldendienstes überschritt. Betrachtet man die Struktur dieser Auslandsverschuldung näher, so ist der gefährliche Kurs der südkoreanischen Wachstumsstrategie erkennbar:

Der Anteil der kurzfristigen Außenverschuldung unter einjähriger Laufzeit wuchs drastisch. Während die kurzfristigen Auslandskredite rund 2,6 Mrd \$ im Jahr 1978 betragen, lag deren Summe 1985 bei 10,7 Mrd \$. Der Anteil der Auslandsschulden mit gleitenden Zinssätzen nahm so rasch zu, daß der Schuldendienst Südkoreas durch die Hochzinspolitik der Reagan-Administration zusätzlich belastet wurde. Dieser Anteil an den gesamten Auslandsschulden stieg im Zeitraum 1978-82 von 11 auf 55%. Für Tilgung und Zinsen mußte das Land zu Beginn der 80er Jahre 6 Mrd \$ zahlen

Vorzüge der „freien Wirtschaft“

„Freie Produktionszonen sind wie Hilton-Hotels. Wenn man auf dem Gelände ist, weiß man nicht einmal, in welchem Land man sich befindet, und man spürt nichts von der Hektik des Alltags. Sie sind der Traum eines jeden Geschäftsmanns. Und die Arbeiter sind freundlich, gehorsam und sehen fast alle gleich aus. Manchmal fragt man sich, ob sie Mexikaner, Filipinos oder Araber sind.“

Ein amerikanischer Geschäftsmann 1979 in Südkorea

„Um ein solches Wachstum zu erreichen, kann man eben nicht anders, als erst einmal drei Generationen von Arbeitern zu verheizen.“

Ein westdeutscher Industrieller 1979 in Südkorea

— mit der Konsequenz, daß gut 80% der neu aufgenommenen Auslandsdarlehen allein zum Abtragen der Schulden benötigt wurden. Zudem litt das „Exportmodell Korea“ allzulange unter hohen Handelsdefiziten, die in den vergangenen Jahren zwar überwunden wurden, keineswegs jedoch auf Dauer gebannt sind. Das „Exportmodell Korea“, seit reichlich 10 Jahren in Schwer- und Chemieindustrie mit Hilfe von Kapital und Technologie aus dem Ausland ausgebaut, ist aufgrund des zunehmenden Protektionismus in den Metropolen in Schwierigkeiten geraten.

Ein anderer Faktor, der sowohl für die negative Zahlungsbilanz als auch für die anhaltende Inflation in Südkorea verantwortlich ist, ist der durch den Internationalen Währungsfonds (IWF) „empfohlene“ Wechselkurs des Dollars zuungunsten des koreanischen Won. Dieser betrug 1972 1:398,50, erreichte 1977 1:484 und kletterte bis Ende 1986 auf 1:ca. 810 Won. Die gegenwärtigen externen Bedingungen für das „Modell Korea“ sind wesentlich ungünstiger als

sie es für das „Modell Japan“ waren: Der Korea-Krieg und der Vietnam-Krieg garantierten einen kontinuierlichen Exportzuwachs Japans. Außerdem folgte die weltmarktorientierte Entwicklungsstrategie in Japan der Herstellung einer stabilen Binnenstruktur mittels der Produktion von Massenkonsum- und Investitionsgütern, während der Exportsektor und die Produktion von Luxusgütern in Südkorea überproportional entwickelt wurden.

Obleich die Exportabhängigkeit Japans seit Beginn der 70er Jahre zunimmt, liegt dessen Exportquote (13,2%; 1985) weit aus niedriger als die in Südkorea, wo sie 35,1% ausmacht. Die Dynamik im „Modell Japan“ liegt noch immer in den Triebkräften des binnenwirtschaftlichen Wachstums, während die südkoreanische Wachstumspolitik von Anfang an auf die exportorientierte Industrialisierungsstrategie ausgerichtet war. Die Stabilität der Binnenstruktur wiederum setzt eine adäquate Einkommensverteilung unter den Massen voraus, die im Zusammenhang mit der Arbeits- und Beschäftigungsstruktur zu betrachten ist.

Mit der beschleunigten Industrialisierung in den letzten zwei Jahrzehnten hat sich die Erwerbstätigkeitsstruktur in Südkorea dermaßen stark verändert, daß sich die Relation zwischen dem primären, sekundären und tertiären Sektor von 72,3:6,4:21,3 im Jahr 1960 auf 35,8:23,7:40,5 zu Beginn der 80er Jahre veränderte und die aktuelle Beschäftigungsstruktur ähnliche Konturen wie im Japan der frühen 60er Jahre zeigt. Trotz dieses enormen Zuwachses im sekundären Bereich (Bergbau, verarbeitende Gewerbe und Bauwirtschaft) weist die südkoreanische Wirtschaft eine entscheidende Schwachstelle im Vergleich zur japanischen der 60er Jahre auf: Während die sog. „mittelgroßen Wachstumsbetriebe“ (Chuken Kigyo) in Japan ent-



Die Armee sorgt mit für Ruhe in den Betrieben

standen, finanziell relativ unabhängig und mit Mitteln der modernen Technologie ausgerüstet sind, bleiben die Klein- und Mittelbetriebe in Südkorea bis heute ein segmentierter und rückständiger Teil im Industrie- und Beschäftigungssystem. Auch der Anteil der abhängig Beschäftigten an den Erwerbspersonen in Südkorea betrug insgesamt 31,5% im Jahre 1963, 38,9% im Jahre 1974 und noch etwa 45% im Jahre 1978, während er im selben Jahr in Japan bei gut 70% und in der BRD bei 85% lag. Das bedeutet, daß die südkoreanische Arbeitsmarktstruktur die Grenzen zwischen Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung verschwimmen läßt. Etliche sog. „Selbständige“ und auch ihre Familienarbeitskräfte warten eigentlich auf einen vollwertigen Ar-

beitsplatz. Die unsicheren Beschäftigungsverhältnisse sind ferner daran ablesbar, daß zu Beginn der 80er Jahre nur ca. 30% dieser abhängig Beschäftigten regulär und der Rest temporär oder als Tagelöhner angestellt waren.

Ein anderer Aspekt in der Entwicklung des Arbeitsmarktes ist die ständige Erhöhung der Erwerbstätigkeitsquote unter Frauen: Sie stieg von 35,4% (1964) auf heute nahezu 48%. Von diesen erwerbstätigen Frauen ist der Anteil, der eine manuelle Produktionstätigkeit ausübt, ebenfalls ständig gewachsen.

Faktoren wie die unklare Trennlinie zwischen Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung, die zunehmende Frauenerwerbstätigkeit und der ungesicherte Angestelltenstatus des überwiegenden Teils der abhängig Beschäftigten ermöglichen die bisherige Arbeitspolitik des „Wachstums-“ bzw. „Exportmodells“ Südkorea, da das Kapital mit Hilfe staatlicher Arbeits- und Lohnpolitik die sinnlich erfahrbare industrielle „Reservearmee“ vor dem Fabrikator als eine disziplinierende Kraft der Arbeiterschaft noch effektiver einsetzen kann.⁹

Mit der forcierten Industrialisierung spielt der Lohn eine zunehmend wichtige Rolle bei der Reproduktion der Arbeitskräfte. Der Anteil des Arbeitslohnes am gesamten Einkommen einer durchschnittlichen Arbeiterfamilie stieg von 76,6% (1970) auf 85% (1980). Aber das Verhältnis zwischen dem realen Lohnniveau und den Mindestlebenshaltungskosten zeigt ein stark gestörtes Bild: der Monatslohn einer städtischen Arbeiterfamilie (im Durchschnitt 4,68-köpfig mit 1,26 Erwerbspersonen) betrug Ende



Südkoreanischer Exportschlag PKW

stelle der japanischen Wirtschaft“ verwandelten.⁶

Die „Internationalisierung“ der südkoreanischen Ökonomie, d.h. ihre Einbindung in einen maßgeblich von japanischen Interessen beherrschten Wirtschaftsblock, entsprach der US-amerikanischen Forderung nach einem regionalen „Lastenausgleich“ durch Tokio. Dieser trug nicht nur maßgeblich zur Konsolidierung des seit Mitte der 60er Jahre für die „Sicherheit“ Nordostasiens (faktisch) entstandenen Dreierallianzsystems bei.⁷ Er erlaubte Washington, das auf der Halbinsel nebst ca. 41.000 Soldaten sein in Asien wahrscheinlich größtes Atomwaffenarsenal unterhält, auch durch den Rückgriff auf südkoreanische Kampftruppen die Eskalation des Indochina-Krieges.⁸

„Soziale Unruhe aller Art, welche die nationale Sicherheit gefährdet, wird nicht geduldet und alle Unruheelemente

Streikwelle im Herbst 1987



A K T I E N B E S I T Z

für
Menschen- und
Umweltschutz
bei uns
und in der Dritten Welt.
Geht d a s ?

JA!

Mit
Stimmrechtsübertragung
oder
Mitarbeit
bei den

"KRITISCHEN AKTIONÄREN e.v."

Nähere Informationen bei:
c/o G. Herter
Prof.-Neeb-Str. 24
6501 Saulheim

Wenn die Utopie Praxis werden soll, ist Selbstverwaltung die Konsequenz

CONTRASTE, die Einzige Zeitung für Selbstverwaltung
informativ - hintergründig - zielgerichtet

Monatlich berichten wir über Gegen-Ansätze in allen gesellschaftlichen Bereichen:
Selbstverwaltete Betriebe - Ökobank - Sozio-Kultur
Frauenprojekte - Genossenschaften - 3. Welt-Projekte u.v.m.

Denn autonom heißt Selbstverwalter.

Praktische Tips und Hinweise:
Adressen - Finanzierung - Rechtliches - Termine
Aufarbeitung aktueller Diskussionen im monatlichen dreiseitigen Schwerpunkt

Probexemplar zu 5,-DM in Briefmarken anfordern bei:
CONTRASTE, Postfach 104520, Abt.36 6900 Heidelberg

Zeitung für Selbstverwaltung

der 70er Jahre nur 160.000 Won, während sie mindestens 210.000 Won zum Lebensunterhalt benötigte.

Im Vergleich zu anderen asiatischen Ländern fällt das niedrige Lohnniveau in Südkorea noch krasser aus: Setzt man den Stundenlohn in Japan 1986 auf 100, so betrug er entsprechend in Südkorea 16,3, in Taiwan 18,0, in Hongkong 19,7 und in Singapur 26,0.

Differenzierungen innerhalb der industriellen Arbeiterschaft sind in den vergangenen Jahren beschleunigt worden. Daten über die Lohndifferenzierungen nach Tätigkeitsgruppen, Wirtschaftszweigen, Betriebsgrößen, Ausbildungsniveau und Geschlechtern verdeutlichen das. So verdienen Erwerbspersonen in Büro und Verwaltung ca. doppelt soviel wie manuell Tätige. In exportorientierten Industriebetrieben liegt das Lohnniveau etwa ein Viertel niedriger als in Firmen, die für den Binnenmarkt produzieren. Noch krasser sind die Unterschiede zwischen Klein- bzw. Mittelbetrieben und Firmen mit über 500 Beschäftigten, wo fast doppelt soviel bezahlt wird. Anfang der 80er Jahre verdienten Frauen nur 44% des Lohnes ihrer männlichen Kollegen.

All das zeigt, daß das „Export- und Wachstumsmodell“ Korea auf einer Spaltungsstrategie des Kapitals zwischen dem relativ gut situierten Kern und den breiten „marginalisierten“ Schichten der Arbeiterschaft basiert. Die schlechten Reproduktionsbedingungen der Arbeitskraft verknüpfen sich mit inakzeptable betrieblichen Produktions- und Arbeitsbedingungen. Noch immer beträgt die Wochenarbeitszeit durchschnittlich 54,4 Stunden, doch in einigen Zweigen der verarbeitenden Industrie sowie in der Textil- und Bekleidungsbranche sind wöchentliche Arbeitszeiten bis zu 72 Stunden keine Seltenheit. Zwar ist der achtstündige Arbeitstag mit der Sechstageswoche gesetzlich geregelt, doch stehen die Bestimmungen nur auf dem Papier.

Schon 1970 haben die Arbeitsunfälle jährlich um rund 10% zugenommen. Allein 1983 wurden laut Statistiken des Arbeitsministeriums 152.500 Arbeiter durch Arbeitsunfälle (zum Teil schwer) verletzt. 1.452 Personen kamen bei Arbeitsunfällen ums Leben. Damit liegt die Sterberate infolge von Arbeitsunfällen in Südkorea 15mal höher als beispielsweise in Japan. Die erste spektakuläre Protestaktion gegen diese Reproduktions- und Arbeitsbedingungen war die Selbstverbrennung des 22jährigen Textilarbeiters Chun Tae JL im „Friedensmarkt“ von Seoul im November 1970. „Wir sind keine Maschinen; wir sind doch Menschen“, so lauteten seine letzten Worte. Weil der dritte Akteur neben Kapital und Arbeit, der Staat, einzig auf der Seite des

Kapitals steht, ja dessen Wachstum in Gestalt der sog. Finanzkonglomerate (Chaebol) lenkt und den „Arbeitsfrieden“ für das „Exportmodell“ notfalls mit Gewalt durchsetzt, dauern solche extremen Formen von Arbeitskonflikten und Konfliktlösungen an. Den Gewerkschaften als organisierter Interessenvertretung kommt aufgrund des niedrigen Organisationsgrades (rund 20% gegenüber 31% in Japan und gut 40% in der BRD) sowie der immanenten Organisationswidersprüche - wie die Isolation der Betriebsgewerkschaften, Arbeiter, „aristokratie“ usw. - eine Alibifunktion für die Arbeits- und Sozialpolitik zu. Vor allem hat die repressive Arbeitspolitik der „Yushin“ (Erneuerungs- oder Wiederbelebungs-)Verfassung von 1972 die Gewerkschaften des Streikrechts beraubt und nur „gelben Gewerkschaften“ ein Existenzrecht eingeräumt. Den Arbeitern bleiben als Kampfmittel nur spontane Streiks. Bereits in den 70er Jahren wurden jährlich über 1.000 Arbeitskonflikte und gar über 100 Fälle von Arbeitsverweigerung offiziell registriert, wovon etwa 70% allein auf Forderungen nach Lohnerhöhungen und der Auszahlung noch unbezahlter Löhne zurückgingen.

Anmerkungen:

- 1) Vgl. u.a.: Dae-Sook Suk, The Korean Communist Movement, 1918-3948, Princeton 1967 und Robert Scalapino/Chong-Sik Lee, Communism in Korea, Berkeley 1971 (2 Bde)
- 2) Näheres in: Rainer Werning, Hintergründe der US-Außenpolitik in Ostasien, Bonn 1977 und Gavan McCormack/John Gittings (Hg.), Crisis in Korea, Nottingham 1977
- 3) Vgl. William F. Dean, General Dean's Story, London 1954. Der Autor war von 1947-48 Militärgouverneur in Korea.
- 4) Näheres in: Michael Denis/Esther Dischereit/Du-Yul Song/Rainer Werning, Südkorea - Kein Land für friedliche Spiele, Reinbek 1988
- 5) Im Artikel 3 des Normalisierungsvertrages anerkannte Tokio beispielsweise den Souverän Anspruch, die einzige rechtmäßige Regierung in Korea zu sein.
- 6) Siehe u.a.: Du-Yul Song (Hg.), Wachstum, Diktatur und Ideologie in Korea, Bochum 1980
- 7) Ausführlich in: Denis/Dischereit/Song/Werning, Südkorea ..., a.a.O.
- 8) Seit 1965 schickte Park insgesamt 312.000 südkoreanische Soldaten auf „Rotationsbasis“ nach Vietnam, für deren „Dienstleistungen“ die USA 1,7 Mrd \$ zahlte. Vgl. Frank Baldwin (Hg.), Without Parallel: The American-Korean Relationship since 1945, New York 1974
- 9) Frederic Deyo/Stephen Haggard/Hagen Koo, Labor in the Political Economy of East Asian Industrialization, in: Bulletin of Concerned Asian Scholars, Boulder, Jg. 19, Nr. 2/1987, S. 42ff.

Du-Yul Song lebt seit längerem in West-Berlin und ist u.a. als Privatdozent an der Westfälischen Wilhelms-Universität in Münster tätig.

Südkorea - ein Modell für wen?

Erst in den 70er Jahren rückte mit Südkorea ein Land ins Blickfeld der entwicklungspolitischen und -theoretischen Debatte, in dem sich infolge der wesentlich von den USA erzwungenen Spaltung und des „Krieges vor Vietnam“ extrem repressive (Militär)Regimes etabliert hatten. Es war freilich weniger der von der westlichen Führungsmacht geduldete „Benign terror“ (Noam Chomsky; etwa: der gütige Terror), der dieses Interesse weckte und zur Kritik Anlaß gab, sondern die durch beachtlich rasche und hohe Wachstumsraten gekennzeichnete Wirtschaftsentwicklung. In der Folgezeit galt denn Südkorea den Bewunderern und Befürwortern dieses Wachstums als „Modellfall“ per excellence; für sie hatte sich ein „Dritte-Welt-Land“ in die Kategorie eines „neustrialisierten Landes“ (NIC) katalpultiert.

Dieselben Entwicklungs- und Modernisierungs-Apologeten unterstrichen andererseits stets die Notwendigkeit, daß ein solches „Modell“ einzig auf den Fundamenten einer marktwirtschaftlichen, das freie Spiel der Kräfte ermöglichenden Ordnung florieren kann, womit sozusagen nebenbei „sozialistisches Abenteuerium“ als erledigt galt. Diese Apologetik zeichnet(e) eine eigentümliche „Entkopplung“ von Ökonomie und Politik aus mit dem Resultat, daß solche makroökonomischen Kennziffern wie das Wachstum des Brutto-sozialprodukts und die Höhe des durchschnittlichen Pro-Kopf-Jahreseinkommens (in Südkorea im Jahre 1985 immerhin 2.094 US-Dollar) gewürdigt, dessen politische „Rahmenbedingungen“ indes ausgeklammert und heruntergespielt oder als notwendiger Preis der „Modernisierung“ betrachtet werden. Ökonomisch, so argumentierte man später, funktioniere das „Modell Korea“ relativ gut, obgleich es seit der Ermordung Präsident Parks im Oktober 1979 und nach der blutigen Niederschlagung des bewaffneten Volksaufstandes in Kwangju (Mai 1980) in eine politische Krise geriet.

Bestimmend für den besonderen südkoreanischen Entwicklungsweg war das Zusammenspiel und die Wechselwirkung folgender inneren wie äußeren Faktoren:

- Die militärische Okkupation des südlichen Teils der Halbinsel Korea erfolgte mit Unterstützung einer schon unter den Japanern kollaborationswilligen dünnen lokalen Elite, in der ein nationalbourgeois Element so gut wie gar nicht vertreten war.
- Die Ende der 40er Jahre durch Kompensationszahlungen von den USA finanziell mitgetragene Landreform hatte nicht nur den Effekt, daß die exorbitante Pachtrate (reichlich 90% der Bauern waren zu der Zeit Voll- oder Halbpächter), gesenkt, sondern gleichzeitig eine - allerdings kurzweilige - Importsubstitution gefördert wurde.
- In Ermangelung eigener Rohstoffe und eines aufnahmefähigen Binnenmarktes verlagerte sich das Gewicht seit Ende der 40er/Anfang der 50er Jahre auf den lukrativeren Außenhandel.
- In diese Zeit fiel die Gründung der Firmenkonglomerate (Chaebol), die seitdem nicht nur in Verbindung mit ausländischem - vorwiegend US-amerikanischem und japanischem - Kapital aufgebaut, sondern zudem von den Militärregimes tatkräftig gefördert und geschützt wurden. Dies geschah durch direkte Weisungen (staatlich vorgegebene Planziffern beim Export) und indirekte Maßnahmen (z.B.

Steuerbefreiung, selektive Importlizenzen und Bereitstellung zinsgünstiger Darlehen).

- Das Ende des Korea-Krieges (1953) sah Südkorea wie kein anderes Land an der Seite der USA - militärstrategisch, politisch und ökonomisch. Die wirtschaftliche und politisch-diplomatische Stützung des Landes galt als dringendes Gebot aller „freiheitliebenden“ westlichen/westlich-orientierten Staaten. Als „Frontstaat“ gegen den „aggressiven kommunistischen Norden“ fiel ihm eine Sonderstellung auf dem (ost)asiatischen Festland zu.
- Die exklusive, sämtliche Lebensbereiche abdeckende Schutzfunktion der USA für Südkorea wurde mit dem unter Präsident Park 1965 ausgehandelten Normalisierungsvertrag durch den „Erzfeind“ Japan erweitert.
- Als Folge dieser Entwicklung stellte sich eine extreme Abhängigkeit von den USA und Japan ein, die zwischen 1962 und 1984, also in der Hochphase der „generalstabmäßigen“ Exportorientierung, zusammen knapp 80% aller Direktinvestitionen im Lande tätigten und heute gemeinsam mit über 50% der Hauptabnehmer südkoreanischer Ausfuhren sind.

1986 wies der bilaterale Handel mit Japan ein Rekordminus von ca. 6 Mrd \$ auf, wobei in der ersten Hälfte desselben Jahres allein die für die Sicherung des relativ hohen Exportniveaus notwendigen Einfuhren (Investitionsgüter, Maschinenparks, Ersatzteile und Rohstoffe) aus Japan gut 5 Mrd \$ ausmachten. Sind 60% aller Auslandsschulden (1985 = 51,4 Mrd \$) an die USA zurückzuzahlen, was bislang ohne Verzögerungen und teilweise vorfristig gelang, so hat Washington in der Vergangenheit jährlich Rüstungsgüter in Höhe von 1 Mrd \$ an Seoul losschlagen können.

- Es entspricht einer gleich zweifachen Ironie der Geschichte, daß die gerade in der Ära Reagan und im Konglomerat von Internationalem Währungsfonds und Weltbank stets beschworenen Heilkräfte von Entstaatlichung, Deregulierung, Marktöffnung, restriktiver Geld- und Fiskalpolitik und Importliberalisierung von zunehmendem Protektionismus „flankiert“ wurden und die südkoreanische Militärdiktatur wie kaum ein anderes Regime die direkte Zurichtung der Wirtschaft betrieb.

Gelang es Seoul, bereits 1985 im Handel mit den USA einen Überschuß von über 4 Mrd \$ einzufahren, so verstärkte Washington seit Juli 1986 (mit dem bilateralen Handelsabkommen) die sukzessive Abschottung seiner Märkte für südkoreanische Textilien, Schuhe, Reifen, Fernsehgeräte und dergleichen. Unter die auf Drängen der USA erwirkte Importliberalisierung und Deregulierung fallen beispielsweise erhöhte (Rind)Fleisch- und Zigarettenimporte nach Südkorea und die „Öffnung“ des Banken- und Versicherungswesens, was die Kontrollmöglichkeit auf die notorisch unterkapitalisierten Großfirmen beträchtlich erhöhen dürfte.

Zwar warnte die in Genf ansässige und auf Risikorecherchen von Kapitalanlagen im Ausland spezialisierte Capital Intelligence im Sommer 1987 davor, daß einige der Chaebol im Falle modifizierter Kreditvergaben bzw. Kreditsperungen wie ein Kartenhaus zusammenfallen könnten. Doch noch befindet sich das Land im Sog der sog. „Drei Tiefs“ - niedriger Dollarkurs, niedrige Zinssätze und niedriger Ölpreis.

- Südkoreas Wachstum beruht auf massiven Auslandsdarlehen, importierten Technologien und energieintensivem, überdimensioniertem,



Hallo, Fabrikmädchen (Kim Chun-Ho)

d.h. strukturell auf zusätzliche Exportsteigerung angelegtem Zuschritt und einem faktisch seit Ende des Korea-Krieges (von kurzen Perioden abgesehen) anhaltenden „normalisierten Ausnahmezustand“.

Daß in Südkorea mit den weltweit längsten Arbeitszeiten und der weltweit höchsten Unfallquote am Arbeitsplatz keine gesetzlichen Bestimmungen über die Zahlung von Mindestlöhnen existieren, die in der Region niedrigsten Löhne gezahlt werden, die Gewerkschaften verboten bzw. zur Einflußlosigkeit verdammt bleiben und fortgesetzt eine Verquickung von Militärs und „McCarthyistischer Justiz.. die „nationale Sicherheit“ in ihrem Sinne garantiert - all das hat für das in- wie ausländische Kapital zweifellos Modell-Charakter.

Zumindest für die Linke, aber auch für all diejenigen, die in Südkorea Demokratisierung, Gerechtigkeit und Wiedervereinigung als fundamental postulieren, kann der durch die bürgerliche Entwicklungstheorie konstruierte Terminus „Modell Korea“ nur ein semantischer Schwindel, ein Un-Begriff sein.

- Wie schwer die Hypothek der Vergangenheit auf der parlamentarischen, im Kern jedenfalls eliteorientierten Opposition und dem breitgefächerten außerparlamentarischen Widerstandsspektrum lastet, haben zuletzt die Präsidentschaftswahlen am 16. Dezember 1987 demonstriert.

Wurde auch die Legitimität der Herrschenden, jetzt verkörpert im „Ein-Drittel-Präsidenten“ Roh Tae Woo, und ihres Modells spätestens seit dem „heißen“ Sommer 1987 erschüttert, so bleibt ein zumindest im antidiktatorischen Kampf erforderlicher Schulterschluß sämtlicher oppositioneller Kräfte auf der Tagesordnung.

Rainer Werning

Wir verschenken

Bücher . . .

. . . an alle, die uns eine/n neue/n Abonnenten/in nennen oder das AIB verschenken.

Das Ganze ist denkbar einfach: **Abokarte** in der Heftmitte ausfüllen, eines der unten abgebildeten aktuellen Dritte-Welt-Bücher angeben (oder die vollständige Liste anfordern) und abschicken. Das Buch wird sofort ausgeliefert (bei Erteilung einer **Abbuchungsvollmacht**) oder nach Bezahlung des Abopreises von 29 DM (zzgl. 4 DM Porto).



Rainer Werning (Hg.)
**Korea - Annäherungen
an ein geteiltes Land**
Pahl-Rugenstein
ca. 220 Seiten, ca. 14,80 DM

Herbert Schui
Die Schuldenfalle
Schuldenkrise
und Dritte-Welt-Politik der USA
Pahl-Rugenstein
184 Seiten, 14,80 DM

Udo Schelb (Hg.)
Reaktoren und Raketen
Von der zivilen zur
militärischen Atomenergie?
Pahl-Rugenstein
337 Seiten, 16,80 DM

Zwischen Kwangju und Olympia

Du Yul-Song/Rainer Werning

Frühjahr '85 – Herbst '86 – Sommer '87: das sind in Südkoreas jüngster Geschichte für die Herrschenden wie Beherrschten gleichermaßen politische Brennpunkte geworden.

Bis 1985 hatte eine hoffnungslos auseinanderdividierte Opposition dem Chun-Regime leichtes Spiel verschafft. Das Jahr 1986 sah das Erstarren der hauptsächlich parlamentarischen Opposition. 1987 markierte die Isolierung eines Regimes, das sich, wenngleich nur auf Zeit, über ein politisiertes Bürgertum hinaus mit einem im antidiktatorischen Kampf erstmals vereinten außer- und parlamentarischen Widerstand konfrontiert sah. Die im Februar 1985 abgehaltenen Wahlen zur Nationalversammlung boten nach langer Zeit wieder ein „offizielles“ Forum, um den in der Bevölkerung tiefverwurzelten Wünschen nach Minju, Jaju und Tong Il – Demokratie, Unabhängigkeit, Wiedervereinigung – Ausdruck zu verleihen. Der nur wenige Wochen zuvor gegründeten Neuen Demokratischen Partei Koreas (NKDP) gelang ein überzeugender Durchbruch. Unterstützt von den beiden Galionsfiguren der Opposition, Kim Dae Jung und Kim Young Sam, errang die NKDP nahezu ein Drittel der abgegebenen Stimmen.

Diese Schlappe Chuns nutzte die NKDP, indem sie sich für eine Verfassungsänderung stark machte und zu diesem Zweck seit Februar 1986 eine Unterschriftenaktion startete. Da der Präsident, so die Kritik, durch ein ihm politisch höriges Wahlmännergremium ernannt wird, sei er gegen demokratische Kontrollen immun.

Noch verstand es Chun, der im Kern auf gemäßigt bis konservativen Positionen stehenden NKDP durch die Einsetzung einer innerparlamentarischen Sonderkommission für eine Verfassungsänderung den Schneid zu nehmen und ein mögliches Zusammengehen zwischen der parlamentarischen und außerparlamentarischen Opposition in dieser Frage zu vereiteln. Offensichtlich war dieses Nachgeben eine Reaktion auf kritische Stimmen in Washington, die, vermittelt durch die Verfassungsdiskussion, einen Antiamerikanismus mit unkalkulierbaren Risiken witterten.

Sodann „widmete“ sich Seoul der außerparlamentarischen Opposition, die seit 1982 durch Brandanschläge auf und Besetzungen von US-amerikanischen Informationszentren und Kultureinrichtungen auf sich aufmerksam gemacht hatte.



Verzweifelte Mutter eines Verhafteten (oben); der neue Präsident Roh Dae Woo (r.) soll für Stabilität sorgen

Die als vorolympische Generalprobe gedachten X. Asien-Spiele (Herbst 1986) waren zu einer Probe der Generale für „Zucht und Ordnung“ geworden. Vor und während dieser Spiele hatte das Regime in beispiellosen Großrazien „vorsichtshalber“ über 260.000(!) „potentielle Unruhestifter“ vorübergehend festgenommen.

Als Ende Oktober 1986 8.000 Elitesoldaten der Anti-terrorist Task Force die Konguk Universität in Seoul stürmten und über 1.500 Studierende festnahmen, waren das, wie die Süddeutsche Zeitung am 14. November hervorhob, „selbst für die häufig mit studentischen Aktivisten befaßte Justiz Rekordzahlen“. Mit dem Verbot von 14 freien Gewerkschaften am 7. November setzte das Regime sein Kesseltreiben fort. Diese Maßnahmen erfolgten im Zusammenhang mit der gegen insgesamt 10.000 Menschen und 30 Organisationen entfesselten „Säuberungskampagne“ gegen „prokommunistische Elemente“.

Die „Affäre Park Chong Chul“ brachte im Januar 1987 eine besonders von der außerparlamentarischen Opposition schon immer heftig attackierte Praxis staatlichen Terrors ins Bewußtsein, die Folter. Um dem inhaftierten Studenten Park „Geständnishilfe“ zu leisten, hat-



ten ihn die Schergen der berüchtigten Antikommunistischen Geheimpolizei (Anti Communism Bureau) der sog. „Wasserkur“ unterzogen und ertränkt. Der 21jährige Linguistikstudent Park war einer der ca. 3.000 politischen Gefangenen (hauptsächlich Arbeiter und Studenten), von denen viele im Vorjahr festgenommen worden waren und einige bereits seit den 70er Jahren einsitzen. Parks Tod folgte ein nationaler Aufschrei. Nicht genug, daß südkoreanische Soldaten Kwangju kurz und klein geschossen und sich auf dessen Trümmern Chun und seine Clique etabliert hatten. Nunmehr war auch für jedermann offenkundig, daß der Staatsapparat nicht die Bevölkerung gegen das vermeintliche



Militanter Widerstand gegen brutale Repression

„Bollwerk des Terrorismus“ – Nordkorea – schützte, sondern sich aus Gründen der Herrschaftssicherung zum Henker der eigenen Landsleute aufgeschwungen hatte.

Über Nacht wurde Park, stellvertretend für etliche ähnliche „Fälle“, zum Symbol des aufbegehrenden Minjung, der Geschundenen und Unterdrückten, und gleichzeitig zum Fanal eines sich erstmals aus sämtlichen Klassen und Schichten der Gesellschaft speisenden antidiktatorischen Widerstandes. Auch das städtische Bürgertum, lange eine der verlässlichsten Stützen der Machthaber, ging auf die Barrikaden.

Am 13. April, als ein lähmendes Personen- und Führungsgerangel die NKDP auseinanderbrechen ließ und die Parteilichkeit kurz vor ihrer Neukonstituierung als Partei für Wiedervereinigung und Demokratie (RDF) stand, dekretierte Chun kurzerhand die Verfassungsdebatte für beendet. Sie sei, so begründete er seinen Schritt, „schädlich und (laufe) den nationalen Sicherheitsbelangen zuwider“. Erst nach den Olympischen Spielen solle sie wieder aufgegriffen werden. Am 10. Juni schließlich bestimmte der Präsident seinen Generalkumpanen Roh Tae Woo zu seinem designierten Nachfolger, der im Februar 1988, nach Ablauf seiner Amtsperiode, ins Blaue

Haus einziehen werde.

Der 54jährige Bauernsohn Roh hatte einst gemeinsam mit Chun die Bank in der Koreanischen Militärakademie gedrückt. Im Sommer 1981 gab der Viersterne-General Roh seinen Armeeposten auf, um buchstäblich immer höher gelobt zu werden. Stationen seiner Karriere: Chef der Inneren Sicherheit, verantwortlicher Koordinator der Olympischen Spiele, DJP-Vorsitzender und seit dem 8. August auch deren Präsident und Kandidat seiner Partei für das Amt des Staatsoberhauptes.

Diese Manöver, auf Dauer ein „Chun-Regime ohne Chun“ zu installieren, brachten den latenten Unmut der Bevölkerung zum Kochen. Der 10. Juni wurde zum Fanal der Protest-, Demonstrations- und Streikwelle.

Auf dem Höhepunkt der Juni-Unruhen inszenierte der zwischenzeitlich von Chun zu dessen Nachfolger ernannte Roh Tae Woo mit seiner „8-Punkte-Erklärung“ (siehe Kasten) einen Coup, der ihm selbst in den internationalen Medien zu ungeahnter Publizität verhalf. Endlich, so der Tenor der Berichterstattung, habe Seoul Einsicht und Mut bewiesen, um durch den eingeschlagenen „Demokratisierungs- und Liberalisierungskurs“ dem „Wirtschaftswunder am Han-Fluß“ nunmehr auch ein „politisches Wunder“

folgen zu lassen.

Mit einem Schlag war Roh Tae Woo der Mann der Stunde. Hätte er seine „8-Punkte-Erklärung“ einzig als eine Public-Relations-Show angelegt – brillanter wäre sie kaum machbar gewesen. Der in Seoul über Nacht zum „Helden“ und „Retter von Volk und Nation“ hochgejubelte Roh hatte nichts anderes getan, als sämtliche zentralen Forderungen der (parlamentarischen) Opposition fest buchstabengetreu abzukupfern und sie schlankweg als programmatische Eckpunkte der neuen Reformpolitik seiner Regierung auszugeben!

Eine „Wende von oben“ also? Sicherlich sollte dem „Parlament der Straße“ ein Ventil geöffnet und der wachsende Druck auf das Regime abgedehnt werden. Für einen Augenblick schien dieser unerwartete Schritt selbst Teile der Opposition in lähmende Überraschung zu versetzen. „Einige von uns“, gestanden Aktivisten von Bürgerrechtsgruppen in Seoul offenherzig ein, „fühlten sich am Abend des 29. Juni (dem Tag der Erklärung Rohs; d. Verf.) wie von dumpfen Schlägen getroffen.“

Leute weinten. Sie mußten miterleben, daß ein jahrelanger Kampf für Demokratie und gegen die Diktatur nun von einem Vertreter eben dieser Diktatur in ihr und gar in sein persönliches Verdienst umgebogen werden sollte. Das war äußerst schmerzhaft.“

Rohs „8-Punkte-Erklärung“ widerspiegelte über den „Befriedigungs“-Aspekt hinaus einen erbitterten internen Machtkampf und die „aufgeklärte“ Variante eines US-amerikanischen Krisenmanagements. „Unsere Haltung“, so Gaston Sigur, stellvertretender US-Außenminister für Ostasiatische und Pazifische Angelegenheiten, anlässlich einer Presseerklärung auf Seouls Kimpoo-Flughafen kurz vor seinem Rückflug nach Washington (25. Juni), „ist kristallklar. Wir sind gegen die Verhängung des Kriegsrechts oder den wie immer gearteten Einsatz der Streitkräfte in dieser Situation.“¹

Zwischen dem Weißen Haus und dem US-Außenministerium war folglich ein Konsens über die Demontage Chuns zustande gekommen; gegenüber einem Staatspräsidenten, der Wochen zuvor immer wieder mit dem Kriegsrecht gedroht hatte, sollte „der Protest zu weit gehen“, beinhalteten diese Äußerungen weit mehr als eine diplomatisch verklausulierte Kritik. Im Klartext war damit signalisiert: „Bis hierhin und nicht weiter. Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan und mag abtreten.“ Noch während seines Aufenthalts hatte Sigur erklärt: „Ich möchte nicht den Eindruck erwecken, als stünde ich oder unsere Regierung hinter einer bestimmten Sache. Aber was gegenwärtig passiert, findet unsere volle

Unterstützung“ (womit implizit Rohs Erklärung gemeint war; d. Verf.).²

Wenige Stunden zuvor hatte er mit seiner Erklärung – „Chun werde sich des Demokratisierungskurses Rohs sicherlich beugen“³ – die Katze aus dem Sack gelassen. Der Präsident war zu einer politischen Hypothek geworden, die es bei Strafe eines Gesichtsverlusts und möglicher außen- wie „sicherheits“politischer Einbußen schnellstmöglich aus der Schußlinie zu nehmen und zum geordneten Abgang zu bewegen galt. Diese



US-Außenminister Shultz und Chun Doo Hwan im Mai 1987: Noch konnte der Diktator auf Washington zählen

Position klopfen dann die Sprecher des Weißen Hauses und des Außenministeriums, Marlin Fitzwater und Charles Redman, im Namen ihrer jeweiligen Chefs und als „Reiseempfehlung“ Sigurs fest. Ein Rückfall hinter Rohs Erklärung, unterstrichen sie übereinstimmend, sei „undenkbar“, da sie „einen sehr positiven und weitsichtigen Schritt (darstellt) und die notwendige Offenheit für Koreas Reformkurs (erkennen läßt).“⁴

Bemerkenswert waren diese Entwicklungen, weil bis zum Herbst 1986 in der US-Administration (namentlich im Weißen Haus, Pentagon und Außenministerium, eine konsistente Koreapolitik praktiziert wurde, die, auf eine Kurzformel gebracht, davon ausging, das herrschende Regime auf Dauer mit allen Mitteln zu stützen und sich hinter Chuns DJP zu stellen.

Sigur hingegen hatte schon während einer Rede am 6. Februar 1987 gefordert, daß Seoul zu „einem offeneren und legitimen politischen System“ finden solle – nicht zuletzt um zu vermeiden, daß Südkorea während der Olympischen Spiele als „begossener Pudel“ darsteht, der anstatt das Ideal der Völkerverständigung durch Sport „hinauszubellen“ als militärischer Kettenhund vor aller Augen mit den Zähnen fletscht. Was erklärte diesen Sichtwechsel in Washington? Dafür sprachen zwei aufs engste miteinander verwobene Faktoren:

• Innerhalb des US-Außenministeriums

gewannen spätestens mit und seit den „Philippinen-Ereignissen“ jene Kräfte – man könnte sie die „aufgeklärten Krisenmanager“ nennen – die Oberhand, die der Ansicht sind, ein „altes Haudogenium“, sprich: das kompromißlose Stützen verbündeter Diktatoren, müsse sich letztlich für die USA politisch, ökonomisch, militärisch und psychologisch als kontraproduktiv erweisen. Mit Recht und starken Argumenten verwiesen sie auf Vietnam, Iran und Nicaragua.

• Diese Kräfte – und darunter sind an exponierter Stelle u.a. der seit dem 2. Weltkrieg aktive „Ostasien-Fuchs“ Sigur, der seit Oktober 1986 in Seoul akkreditierte US-Botschafter Lilley und Blackmore als Chef der Korea-Abteilung im Außenministerium zu nennen – genießen außerdem den Vorteil, als (zumindest ehemalige Kontakt-)Männer des Geheimdienstes innerhalb des CIA geschätzt zu sein. Diese Außenministerium-CIA-Schiene ist eine entscheidende Voraussetzung dafür (im Falle der Philippinen läßt sich das geradezu „klassisch“ nachweisen), über das Pentagon eine Interessenidentität herzustellen, der sich in letzter Instanz das Weiße Haus schwerlich entziehen mag. Daß Reagans Asienbeauftragter im Nationalen Sicherheitsrat, James A. Kelly, in diesem Falle die Pentagon-Nationaler-Sicherheitsrat-Schiene „abfuhr“, ließ schließlich das Pendel zugunsten der „aufgeklärten Krisenmanager“ ausschlagen!

Im Gegensatz zu seinem Vorgänger pflegt Botschafter James Lilley intensive Kontakte zu allen namhaften Persönlichkeiten des politisch gemäßigten und bürgerlichen Oppositionsspektrums, die gar – wie Kim Young Sam, Kim Dae Jung und Stephen Kardinal Kim Sou Hwan – in Lilleys Residenz eingeladen werden!

Bei all diesen Entwicklungen war Chun gezwungen, gute Miene zum bösen Spiel zu machen. Seine Drohungen, notfalls das Kriegsrecht zu verhängen und das Militär zur „Eindämmung von Unruhen“, möglicherweise gar zum Ausschalten potentieller Rivalen innerhalb des Herrschaftszentrums einzusetzen, wurden durch den CFC (Combined Forces Command, der den USA die Oberhoheit über die koreanischen und US-Truppen einräumt), Sigurs politisch-diplomatische Offensive und durch angeordnete Wirtschaftssanktionen vereitelt.⁵ Für Roh ergab sich erstmals die Chance, trotz langjähriger Freundschaft zu Chun schon aus Überlebensgründen auf Distanz zu gehen.

Seit Juni dann war es Roh, der als neuer Liebling des alten Regimes dort stand, wo er sich auf Kosten des unflexiblen Präsidenten gern selbst sah – im politischen Rampenlicht.

Die massiven Sommer-Proteste und die in der Geschichte Südkoreas gewaltigste Welle von Arbeiterstreiks und -demonstrationen im Herbst 1987 schienen der demokratischen Oppositionsbewegung jenen Durchbruch zu verschaffen, für den sie seit Jahren quasi-legal und/oder im Untergrund mit großen Opfern gekämpft hatte. Bis zum Herbst nämlich hatte das herrschende Militärregime, und sei es vorerst nur auf dem Papier, die Demokratisierung und Liberalisierung zugesagt, war die parlamentarische Opposition mit ihren beiden Galionsfiguren Kim Young Sam und Kim Dae Jung ein und hatte sich die Bevölkerung in einem Referendum für die Direktwahl des Präsidenten ausgesprochen. Die Weichen schienen also endgültig zugunsten eines demokratischen Wandels gestellt worden zu sein.

Doch es kam alles ganz anders. Aus der

„8-Punkte-Erklärung“ Roh Tae Woos

Die am 29. Juni 1987 vom jetzigen Präsidenten Roh Tae Woo verkündete Erklärung umfaßte folgende acht Punkte:

1. Eine Verfassungsänderung für Direktwahlen des nächsten Präsidenten Südkoreas. Präsidentschaftswahlen sollen gemäß der neuen Verfassung stattfinden, um damit einen friedlichen Machtwechsel nach dem Rücktritt von Präsident Chun Doo Hwan im Februar zu gewährleisten.
2. Eine Veränderung der geltenden Wahlgesetze, um damit „Freiheit zur Kandidatur“ und fairen Wettbewerb zu garantieren.
3. Die Amnestie und Wiederherstellung der Bürgerrechte für Kim Dae Jung und die Freilassung aller im Zusammenhang „mit der gegenwärtigen politischen Situation“ verhafteten Personen. Dabei sollen nur jene ausgenommen werden, die die „freie und demokratische Ordnung nicht anerkennen“.

4. Die Förderung und den maximalen Schutz der Grundrechte. Die Regierung müsse dabei alles tun, um eine Verletzung der Menschenrechte zu verhindern.

5. Eine umfassende Veränderung oder die Abschaffung der geltenden Pressegesetze, um damit vollständige Pressefreiheit zu garantieren.
6. Die Wahl von Gemeinderäten, der später auch freie Wahlen auf städtischer und Provinzebene folgen sollen, und die Autonomie von Hochschulen und Universitäten.
7. Den staatlichen Schutz für politische Parteien, solange sie sich „vernünftig“ politisch betätigen.
8. Durchgreifende soziale Reformen, um damit Kriminalität und tief verwurzelte Korruption, grundlose Gerichte, regionale Rivalität und „Schwarz-Weiß-Denken“ auszumerzen und eine saubere und ehrliche Gesellschaft möglich zu machen.

(Quelle: Frankfurter Rundschau, 30.6. 1987)



am 16. Dezember 1987 abgehaltenen Präsidentschaftswahl ging mit dem Kandidaten der herrschenden Demokratischen Gerechtigkeitspartei (DJP) und Ex-General Roh Tae Woo ein Sieger hervor, der seinem am 25. Februar d.J. aus dem Amt geschiedenen Vorgänger Chun Doo Hwan die Steigbügel gehalten hatte, als dieser 1979/80 „scheibchenweise“ und blutig die Macht ergriff. Durch die wenige Wochen vor dem Wahltermin gegründete Partei für Frieden und Demokratie (PDP) hatte sich Kim Dae Jung aus der Phalanx der bis dahin geeinten Opposition ausgeklinkt und sich neben Kim Young Sam als die politische Alternative und Garantie für die Beendigung der Diktatur empfohlen.

Fazit: Aus der Möglichkeit, den herrschenden Militärs mit den Stimmzetteln den Laufpaß zu geben, war plötzlich die Kontinuität der Vergangenheit zur Gewißheit geworden. Mit 35,9% der Stim-

men gelang es Roh, sich vor seine Rivalen Kim Young Sam (27,5%) und Kim Dae Jung (26,5%) zu plazieren. Worin nun wurzelte dieses Desaster der Opposition? Welche Perspektiven ergeben sich daraus für die politische Kultur des Landes?

Rohs „8-Punkte-Erklärung“ vom 29. Juni 1987 war in Verbindung mit seinem vorsichtig signalisierten Abrücken vom Amtsstil Chuns ein brillanter politisch-diplomatischer Schachzug. Damit konnte er vor allem dem städtischen Bürgertum glaubhaft versichern, er, einmal gewählt, werde sie auch in die Tat umsetzen. Damit brachte er die Opposition in Zugzwang, die nun ihrerseits politische Kontrapunkte gegenüber dem Regime setzen mußte. Roh verstand es zudem, einen Großteil der Bevölkerung davon zu überzeugen, daß nur mit ihm ein geordneter und schrittweiser Wandel zum Besseren möglich sei.

Diese (verbale) Konzession gewann angesichts der Zersplitterung in den Reihen der Opposition an Durchschlagskraft und erhielt zusätzliche Nahrung durch deren dünne Programmatik. Die oppositionellen Forderungen wichen ja in grundlegenden Fragen (z.B. Wahrung der exportorientierten Entwicklungs- und Wachstumsstrategie und der engen Bande zu den USA) nicht im geringsten vom Credo des Regimes ab.

In der Frage der Freilassung aller politischen Gefangenen stand Absichtserklärung gegen Absichtserklärung, wobei hier die Opposition mit gutem Recht größere Glaubwürdigkeit für sich reklamieren konnte. Der dem „terroristischen Norden“ zugeschriebene, auf jeden Fall „termingerechte“ Abschluß einer Verkehrsmaschine der südkoreanischen Luftfahrtgesellschaft KAL Ende November 1987 bescherte Roh nach Aussagen gutunterrichteter (regimefreundlicher) Journalisten in Seoul zusätzlich ca 1 Mio Stimmen.

So sehr Roh auch im Augenblick politischen Rückenwind genießt, so sehr wird sich die Dauerhaftigkeit und der eigenständige Aktionsradius seines Regimes erst noch zeigen müssen. Sein Hauptpro-

blem liegt darin, als „Ein-Drittel-Präsident“ gleichzeitig den Schatten seines Vorgängers loszuwerden. Ob er auf Dauer sowohl das Militär als auch die DJP-Maschinerie geschlossen hinter sich zu bringen und zu einem Vermag, ist noch nicht eindeutig entschieden.

Immerhin spekuliert Chun darauf, gewisse politische Fäden hinter den Kulissen weiterzuspinnen. Als Vorsitzender der „Beratungskommission für staatspolitische Angelegenheiten“ und des „Ilhae-Forschungsinstituts“ (einer Art Denkfabrik des Regimes) beabsichtigt er, Rohs „Geschäfte“ zumindest mittelbar zu beeinflussen.

Für Roh ist und bleibt sein größtes Dilemma das Abtragen der Kwangju-Hypothek. Zwar wurde in diesem Zusammenhang eine „nationale Versöhnungskommission“ geschaffen. Ihre Anhörungen aber haben bislang zu wenig mehr als „Weißwaschungen“ für Roh beigetragen. Die (Teil-)Amnestie für politische Gefangene (noch immer sind ca. 1.500 oppositionelle, einige seit den frühen 70er Jahren(!), inhaftiert) und das Herüberretten knapp eines Drittels der bereits in der Ära Chun gedienten Minister (u.a. für die Ressorts Inneres, Auswärtiges, Finanzen und Sport, geschahen mit dem Argument, angesichts der Olympischen Spiele und Wirtschaftsprobleme könne das „Risiko“ einer politischen Kehrtwende nicht eingegangen werden.

Das große wie hilflose Lamento der zweiten Opposition nach der Wahl, einzig massive Fälschungen und Betrügereien hätten dem Regime zum „Sieg“ verholfen, verwechselte offensichtlich Wirkung und Ursache. Es wäre schon erstaunlich, verzichtete ein militärisches Regime bei Wahlen auf eine „Einmischung“ zu seinen Gunsten. Daß es dies in relativ umfangreicher Weise tun konnte, wurde nicht zuletzt erst durch die eigenverursachte Zersplitterung der Opposition ermöglicht.

Man denke an den Marcos-Sturz vor zwei Jahren. Auf den Philippinen hatte es immerhin eine im letzten Moment im antidiktatorischen Kampf geeinte parlamentarische, gemäßigte Opposition geschafft, sich trotz (oder gerade wegen?) massiver Wahlschiebereien politisch durchzusetzen. In Seoul aber konnte im Dezember 1987 mit Schieberereien aufgrund einer uneinigen Opposition Politik im alten Stil gemacht werden.

Nicht Machtbesessenheit und exzessive Darstellungssucht der beiden Kims liefern den Schlüssel zum Verständnis dieses Fiakos. Das ist in nicht allzu frappierendem Unterschied auch in diesem unserem Lande Usus. Entscheidend dürften andere Gesichtspunkte gewesen sein:

• Beide Kims sind angesichts der langen Herrschaft verschiedener Militärregimes

als quasi-charismatische Führungspersönlichkeiten zu werten, die in jeweils unterschiedlichem Grade verfolgt wurden und persönliches Leid ertrugen. Das machte und macht sie anfällig für ein Verständnis von Opposition, welches Gefolgschaft statt kritische Diskussion, Personenkult statt Programmatik und Elite statt Massen- bzw. Minjung-Bewußtsein fördert. All das erhält zusätzliches Gewicht in einem Land, wo die über den (Neo)Konfuzianismus vermittelten traditionellen Tugenden des Sich-Fügens in einem Netz hierarchisch aufeinander bezogener sozialer Verhältnisse gelten.

• Das Element des Klientelismus und – damit in gewissem Maße einhergehenden – Regionalismus ist deshalb ausgeprägter als ein qualitativer politischer Unterschied innerhalb und zwischen zwei oder mehreren Klientelen. Dies erklärt u.a., warum Kim Dae Jung in „seiner“ Heimat, der Provinz Süd-Cholla, nahezu sämtliche Stimmen auf sich vereinigte.

• Beide Kims dürften mit ihren „Alleingängen“ die traditionelle Mißachtung des Militärs in der koreanischen Gesellschaft wie sich selbst maßlos überschätzt haben.

• Beide aber auch stütz(t)en sich auf unterschiedliche soziale Kräfte. Hatte Kim Young Sam die eingefahrene bürgerlich-parlamentarische Parteimaschinerie und eine selbst im Bürgertum stark verankerte Gefolgschaft im Rücken, so konnte sich Kim Dae Jung eher des Rückhalts unter dem vielschichtigen Spektrum des außerparlamentarischen Widerstands vergewissern.

Heute geht es nicht um die Frage, ob die beiden Kims durch die mittlerweile sattsam erprobte Praxis des gemeinsamen „Anbändelns“ oder des „Abbändelns“ gegeneinander das Regime konfrontieren, sondern darum, wann und wie die gleichermaßen in der parlamentarischen Opposition und im außerparlamentarischen Widerstand als mittlerweile dringend notwendig erkannte Programmdiskussion geführt und dementsprechend politisch gehandelt wird. In deren Verlauf wird sich die Spreu vom Weizen trennen, ungeahnte Allianzen könnten sich bilden.

Je eher dieser Prozeß Konturen gewinnt, desto größer sind die Chancen, die „nacholympische Ära“ ohne große Blessuren zu überstehen. Einstweilen aber profitiert das Regime, ob man das mag oder nicht, von seiner „verordneten vorolympischen Freiheit“.

Anmerkungen:

- 1) Zit. nach: Asiaweek, Hongkong, 5.7.1987
- 2) The Korea Herald, Seoul, 1.7.1987
- 3) Laut Meldung von: Associated Press, Washington, 30.6.1987
- 4) The Korea Herald, 1.7.1987
- 5) Siehe u.a.: The Wall Street Journal – Europe, Heerlen, 29.6.1987



Revolutionsdenkmal in Pjöngjang

Andreas Krajksek

Selbständigkeit und Wiedervereinigungstreiben

Während im Vorfeld der Olympischen Sommerspiele die Berichterstattung über Südkorea breiten Raum einnimmt, findet Nordkorea – offizielle Bezeichnung: Koreanische Demokratische Volksrepublik (KDVR) – in den Medien kaum Beachtung. Und die wenigen Meldungen verbinden diesen Staat allenfalls mit Personenkult und Terrorismus. Eine differenzierte Betrachtung Nordkoreas ist die Ausnahme. Dabei hat die KDVR, fast 40 Jahre nach ihrer Gründung, eine bemerkenswerte Entwicklung aufzuweisen.

Im Gegensatz zu den meisten anderen asiatischen Entwicklungsländern gibt es hier keine Hungersnöte, keine Armut und keine Slums. Abgesehen von der Sowjetunion ist Nordkorea das am stärksten industrialisierte sozialistische Land Asiens.

Die Ausgangslage für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes war äußerst ungünstig. Die 35 Jahre andauernde japanische Kolonialherrschaft hinterließ eine den Wirtschaftsinteressen der Kolonialmacht angepaßte Wirtschaftsstruktur. War Korea anfangs vor allem Rohstofflieferant für Japan, so fand später eine schnelle Industrialisierung statt. Das Land zählte 1944 über 400.000 Industrie- und 220.000 Bergarbeiter. Die

Schwerindustrie befand sich vor allem im Norden des Landes, wurde aber im 2. Weltkrieg und stärker noch während des Korea-Krieges zum großen Teil zerstört.

Nach der Befreiung von der Kolonialherrschaft durch die Sowjetarmee und die koreanische Unabhängigkeitsbewegung am 15.8.1945 begannen im September 1945 US-Truppen mit der Besetzung des Südens. Mit der auf Betreiben der USA im Mai 1948 gegründeten Republik Korea und der als Konsequenz darauf am 9.9.1948 proklamierten KDVR war die Teilung Koreas vorerst besiegelt. Dadurch verlor Nordkorea den Zugang zu den Reiskammern des Südens, die zuvor dessen Agrardefizite ausgeglichen hatten.

Die politisch führende Kraft in der KDVR ist die Partei der Arbeit Koreas (PDAK). Auf der Grundlage der von ihr propagierten Dschutsche-Ideologie (siehe Kasten) und der Generallinie der drei Revolutionen verfolgt Nordkorea eine auf wirtschaftliche Autarkie und nationale Unabhängigkeit ausgerichtete Politik. Dschutsche bedeutet Souveränität in der Politik, Selbständigkeit in der Wirtschaft und eine eigenständige Verteidigung des Landes. Hilfeleistungen an-

Getrennt marschiert und verloren: Oppositionsführer Kim Dae Jung (l.) und Kim Young Sam





AUS DEM INHALT :

— Atomtransporte

Lübeck eine Stadt im Aufruf
Transport Beobachtungen
Greenpeace-Aktivitäten
Transnukleare Atommüllentsorgung
„Vertrauliche“ Transport - Pläne '88

— Atom - Mafia

Hanau - Nur ein Atommüll - Skandal? Was steckt dahinter?
Bonn & die deutsche Bombe

— Kriminalisierung im Rhein - Main Raum

Im Zuge der Startbahn Hysterie
Hausdurchsuchungen, Verhaftungen
u.a. weg. Strommast umlegen
Verhalten bei Vorladungen

Außerdem in dieser atom:

- Gorleben: Grünes Licht für Castor - Transporte
- Anti - IWF - Kongreß
- Wackersdorf - Chronik
- Windscale - Geheime Katastrophensache

Atom

erscheint zweimonatlich, 68 Seiten, Einzelpreis 4 DM. Abo für 5 Ausg. 25 DM. Sollte unbedingt abonniert werden:

Herausgeber und Bestelladresse:

Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie, Rheimhäuserlandstr. 24, Postfach 1945, 3400 Göttingen, oder Lüneburger Arbeitskreis gegen Atomanlagen, c/o. Günter Garbers, Posener Str. 22, 2121 Reppenstedt, Tel.: 04131/37835 (tagsüber).

derer Staaten dürfen dementsprechend nur in Ausnahmefällen in Anspruch genommen werden. Die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung soll durch die technische, die ideologische und die kulturelle Revolution vorangetrieben werden.

Bereits in den 40er Jahren konnte Nordkoreas Wirtschaft beachtliche Erfolge verbuchen. So betrug der Gesamtzuwachs der industriellen Bruttoproduktion 1946-49 337%. Im Koreakrieg (1950-53) wurden jedoch Industrieanlagen und landwirtschaftliche Einrichtungen fast vollständig zerstört. Nach Beendigung des Krieges wurden die wirtschaftlichen Zielsetzungen in mehrjährigen Wirtschaftsplänen formuliert. Schwerpunkt des Dreijahrplans 1954-56 war der Wiederaufbau. Die Sowjetunion



Von den Arbeitsbedingungen im Norden (hier eine Textilfabrik) können die Kolleginnen im Süden nur träumen

unterstützte diesen Prozeß mit über 1 Mrd Rubel und erließ der KDVR die Rückzahlung von Krediten. 1956 war die industrielle Bruttoproduktion um 278% höher als 1949. Während des Fünfjahrplans 1957-61 stieg die Bruttoproduktion im Jahresdurchschnitt um 44,6%. Das schnelle Wachstumstempo hielt auch in den folgenden Jahrzehnten an. In den 70er Jahren verdreifachte sich die Industrieproduktion. In den 80er Jahren nahm sie um weitere 440% zu. Für den zweiten Siebenjahrplan, der 1984 endete waren als Ziele gesetzt: 14-15 Mio t Eisen und Stahl, 70-80 Mio t Kohle und 10 Mio t Getreide.

Ob diese Ziele erreicht wurden, läßt sich nur schwer überprüfen, da Nordkorea 1960 die Veröffentlichung von statistischen Jahrbüchern „aus Sicherheitsgründen“ einstellte. Westliche Beobachter gehen von stark gesunkenen Zuwachsraten in den 80er Jahren aus. Die für den 3. Siebenjahrplan Ende 1986 angenommenen Richtlinien sehen wesentlich bescheidenere Ziele vor: eine 1,9fache Steigerung der Industrieproduktion und ein Wachstum der landwirtschaftlichen Produktion um 40%.

Aufgrund gezielter Diversifizierungsmaßnahmen verfügt die KDVR über eine breit gefächerte Maschinenbauindustrie.

Offiziellen Angaben zufolge wird heute der Bedarf an Maschinen aller Art zu 98% aus eigener Produktion gedeckt. Zudem ist die Grundstoffindustrie, wie z.B. Bergbau, Hüttenwesen, chemische Industrie, gut entwickelt.

Gegenwärtig sind 35% der Beschäftigten in der Industrie tätig. Rund 70% des produzierten Nationaleinkommens werden von der Industrie erbracht. Die dezentral auf regionaler Ebene produzierende Leichtindustrie gewährleistet eine bedürfnisorientierte, ausreichende Versorgung mit Gebrauchsgütern. Per Gesetz vom 10.8.1946 wurden die Groß- und Mittelindustrie, Banken sowie das Transport- und Nachrichtenwesen nationalisiert. Um aber an dringend benötigte Spitzentechnologien zu kommen, die in der KDVR kurz- oder mittel-

fristig nicht entwickelt werden können verabschiedete die Oberste Volksversammlung im September 1984 ein Joint-Venture-Gesetz. Darin sind die Rahmenbedingungen für gemeinsame Unternehmen mit ausländischen Investoren festgelegt.

Der ausländische Kapitalanteil ist begrenzt und 25% des Nettoertrages sind, an Steuern zu bezahlen. Der verbleibende Gewinn soll entsprechend den Kapitalanteilen aufgeteilt werden. Nordkorea hofft damit, vor allem westeuropäische Anleger zu gewinnen.

Trotz der Forcierung der industriellen Entwicklung wurde die Landwirtschaft nicht vernachlässigt. Lediglich etwa ein Viertel des Territoriums Nordkoreas bzw. ca. 2 Mio ha sind landwirtschaftlich nutzbar. Auf 1,8 Mio ha wird Getreide, vornehmlich Reis und Mais, angebaut. Gemäß dem Gesetz über die Landreform vom 5.3.1946 wurden über 1 Mio ha Nutzfläche an 720.000 landlose Bauernfamilien verteilt. Von 1953-58 erfolgte die Kollektivierung der Landwirtschaft.

Zur Zeit existieren ca. 3.800 Genossenschaften. 45% der Erwerbstätigen arbeiten in der Land- bzw. Forstwirtschaft oder in der Fischerei. Aufgrund des intensiv betriebenen Landbaus und des hohen Mechanisierungsgrads (durch-

schnittlich 6-7 Traktoren pro 100 ha Ackerfläche) ist die landwirtschaftliche Selbstversorgung gesichert. 1984 wurde das Ziel von 10 Mio t Getreide übertroffen.

Mit geplanten 15 Mio t Ende der 80er Jahre wäre bei einem jährlichen Bevölkerungswachstum von ca. 2,4% die Selbstversorgung auch zukünftig gesichert, so daß verstärkt landwirtschaftliche Erzeugnisse exportiert werden könnten.

Über die Hälfte des Außenhandelsvolumens entfällt auf den Handel mit den sozialistischen Staaten. Größter Handelspartner ist die Sowjetunion mit 30%, gefolgt von der Volksrepublik China mit 20%. Je etwa ein Viertel des Handels wird mit den kapitalistischen Industriestaaten und Entwicklungsländern realisiert. Die KDVR exportiert überwiegend Rohstoffe, landwirtschaftliche Produkte und Maschinen. Importiert werden hauptsächlich Erdöl, Maschinen und komplette Fertigungsanlagen.

Nordkorea beschreitet — wie aufgezeigt — einen weitgehend eigenständigen wirtschaftlichen Entwicklungsweg. Dies wäre jedoch ohne eine zeitweise, umfangreiche Hilfe aus dem Ausland nicht möglich gewesen — ein Umstand, der von offizieller Seite gern verschwiegen wird.¹ Heute stößt dieser Kurs wegen des Mangels an Spitzentechnologien jedoch an seine Grenzen. Da Nordkorea seine Auslandsschulden nicht bezahlen kann, sind umfangreiche Importe kaum möglich. Gründungen von Joint-Venture-Unternehmen, die ebenfalls Hochtechnologie ins Land bringen sollen, bleiben Einzelfälle.²

Die KDVR bietet ihren Bürgern und Bürgerinnen eine umfangreiche soziale Versorgung. Seit 1961 kann das gesamte Gesundheitswesen kostenlos in Anspruch genommen werden. Auf je 10.000 Einwohner entfallen 24 Ärzte und 130 Krankbetten. Die Lebenserwartung hat sich seit Anfang der 40er Jahre mehr als verdoppelt. Sie beträgt 76 Jahre bei Frauen und 70 Jahre bei Männern.

Die Kranken- und Sozialversicherung wie auch die Altersversorgung werden vom Staat getragen. Altersrenten werden bei Frauen ab dem 55., bei Männern ab dem 60. Lebensjahr gewährt. Der 8-Stunden-Arbeitstag ist ab 1946 gesetzlich verankert. Das Mindestarbeitsalter beträgt 16 Jahre.

Seit Kriegsende wurden die Preise für die meisten Produkte gesenkt, während man gleichzeitig die Löhne erhöhte. So lag 1960 der Durchschnittslohn bei 40 Won und heute bei etwa 120-150 Won. Der Staat subventioniert die Grundnahrungsmittel und erhebt seit 1974 keine Steuern mehr.

**Schlüssel zum Erfolg?
Dschutsche und Personenkult**

Die KDVR führt ihre Erfolge auf die sog. Dschutsche-Ideologie und die „weise Führung“ des Staats- und Parteichefs Kim Il Sung zurück.

Zentraler Begriff der Dschutsche-Ideologie ist „Dschadschusong“, was soviel wie Selbständigkeit heißt. Gemeint ist damit in erster Linie die Selbständigkeit (der Volksmassen) bei der Bewältigung von Aufgaben im politischen, wirtschaftlichen und militärischen Bereich:

„Dschadschusong in der Politik zu wahren, bedeutet, die nationale Unabhängigkeit und das souveräne Recht des eigenen Volkes zu verteidigen, seine Interessen zu verfechten und eine Politik zu betreiben, die sich auf die Kraft des eigenen Volkes stützt.“

„Eine selbständige Wirtschaft ist eine Gewähr dafür, die Unabhängigkeit eines Landes zu konsolidieren, ein souveränes Leben zu gestalten, das Dschutsche in der Ideologie, die Souveränität in der Politik und die Selbstverteidigung zuverlässig zu sichern und dem Volke ein wohlhabendes materielles und kulturelles Leben zuteil werden zu lassen.“

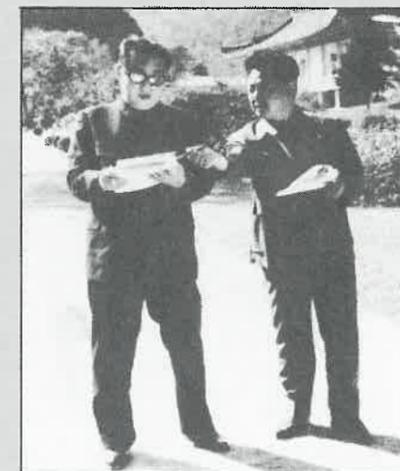
„Das Prinzip der Selbstverteidigung durchsetzen heißt, aus eigener Kraft den eigenen Staat zu schützen. Für die Durchsetzung dieses Prinzips ist eine eigene verteidigungsfähige Streitmacht notwendig. Zur Durchsetzung dieses Prinzips ist es erforderlich, ein das ganze Volk und den ganzen Staat umfassendes Verteidigungssystem zu schaffen.“¹

Die Dschutsche-Ideologie ist eine „Ideologie für die Weiterführung der Revolution“, wobei „das schöpferische Potential der Massen zur Umformung der Gesellschaft“ führt. Professor Pak Mun Hoe, Mitglied des Zentralkomitees der Koreanischen Vereinigung der Sozialwissenschaften, übersetzt Dschutsche mit „Haus- herr über das eigene Schicksal“. Der Mensch stehe im Mittelpunkt dieser Weltanschauung. Er sei der einzige Herrscher über die Welt und deren einziger Umgestalter.

Im Unterschied zum Marxismus-Leninismus komme es gemäß der Dschutsche-Ideologie bei der sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft weniger auf den Widerspruch zwischen Produktivkraftentwicklung und Produktionsverhältnissen, als vielmehr auf das menschliche Bewußtsein an. Prof. Pak: „Auch Länder mit rückständigen Produktivkräften können in der sozialistischen Revolution voranschreiten, wenn die Menschen nur genügend ideologisiert werden.“²

Die Dschutsche-Ideologie sei wie der Marxismus eine materialistische Weltanschauung, weise aber in vielerlei Hinsicht über ihn hinaus. Sie verkörpere die höchste Weiterentwicklung des Marxismus.³

Für Europäer ist der exzessive Personenkult um Kim Il Sung und seit einiger Zeit auch um seinen Sohn, Kim Dschong Il, schwer verständlich. Die Verehrung für den Staatschef ist zu einem gewissen Grad aus der konfuzianischen Tradition Koreas zu erklären. Der Konfuzianismus mißt der Rolle des Volksführers große Bedeutung bei. So entspricht ein weiser, gütiger und für das Wohlergehen seiner Untertanen sorgender Herrscher dem konfuzianischen Ideal. Er besitzt als Legitimation für seine Herrschaft das „Mandat des Himmels“. Kann er dem Ideal nicht entsprechen, so verliert er den Anspruch auf Herrschaftsausübung. Dieses traditionelle Herrscherbild und die vom Konfuzianismus geforderte Loyalität erleichtern



Staatschef Kim Il Sung (l) mit seinem Sohn und designiertem Nachfolger Kim Jong Il

die Akzeptanz für den Personenkult in der nordkoreanischen Gesellschaft. Ein weiterer Grund für die in den letzten 40 Jahren allmähliche Herausbildung des Personenkults dürfte in den Geschichtsfälschungen von Kims Biographen liegen. Als Mittel in der Auseinandersetzung Kims mit seinen Widersachern in der Partei hoben sie in ihren Schriften die Leistungen Kims im Befreiungskrieg weit über seinen tatsächlichen Einfluß hinaus hervor, während sie gleichzeitig die seiner Gegner abwerteten bzw. leugneten. So kann der populäre Patriot im Befreiungskampf, Kim Il Sung, durchaus als mit übermenschlichen Fähigkeiten ausgestattet erscheinen.

Letztendlich trägt auch die Dschutsche-Ideologie, der entsprechend der menschliche Wille und somit auch der der Führungspersonen ausschlaggebend für die Revolution ist, zum Personenkult bei.⁴

Die genannten Gründe können das Phänomen des Personenkultes sicher nicht hinreichend erklären. Vielmehr dürften weitere Ursachen in den „monolithischen“ Entscheidungsstrukturen in wichtigen Bereichen der nordkoreanischen Gesellschaft zu finden sein. So sehr die Verehrung für Kim Il Sung die Einheit des Volkes für den Aufbau und gegen die Einmischung von außen gefördert haben und Kim ihnen bei der Bildung von nationaler Identität und Selbstbewußtsein als Leitbild nach der kolonialen Unterdrückung gedient haben mag, in seiner heutigen Form hat der Personenkult keine emanzipatorischen Züge aufzuweisen und kann als verlässlich und pervertiert angesehen werden. Andreas Krajczek

Anmerkungen:

- 1) Zit. nach: Kim Dschong Il, Abhandlung über die Dschutsche-Ideologie, Pjöngjang 1982
- 2) Zit. nach: V. Grabowsky, Der andere Weg — Wirtschaft und Politik in Nordkorea Teil II, in: Korea-Forum, Osnabrück Nr. 13/ Juni 1987
- 3) Vgl. ebd.
- 4) Zum Personenkult vgl. V. Grabowsky, Nordkorea — Personenkult im Sozialismus, in: ASIEN. Deutsche Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur, Hamburg, Nr. 18/Januar 1986

1956 wurde die allgemeine Schulpflicht eingeführt. Sie setzt sich aus einem Jahr obligatorischer Vorschule und 10jähriger Schulzeit zusammen. 60% der Schüler und Schülerinnen besuchen weiterführende Fach- und Hochschulen. 1980 belegten über 70% aller Studierenden eine technische Fachrichtung. Zur Zeit gibt es in der KDVR über 1 Mio Ingenieure und Techniker.³

Negativ hebt sich davon das politische und kulturelle Klima im Land ab. Der exzessive Personenkult um den 85jährigen Staatschef Kim Il Sung und den designierten Nachfolger, seinen Sohn Kim Dschong Il (siehe Kasten) sowie die relative Abgeschlossenheit der nordkoreanischen Gesellschaft lassen kaum einen Freiraum für konstruktive politische und kulturelle Auseinandersetzungen zu.

Außenpolitisch verfolgt die KDVR einen Kurs der Stabilisierung und Friedenssicherung in der Region. So ergriff Nordkorea mehrfach Initiativen zur Schaffung einer atomwaffenfreien Zone auf der koreanischen Halbinsel. Seit August 1975 gehört die KDVR der Nichtpaktgebundenenbewegung an.

Im Zuge der Entspannungspolitik zu Beginn der 70er Jahre nahm das Land erste Kontakte mit kapitalistischen Industriestaaten auf. Bis in die 80er Jahre unterhielt es gleich gute Beziehungen zur Sowjetunion und China. Seit der Annäherung Chinas an die USA und der dortigen wirtschaftlichen Öffnungspolitik ist eine Intensivierung der Kontakte zur UdSSR festzustellen.⁴

Die nationale Wiedervereinigung wird in Nordkorea als eine der dringlichsten Aufgaben angesehen, die noch in dieser Generation zu lösen sei. In der Tat hat die KDVR seit ihrem Bestehen mehrere hundert Wiedervereinigungsvorschläge unterbreitet. Seit 1960 beinhalten sie den Vorschlag zur Bildung einer koreanischen Konföderation.

Die zahlreichen Wiedervereinigungsinitiativen berücksichtigen dabei die jeweilige innenpolitische Situation in Südkorea. In Zeiten repressiven Vorgehens der südkoreanischen Staatsgewalt gegen Oppositionelle setzt Nordkorea auf einen Umsturz durch die demokratische Opposition und vermeidet weitgehend Verhandlungen mit der südkoreanischen Regierung. Sind hingegen Reformen in Südkorea zu erwarten, ist die nordkoreanische Führung durchaus bereit, mit der Regierung Südkoreas in Kontakt zu treten.

In den Jahren 1972/73 fanden erste Gesprächsrunden zwischen Vertretern Nord- und Südkoreas statt, die am 4.7.1972 ihren Höhepunkt in einer gemeinsamen Erklärung über die Aufnahme von Verhandlungen zur Regelung der bilateralen Beziehungen fanden. Im Juni 1973 unterbreitete die KDVR einen 5-Punkte-Vorschlag zur friedlichen Wiedervereinigung.

Hierin wurden als Prämissen genannt, daß die Wiedervereinigung unabhängig, insbesondere ohne Einmischung dritter Staaten, auf friedliche Weise und durch Förderung der nationalen Einheit mittels Überwindung der unterschiedlichen Ideologien und Gesellschaftssysteme zu realisieren sei. Das entschiedene Festhalten des damaligen südkoreanischen Staatschefs Park Chung Hee an der Politik der zwei Koreas und die damit verbundene Festschreibung des Status quo sowie die Verabschiedung der Yushin-Verfassung, die die Opposition faktisch völlig entrechtete, führten schließlich zu einem Abbruch der Gespräche seitens der KDVR.

5-Punkte-Vorschlag

Nordkoreas zur Wiedervereinigung

Ende November 1987 haben in der nordkoreanischen Hauptstadt Pjöngjang die Demokratische Front für die Wiedervereinigung des Vaterlandes, ein Zusammenschluß der gesellschaftlichen Gruppen, und der (Regierungs-) „Ausschuß für friedliche Wiedervereinigung“ einen Fünf-Punkte-Katalog zur Lösung der Korea-Frage vorgelegt. In dem an die südkoreanischen Parteien und Gruppierungen gerichteten Brief wird der Vorrang der Entspannungspolitik und die eigene Dialogbereitschaft betont.

1. Für den Prozeß der Wiedervereinigung ist es unabdingbar, daß in Südkorea eine wirklich demokratische Regierung gebildet wird. Sie wäre eine Garantie für die Demokratisierung der südkoreanischen Gesellschaft und Ausgangspunkt einer auf die nationale Einheit ausgerichteten Entspannungspolitik. (...)

2. Zur Erreichung der nationalen Einheit vom Norden und Süden Koreas muß die Konfrontation abgebaut und die Einigung gesucht werden.

Der einzige Weg, die Zukunft der eigenen Nation unabhängig zu gestalten, besteht im Zusammenschluß der sozialistischen Kräfte des Nordens und der demokratischen Bewegung des Südens. Das dringendste Problem bei der Förderung der Einheit der beiden Landesteile ist die Zurückweisung des Antikommunismus. (...)

3. Im Sinne der nationalen Einheit zwischen Nord und Süd muß die Tür des Dialogs für beide Seiten weit aufgestoßen werden, auf der Basis einer zu errichtenden demokratischen Regierung in Südkorea. (...)

Ein solcher Dialog und Kontakt könnte stattfinden zwischen den Regierungen oder Vertretern unterschiedlicher politischer Parteien, Gruppen oder Schichten aus verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen. (...)

4. Zur Erreichung der nationalen Einheit von Nord und Süd muß das Problem der bevorstehenden 24. Olympischen Spiele im Sinne

gemeinsamer Interessen gelöst werden. (...)

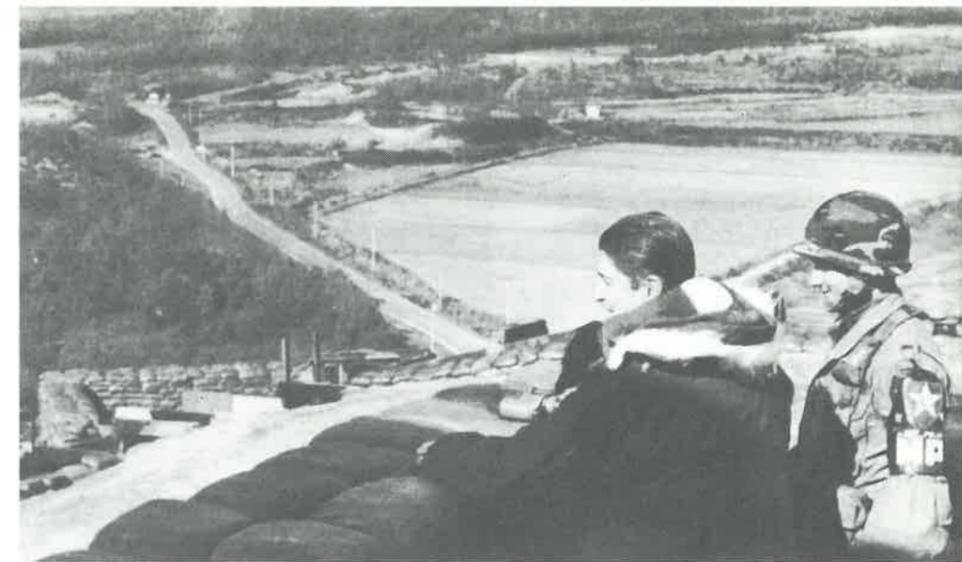
Wenn die Olympischen Spiele unter einer demokratischen Regierung stattfinden, wird es den beiden Seiten möglich sein, das Problem der gemeinsamen Gastgeberrolle im Hinblick auf das Streben nach nationaler Einheit kompromißbereit zu diskutieren und zu lösen. (...)

5. Zur Erreichung der nationalen Einheit von Nord- und Südkorea müssen die Gefahr bewaffneter Konflikte beseitigt und die Spannungen abgebaut werden. (...)

Sollte es in Südkorea zur Einsetzung einer demokratischen Regierung kommen, werden wir uns ausgehend von unserem beständigen Friedenswillen mit ihr unverzüglich um dringende notwendige Maßnahmen zur Beseitigung der Gefahr bewaffneter Konflikte und Kriege sowie zum Abbau von Spannungen bemühen. Als solche, von uns erhoffte, dringende Maßnahmen betrachten wir vor allem erste vorsichtige, versuchsweise unternommene Schritte zur Erreichung des Friedens auf der koreanischen Halbinsel in den Jahren 1988 und 1989, in denen die Olympischen Spiele und die Weltjugendfestspiele stattfinden. Zu den ersten, probeweise zu treffenden Maßnahmen könnte der beiderseitige Rückzug der bewaffneten Truppen aus dem Frontgebiet, der Verzicht auf großangelegte Militärübungen ... und sonstige dringende Probleme gehören. (...)

(Quelle: epd-Entwicklungspolitik, Frankfurt, Nr. 3/Februar 1988)

Seltener Nord-Süd-Kontakt: Rotkreuz-Gespräche in Panmunjon 1984



Ronald Reagan an der innerkoreanischen Grenze

Martin Schuck

USA-Südkorea-Japan Dreierallianz im Nordwestpazifik

In der Pazifik-Strategie der USA spielt das militärische Dreieck USA-Japan-Südkorea eine entscheidende Rolle. Obwohl diese Dreier-Allianz verschiedene „Formierungsschwierigkeiten“ zu überwinden hatte, ist in den vergangenen Jahrzehnten hier ein durchaus arbeitsteilig operierendes Bündnis entstanden, dem allenfalls noch eine rechtliche Grundlage fehlt.

Dem Aufbau eines solchen Bündnisses standen in den Jahren nach 1945 zwei Hindernisse im Weg. Nach den Erfahrungen im 2. Weltkrieg gab sich Japan eine streng antimilitaristische Verfassung.¹ Ein Recht des Staates zur Kriegführung wird darin ausdrücklich abgelehnt. Und demzufolge gibt es auch keine Armee, sondern lediglich „Selbstverteidigungskräfte“.

Vor 1965 gab es zwischen Südkorea und Japan keinerlei diplomatische Beziehungen: In Südkorea saß die Feindschaft gegen die verhaßte Kolonialmacht Japan wesentlich tiefer als gegen das von den USA zum neuen Hauptfeind ernannte Nordkorea.

Diese beiden Momente steckten den Rahmen ab für das schrittweise Entstehen eines militärischen Dreiecksbündnisses, dessen Last fast ausschließlich Südkorea als schwächstes Glied der Kette zu tragen hat.

Die ersten Anfänge zur Errichtung der heutigen Dreier-Allianz reichen in die Zeit des Korea-Krieges zurück: Im September 1951 schlossen die USA mit Japan einen Friedensvertrag, den sog. San-Francisco-Vertrag. Japan verpflichtete sich, Nordkorea als Staatsfeind und den 38. Breitengrad (Demarkationslinie)

als Grenze zwischen Nord- und Südkorea anzuerkennen.² Dieser Vertrag hatte gleichzeitig noch die Funktion einer Sicherheitsgarantie für Japan, wobei sich die USA das Recht herausnahmen, militärische Einrichtungen auf japanischem Boden zu errichten und zu unterhalten. Im August 1953 konnte dann auch ein gegenseitiger Verteidigungspakt zwischen den USA und Südkorea unterzeichnet werden. Artikel 4 dieses Vertrages garantierte die Stationierung sämtlicher Waffengattungen auf südkoreanischem Boden.³

So gab es nun bilaterale Verträge zwischen den USA und Japan einerseits und den USA und Südkorea andererseits. Von einer gemeinsamen militärischen Strategie konnte zu diesem Zeitpunkt jedoch noch keine Rede sein, denn die beiden vorgeschobenen Pfeiler, auf denen das Dreieck ruhen sollte, verweigerten jeden Kontakt auf diplomatischer Ebene miteinander.

Einen grundlegenden Wandel sollten erst die sog. „Normalisierungsgespräche“ zwischen Südkorea und Japans Anfang der 60er Jahre bringen. Das Normalisierungsabkommen aus dem Jahr 1965 hatte zwar eher die Funktion, Südkorea für das japanische Kapital zu öffnen und die

GERADE HEUTE
HAT UNSER LAND
ANSPRUCH AUF
EINE INTELLIGENTE
WOCHENZEITUNG

DAMALS
WAREN
NOCH
NICHT
ALLE
DAFÜR.

FRIEDEN. UTOPIEN. MENSCHLICHKEIT. KULTUR. ZUKUNFT.

HISTORISCHES IM ALLTAG ENTDECKEN.

DAFÜR SCHREIBT JEDE WOCHEN DIE

Volkszeitung

Die intelligente & demokratische Wochenzeitung im Land.

AN DIE VOLKSZEITUNG, POSTFACH 2726, 4 DÜSSELDORF

EINE BITTE, weil ich die VOLKSZEITUNG IM HANDEL nicht finde: ein 8-Wochen-Probierabo für ganze ZEHN DM gegen Rechnung. Die Probe wird nicht automatisch als Abo fortgesetzt.

Vorname, Name

Straße

Wohnort

Datum/Unterschrift

Mir ist bekannt, daß ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Volkszeitung, Oststraße 154, 4 Düsseldorf widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum/2. Unterschrift



FOTO: ARCHIV VOLKSZEITUNG

FRAGEN SIE BITTE.



Das Olympia-Stadion in Seoul

Georg Diederichs

Die XXIV. Olympischen Sommerspiele Zwischen Politik und Kommerz

Wenn in den nächsten Wochen und Monaten keine unvorhersehbaren politischen Ereignisse den südkoreanischen Machthabern einen Strich durch die Rechnung machen, dann wird Seoul vom 17. September - 2. Oktober d.J. die zumindest von der Teilnehmerzahl her bedeutendsten Olympischen Sommerspiele der Neuzeit erleben.

Denn von den 167 Nationalen Olympischen Komitees (NOKs), die das Internationale Olympische Komitee (IOC) zur Teilnahme an der XXIV. Sommer-Olympiade eingeladen hatte, haben sich bis zum Ablauf der offiziellen Meldefrist am 17. Januar d.J. 161 angemeldet. Nicht gemeldet haben lediglich Nordkorea, Kuba, Albanien, Äthiopien, die Seychellen und Nicaragua. Mit diesem Meldeergebnis wurde sogar der bisherige Teilnehmerrekord von 140 Ländern 1984 in Los Angeles weit überboten.

Nun sind Rekorde gleich welcher Art im Sport nichts gänzlich Außergewöhnliches. Im Gegenteil: Sie sind das notwendige Salz in der Suppe bei nationalen und internationalen sportlichen Großereignissen. Teilnehmerrekorde bei Olympischen Spielen, das zeigt die Vergangenheit, sind dagegen schon wesentlich schwerer zu erzielen. Umso erfreulicher ist es daher, zumindest aus sportlicher Sicht, daß es erstmals seit den Olympischen Sommerspielen 1972 in München 1988 in Seoul zu keinen sog. „Rumpf-Spielen“ kommen wird.

1976 hatte in Montreal (Kanada) ein Großteil der schwarzafrikanischen Staaten nicht an den Spielen teilgenommen. Der Grund war die Entsendung einer

neuseeländischen Rugby-Nationalmannschaft nach Südafrika, das zu diesem Zeitpunkt schon sechs Jahre aus der olympischen Bewegung ausgeschlossen war. 1980 boykottierten eine Reihe westlicher Länder, darunter die Bundesrepublik und die USA, die Moskauer Spiele wegen des sowjetischen Engagements in Afghanistan. 1984 schließlich lehnten die meisten sozialistischen Länder eine Teilnahme in Los Angeles ab, da sie die Sicherheit ihrer Delegationen als nicht gewährleistet ansahen.

Diese „Rumpf-Spiele“ und die damit verbundenen politischen Querelen waren es denn auch, weswegen die olympische Bewegung von ihren Kritikern mehr als einmal totgesagt wurde. Doch Totgesagte leben bekanntlich länger: So ist der voraussichtliche Teilnehmerrekord an den XXIV. Sommerspielen für die olympische Bewegung tatsächlich so etwas wie eine eindrucksvolle, wenn auch späte Bestätigung dafür, daß die Idee der Völkerverständigung, betrieben als friedlicher universeller Sportwettkampf, offensichtlich nichts von ihrem Reiz verloren hat.

Die hohe Beteiligung an der diesjährigen Sommer-Olympiade ist nun gewiß kein Verdienst des Gastgeberlandes und seines Regimes. Sie ist vielmehr Ausdruck der allgemeinen weltpolitischen Veränderungen und auch darauf zurückzuführen, daß das IOC die NOKs finanziell massiv unterstützt. So übernimmt es für jeweils sechs Teilnehmer pro Land (drei Sportler/drei Funktionäre) alle Kosten und macht damit vor allem den ärmsten Ländern die Olympia-Teilnahme mög-

lich. Doch vermögen auch internationale Entspannung und großzügige finanzielle Unterstützung seitens des IOC nicht darüber hinwegzutäuschen, daß der Weg nach Seoul von Anfang an steinig war.

Auf dem Kongreß des IOC 1981 in Baden-Baden gab es für die Ausrichtung der Olympischen Sommerspiele 1988 zwei Bewerber: Nagoya in Japan und Seoul in Südkorea. Von den 79 stimmberechtigten Mitgliedern im IOC-Exekutivkomitee entschieden sich seinerzeit 52 für Seoul.

Diese Entscheidung löste in aller Welt größte Überraschung aus. Denn zu lebendig waren noch die Bilder unbeschreiblicher Brutalität, mit der das Souleer Regime 1980 den Volksaufstand von Kwangju niederschlagen ließ. Etwa 2.000 Tote und über 1.000 Verletzte waren damals Ergebnis dieses mit Billigung des Oberkommandos der in Südkorea stationierten US-Streitkräfte begangenen Massakers.

So wurden denn auch die Vorbehalte gegenüber der IOC-Entscheidung, die Olympischen Spiele an ein Land zu vergeben, in dem staatlicher Terror und Repression zum Alltag gehören, anlässlich der Asienspiele im Herbst 1986 vollauf bestätigt. Während der 14tägigen Dauer dieser seinerzeit als „Generalprobe für die Olympischen Spiele 1988“ apostrophierten Sportwettkämpfe war Seoul quasi unter Ausnahmezustand gestellt. Ca. 100.000 Soldaten und Polizisten hatten die Stadt in ein regelrechtes Heerlager verwandelt. Vor neuralgischen Punkten wurde Militär mit aufgepflanzten Bajonetten postiert.

76.312 Bürger Südkoreas waren kurzerhand für 29 Tage ins Gefängnis gesteckt, weitere 263.564 angeblich „kriminelle Elemente“ bereits vor den Spielen festgenommen und „ermahnt“ worden. Daß es bei diesen Maßnahmen weniger um den Schutz von Sportlern und Besuchern der Asienspiele ging, lag deutlich auf der Hand. Denn was da seitens des Seouler Regimes zynisch als „Sicherheitsvorkehrungen“ verkauft und von nicht wenigen westlichen Korrespondenten auch als solche kolportiert wurde, war nichts anderes als eine Bürgerkriegsübung gegen die eigene Bevölkerung.

Daß die „friedlichen sportlichen Wettkämpfe“ ausgerechnet unter einer Militärdiktatur ausgetragen werden sollen, hat im Sommer 1987 sogar innerhalb des IOC für einigen Wirbel gesorgt. Denn auf dem Höhepunkt der massiven Protest- und Demonstrationswelle für eine Demokratisierung des Landes wurde zeitweilig eine Verlegung der Spiele nach Los Angeles, Westberlin und München in Erwägung gezogen. Nach den Zugeständnissen des Regimes an die Opposition blieb es aber doch bei der südkoreanischen Metropole Seoul.

Für die Machthaber Südkoreas ging mit der Baden-Badener IOC-Entscheidung ohnehin ein Wunschtraum in Erfüllung. Was Japan mit der Ausrichtung der Olympischen Sommerspiele 1964 in Tokio recht war, soll – so das Kalkül – Südkorea allemal billig sein. Das Land will bis 1991 unter den 10 größten Handelsnationen der Welt rangieren. Vehikel dafür sollen nicht zuletzt die „magischen Pal-Pal“ (die '88er Spiele) sein.

So heißt es denn auch in einem amtlichen Werbefaltblatt: „88 ist eine magische Zahl für Korea. Sie ruft Erregung hervor. Sie hat die Kraft, Berge zu versetzen, Bauten in die Höhe zu ziehen und den Lauf des Flusses zu verändern. Sie symbolisiert Fortschritt: den Fortschritt einer Nation, die sich seit der Zerstörung des Krieges zu einem modernen Land entwickelt hat, Gastgeber der Olympischen Spiele.“

Das geradezu emphatische Bemühen Südkoreas, sich mittels dieses sportlichen Großereignisses vor aller Welt als aufstrebendes, modernes Industrieland darzustellen, erklärt sich zudem mit den erhofften außenpolitischen Erfolgen gegenüber Nordkorea: Der Weltöffentlichkeit soll mit Südkorea das „bessere Korea“ präsentiert, der „kommunistische Norden“ international isoliert werden.

Daß Nordkorea unter diesen Umständen von Beginn an auf einen Boykott der diesjährigen Olympischen Sommerspiele orientierte, ist kaum verwunderlich. Mitstreiter fand Pjôngjang für seine Boykottkampagne allerdings kaum. Denn

auch die sozialistischen Länder hatten ihre Teilnahmeabsichten schon frühzeitig bekundet. Die Regierung in Pjôngjang lenkte daraufhin ein, forderte aber die Ausrichtung eines Teils der sportlichen Wettkämpfe im Norden des Landes.

Viele NOKs aus Ländern der Dritten Welt, die sozialistischen Staaten und auch IOC-Präsident Juan Antonio Samaranch unterstützten Nordkorea im Anliegen, die Spiele grenzübergreifend auszurichten. Für Samaranch und das IOC war das allerdings eine gewagte Gratwanderung.

Erstmals seit der Münchner Olympiade 1972 wird es in Seoul zu keinen „Rumpf-Spielen“ kommen

Denn erst ein einziges Mal wurde in der Geschichte Olympischer Spiele ein Teil der Wettbewerbe in verschiedenen Ländern ausgetragen. Und zwar 1956: Damals verweigerten die australischen Behörden wegen der strengen Quarantänevorschriften den Pferden der ausländischen Teilnehmer am Reiterwettbewerb bei den Spielen von Melbourne die Einreise. Der olympische Reiterwettbewerb fand daraufhin in Schweden statt.

Um im Falle Koreas tatsächlich grenzübergreifende Spiele zu ermöglichen, bot das IOC Nordkorea die Ausrichtung der Wettbewerbe im Bogenschießen, Tischtennis, Frauen-Volleyball, Radsport (Einzelentscheidung Männer) und eine Vorrundengruppe im Fußball an. Demgegenüber forderte Nordkorea zunächst die völlig Gleichberechtigung als Ausrichter, später dann zumindest ein Drittel der Wettbewerbe sowie ein eigenes Eröffnungszeremoniell auch in Pjôngjang.

Von 237 sportlichen Entscheidungen nur 10 in fünf Disziplinen ausrichten zu dürfen, war und ist dem Norden jedenfalls zu wenig. Mehrere Verhandlungsrunden in Lausanne und Panmunjon brachten bis heute kein für alle Beteiligten akzeptables Ergebnis. Daß die süd-

IOC-Chef Samaranch (M.) bei Verhandlungen mit Kim Chong Ha (l., Südkorea) und Kim Yu Sun (Nordkorea)



koreanischen Machthaber zudem wenig daran interessiert sind, sich für eine Lösung dieser Frage im Interesse der gesamten olympischen Bewegung einzusetzen, verdeutlichte nicht zuletzt die Hetzkampagne gegen den Norden im Zusammenhang mit dem Absturz einer südkoreanischen Verkehrsmaschine Mitte November 1987 über Burma.

Mitten in die noch laufenden Verhandlungen und drei Tage vor Meldeschluß präsentierten die südkoreanischen Medien das „Geständnis“ einer „nordkoreanischen Agentin“, zusammen mit einem Komplizen das vollbesetzte Flugzeug in die Luft gesprengt zu haben, als „Tatsache“.

Beweise dafür ließen sich zwar keine erbringen. Dennoch wurde dem Norden die Schuld in die Schuhe geschoben, um so weitere Verhandlungen über die Beteiligung Nordkoreas an der Ausrichtung der diesjährigen Olympischen Sommerspiele zu verhindern. Die Reaktion aus Pjôngjang war somit vorprogrammiert: Zum Meldeschluß am 17. Januar verbreitete das nordkoreanische NOK eine Erklärung, in der es kurz und bündig hieß: „Wir werden nicht an Olympischen Spielen teilnehmen, die von Südkorea allein veranstaltet werden.“

Diesen Boykottabsichten Nordkoreas hat sich bisher nur Kuba angeschlossen. Albanien, Äthiopien und die Seychellen hatten dagegen die Anmeldefrist ohne Abgabe von irgendwelchen Erklärungen verstreichen lassen. Und Nicaragua hatte seine Nichtteilnahme bereits im Vorfeld mit eigenen innenpolitischen Problemen sowie dem gegen das Land gerichteten Contra-Krieg begründet.

In einem Schreiben an IOC-Präsident Samaranch erklärte Kubas Staatschef Fidel Castro die Absage mit der schwierigen und unüberschaubaren politischen Situation in Südkorea. Niemand könne eine Garantie dafür geben, daß es nicht während der Spiele zu neuen Unruhen und Massendemonstrationen komme. Die moralischen Prinzipien der Völker seien für Kuba wichtiger als „die Emotionen der Olympischen Spiele oder die Goldmedaillen, die man gewinnen

könne.“

Sollte Kuba den Olympischen Spielen tatsächlich fernbleiben, so würde sich das sportlich vor allem im Boxen, in der Leichtathletik und im Volleyball auswirken. Die Kubaner gelten seit Teofilo Stevenson als Boxnation Nummer ein, stellen sieben von 12 Weltmeistern und fünf von 12 Weltcup-Siegern. Im Volleyball der Frauen ist Vize-Weltmeister Kuba Favorit. Und auch die Männer, Vierte der letzten Titelkämpfe, wären ernsthafte Medaillenkandidaten.

In dem von Kubas NOK-Präsidenten Manuel Gonzalez Guerra vor Journalisten in Havanna verlesenen Schreiben an IOC-Präsident Samaranch stellte Fidel Castro allerdings auch fest, daß Kuba bereit sei, seine Entscheidung rückgängig zu machen, falls es doch noch zu einer Ausrichtung der Spiele in Süd- und Nordkorea käme. Daß dies aber nur noch mit der schnellstmöglichen Annahme des IOC-Vorschlags (fünf der Wettbewerbe im Norden) durch Pjôngjang verbunden sein kann, machte Juan Antonio Samaranch auf einer Pressekonferenz in Lausanne nach Ablauf der offiziellen Meldefrist deutlich: „Wenn Nordkorea sich doch noch bereit erklären sollte, unseren Vorschlag anzunehmen, werden wir weiter verhandeln... Allerdings ist es ein Wettlauf gegen die Uhr.“

Die Chancen für eine Einigung stehen jedoch schlecht. Denn Nordkorea hat sich durch seine inkonsistente Haltung in der Frage des Boykotts bzw. der teilweisen Ausrichtung der Spiele international weitgehend isoliert. Und auch Kuba läuft Gefahr, sich mit seiner Nichtteilnahme ins sportpolitische Abseits zu manövrieren. Zumal die Haltung Kubas und Nordkoreas auch in krassstem Gegensatz zu der fast aller übrigen sozialistischen Staaten und Dritte-Welt-Länder steht.

So sagte der sowjetische Sportminister Marat Gramow über die Teilnahme seines Landes: „Wir wollen damit zu einer entspannteren und sichereren Welt beitragen. Dies entspricht dem Geist der Zeit. Die Türen der Verständigung müssen offenbleiben. Wir müssen nach neuen Formen der Weiterentwicklung der Verständigung suchen und die bewährten beibehalten. Wir müssen nach vorne schauen und nicht über gestern diskutieren.“

Probleme werfen die XXIV. Olympischen Sommerspiele allerdings nicht nur durch den Austragungsort und dessen politisches Umfeld auf, sondern auch durch zunehmende Vermarktung und Kommerzialisierung der Spiele schlechthin. So werden sich die Kosten für deren reibungslosen Ablauf in Seoul auf mindestens 3 Mrd \$ belaufen.

Bei der „Versteigerung“ der Fernsehübertragungsrechte „gewann“ die US-

Fernsehgesellschaft NBC (National Broadcasting Companies). Sie wird zwischen 300 und 500 Mio \$ zahlen. Dafür soll dann aber auch der Zeitplan der Olympischen Spiele nach den Wünschen der Fernsehanbieter zurechtgebogen werden: Um die Werbung zur besten Sendezeit in den USA zu plazieren, werden beispielsweise die Entscheidungen im Basketball, im Boxen, in der Leichtathletik und im Schwimmen in die frühen Vormittagsstunden verlegt. Zudem hat das Exekutivkomitee des IOC mit der Marketing-Gesellschaft „International Sports, Culture and Leisure“ (ISL) einen Vertrag geschlossen, der bis Ende 1988 fast 300 Mio \$ einbringen soll. Dem Unternehmen wird damit weltweit und exklusiv das Recht auf Vermarktung der Olympischen Spiele 1988 in Calgary und Seoul sowie die Nutzung der olympischen Ringe zu Werbezwecken zugesichert. So strebt ISL für Seoul insgesamt 12 Sponsorverträge an. Handelseinig wurde das Marketing-Unternehmen dabei u.a. bereits mit Coca-Cola, Kodak, dem Kurier-Dienst Federal Express, der Kreditfirma VISA, mit Time Inc. und dem japanischen Konzern Brother.

Da sich der Endbetrag der Werbeeinnahmen an der jeweiligen Marktsituation in den einzelnen Ländern orientiert, werden die NOKs der westlichen Industriestaaten auch die höchsten Einnahmen erzielen. Unterm Strich dürfte dabei aber auch Seoul seinen Schnitt machen, betrug der Gewinn 1984 in Los Angeles doch immerhin schon 215 Mio \$. Angesichts dieser gigantischen Vermarktung scheint es denn auch nur konsequent, daß innerhalb des IOC die „Öffnung“ der Spiele für Profis munter vorangetrieben wird.

Doch das sind Probleme, die sich für die olympische Bewegung auch unabhängig vom jeweiligen Austragungsort der Spiele stellen. Die mahnenden Worte Baron de Coubertins, der 1894 die Olympischen Spiele neu begründete, „...meine Freunde und ich haben nicht gearbeitet und euch die Spiele wiedergegeben, damit ihr sie zu einem Museum oder Kinostück macht oder damit Geschäftsleute oder Politiker sich ihrer bemächtigen“, sind heute jedenfalls aktueller denn je. Das trifft übrigens auch auf die Äußerung von IOC-Präsident Samaranch zu, der im Zusammenhang mit dem Melde rekord für die XXIV. Olympischen Sommerspiele in Seoul feststellte: „Die Spiele profitieren von der allgemeinen Atmosphäre der Entspannung; ist das nicht der Fall, leiden sie darunter.“ In der Tat: Olympische Spiele können nicht „aus sich heraus“ Frieden schaffen. Aber sie können sehr wohl einen bereits in Gang befindlichen Prozeß der Friedensstiftung unterstützen.

Publik-Forum

Zeitung kritischer Christen

A·K·T·U·E·L·L



Gegen den Terror Südafrikas gegen seine schwarzafrikanischen Nachbarn. Die Zeitung zur bundesweiten Kampagne. 8 Seiten.



Für die Länder der „3. Welt“ ist unser Geschäft mit den Krediten oft ein Geschäft mit dem Tod. Gibt es Lösungen? 8 Seiten



Damit Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung zu Hauptanliegen von Einzelnen, Gemeinden, Kirchen und Nationen werden. Machen wir uns auf den Weg. 4 Seiten.

Bestellschein

Schicken an: Publik-Forum, Postfach 2010, 6370 Oberursel

Bitte senden Sie mir:

Ex. PF-Aktuell: Apartheid tötet auch in Mosambik

Ex. PF-Aktuell: Die Schuldenbombe

Preis: 20 Stück 15,- DM, 100 Stück 40,- DM, 300 Stück 90,- DM, 1000 Stück 250,- DM, jeweils zuzüglich Versandkosten.

Ex. PF-Aktuell: Einladung zum Konziliaren Prozeß

Preis: 25 Stück 10,- DM, 100 Stück 25,- DM, 300 Stück 60,- DM, 1000 Stück 150,- DM, jeweils zuzüglich Versandkosten.

ein Ansichtsex. von

PF-Aktuell: Apartheid tötet auch in Mosambik

PF-Aktuell: Die Schuldenbombe

PF-Aktuell: Einladung zum Konziliaren Prozeß

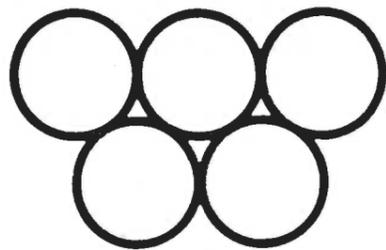
DM 2,- in Briefmarken liegen bei.

die nächsten beiden Ausgaben von Publik-Forum, Zeitung kritischer Christen, unverbindlich und kostenlos zu.

Achtung: Nicht den Absender vergessen!

KOREA

OLYMPIA KAMPAGNE '88



VERBINDUNG SCHAFFEN!

29.000 Athleten und Journalisten werden während der XXIV. Olympischen Sommerspiele (17. September - 2. Oktober 1988) erwartet. Für den reibungslosen Ablauf dieses bedeutsamen Sportereignisses betreibt das Gastgeberland Südkorea einen beträchtlichen Aufwand. Geschätzte Kosten: mindestens 3 Mrd \$.

Auch wir bereiten uns vor auf die Olympischen Spiele:

Die **Arbeitsgemeinschaft Korea Olympia Kampagne '88** – ein Zusammenschluß politischer, kirchlicher und humanitärer Organisationen und anderer Gruppen, Deutsche und Koreaner, die in der Bundesrepublik leben – will Verbindung schaffen zum Gastgeberland und seinen Menschen.

- Kultureller Austausch und Verständigung
- Politische Solidarität!

Wer profitiert von den Olympischen Spielen?

Der Völkerverständigung sollen sie dienen. Am deutlichsten zeigte die XI. Olympiade 1936 in Berlin, für welche Zwecke sich ein Sportereignis dieser Größenordnung trotz der stets beschworenen Trennung von Sport und Politik mißbrauchen läßt.

Die Olympischen Spiele des letzten Jahrzehnts blieben „Rumpf“-Olympiaden. Aus jeweils unterschiedlichen politischen Gründen wurden sie boykottiert. Zunehmend gerieten sie in den Sog der Ost-West-Blockkonfrontation. Auf der Strecke blieb die Völkerverständigung.

Stattdessen gab es Olympiaden des Werberummels und Prestigegewinns für Staaten und Regierungen. Darum auch geht es der südkoreanischen Regierung 1988.

Für die Bevölkerung des Landes ist der Nutzen dieser Spiele fragwürdig. Für sie heißt das: Stadtsanierung für eine touristengerechte, saubere Hauptstadt. Straßenhändler, Slumbewohner, die Armen überhaupt, stören in diesem Bild.

Schon seit Jahren werden sie hin und her geschoben, Planieraupen sind für sie „zuständig“. Die Olympischen Spiele geben einen zusätzlichen Anstoß, Südkorea zu „modernisieren“.

Die allgemeinen Lebenshaltungskosten – vor allem die Grundstückpreise und Mieten – steigen zu Lasten eines Großteils der Bevölkerung. Verläuft die Olympiade wie das letzte sportliche Großereignis – die Fußball-Weltmeisterschaft in Mexiko –, so wird sie eine Show für die Zahlungskraftigen, Erfolgreichen, die Mit-

tel- und Oberschichten des Landes.

Das Regime Chun Doo Hwans, der sich 1980 an die Macht putschte, betrieb eine intensive Lobbyarbeit, um diese Olympiade nach Seoul zu holen. Sein Kalkül: Südkorea und sein Regime sollen der Welt als Demokratie und Teil des „freien Westens“, als wirtschaftspolitisch dynamisches und sozial „befriedetes“ Musterland vorgeführt werden. Dieselbe Vision hegt der seit Dezember 1987 amtierende neue „starke Mann“ Roh Tae Woo – wie sein Vorgänger ein Ex-General.

Korea '88 – Was wir wollen

Gerade weil wir Sport und Politik nicht trennen, informieren wir im Vorfeld und während der Olympischen Spiele über das „ganze Korea“:

- Geschichte und kulturelles Erbe Koreas.
- Die Menschen – wie sie arbeiten, wie sie leben.
- Den Widerstand gegen die Diktatur und Menschenrechtsverletzungen in Südkorea – wie er zu unterstützen ist.
- Das Streben nach nationaler Eigenständigkeit und Überwindung der Spaltung des Landes – das es anzuerkennen gilt.

Die Völkerverständigung in die eigene Hand nehmen, haltbare Verbindung schaffen mit Korea, das heißt: **Korea Olympia Kampagne '88**. Kontakte dürfen nicht allein westdeutschen Banken und Unternehmen überlassen bleiben, die in Südkorea investieren und hier bei uns vor der ostasiatischen Konkurrenz warnen.

Informationen – Materialien

Das bietet die **Arbeitsgemeinschaft allen Interessenten an:**

- **Korea-Forum**, Hintergrundinformationen zu verschiedenen Themenbereichen mit Kurzinfos, aktuellen Berichten und Dokumenten.
- Eine kommentierte Bücher- und Zeitschriftenrundschau und Zusammenstellung audiovisueller Medien.
- Vermittlung von Referenten und Experten.
- Angebote für Kulturveranstaltungen mit koreanischen Künstlern und Kulturgruppen.

Unser Beitrag zur Mitarbeit und Zusammenarbeit

- Seminare und bundesweite Treffen mit Sportlern, Journalisten, Gewerkschaftern, ökumenisch engagierten Christen, entwick-

lungsbezogenen Aktionsgruppen, der Friedensbewegung und anderen Interessierten.

- Hilfe und Anregung beim Aufbau örtlicher Olympia-Aktionsgemeinschaften und themenbezogener Projektgruppen.
- Gemeinsame bundesweite öffentliche Aktionen.

Aufruf zur Unterstützung

Wir suchen die Mitarbeit vieler, damit wir informieren und wirksame Solidarität organisieren können. Dafür benötigen wir Spenden.

Korea Olympia Kampagne '88 – Verbindung schaffen!

Kontakt/Koordination/Anfragen
Reinhard Böker, Ostasien-Referat, terre des hommes, Ruppenkampstraße 11a, D-4500 Osnabrück, Tel. (0541) 71 01-134.

Informationen/Publikationen
Rainer Werning, Korea-Informationsstelle, c/o terre des hommes, Ruppenkampstraße 11a, D-4500 Osnabrück, Tel. (0541) 7101-22.
Spendenkonto:
Evangelische Darlehensgenossenschaft Kiel, Konto-Nummer 85 111 (BLZ 210 602 37) – Stichwort: Korea. Spenden sind steuerlich absetzbar!

Träger der Kampagne sind bislang (Stand: 15.02.1988):

Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin West (aej) • Evangelische Studentengemeinde in der BRD und Berlin West (ESG) • Bundeskongress entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO) • Koreanische Aktionsgemeinschaft • Deutsch-Koreanische Freundschaftsgesellschaft • Korea-Komitee in der BRD und Berlin (West) • Korea-Initiativgruppe Nordelbien • Antimperialistisches Solidaritätskomitee für Afrika, Asien und Lateinamerika (ASK) • Südostasiens Informationsstelle/Verein für Entwicklungsbezogene Bildung zu Südostasien • Jungsozialist/innen in der SPD • Solidaritätsfonds Dritte Welt • DIE GRÜNEN • terre des hommes Deutschland (tdh) • Sozialistische Jugend Deutschlands (SJD) – Die Falken • Christliche Arbeiter-Jugend (CAJ) • Österreichischer Informationsdienst für Entwicklungspolitik (ÖIE) • Action Solidarité Tiers Monde (ASTM), Luxembourg

Hemden/Sweatshirts der Korea Olympia Kampagne (10/20 DM plus Porto) sind in allen gebräuchlichen Größen und in den Farben Weiß, Gelb, Hellblau und Pink erhältlich bei: Klaus Westen, Esbomer Straße 89, 5802 Wetter 1 (Esborn), Telefon (02335) 72733



Aktions- und Materialspiegel

Medien

„Südkorea – eine Einführung“ (52 Dias mit Textheft, zur Zeit noch in einer Fassung von 1980. Aktualisierung geplant). Anfragen bei der Geschäftsstelle des Korea-Komitees.

Dia-Serien zur verschiedenen Themen bietet ferner terre des hommes an.

„Menschenrechtsverletzungen in Südkorea“ (Tonbildreihe von 1981, wird zur Zeit aktualisiert, enthält auch allgemeine Informationen zu Land und Leuten). Zu entleihen bei der Korea-Koordinationsgruppe von Amnesty International.

„Kwangju – die blutige Niederschlagung eines Volksaufstandes in Südkorea“ (Video-Aufzeichnungen zweier ARD-Sendungen aus dem Jahre 1980 mit Dokumentaraufnahmen von den Ereignissen). Anfragen bei der Geschäftsstelle des Korea-Komitees.

„Bilder aus der südkoreanischen Minjung-Bewegung“ (eine Ausstellung von Original-Grafiken aus Korea samt umfangreichem Katalog). Die Ausstellung kann entliehen werden über: Andreas Jung, Friedrich-Ebert-Anlage 42, 6900 Heidelberg, Tel. 06221-20373.

Bücher und Broschüren

Rainer Werning (Hg.), **Korea – Annäherungen an ein geteiltes Land**. Aufsätze, Reisenotizen, Analysen, Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1988, ca. 220 Seiten, ca. 14,80 DM.

Dieses Buch beleuchtet die unterschiedlichsten Facetten der Realität Koreas: Schwerpunkte sind die Geschichte des Landes (Kolonialismus, Spaltung, Korea-Krieg), die Ursachen des Wirtschaftsaufschwungs im Süden, die Politik des Widerstands sowie die Entwicklung und Wiedervereinigungspolitik Nordkoreas. Einzelbeiträge der bundesdeutschen und koreanischen Autoren beschäftigen sich mit der US-Militärstrategie und -politik auf der Halbinsel, mit Atomwaffen und -industrie im Süden, mit Aspekten der Beziehungen BRD-Südkorea und den Olympischen Spielen. Eine ähnliche Themenbreite zeichnet auch Michael Denis/Esther Discherer/Du-Yul Song/Rainer Werning, **Südkorea. Kein Land für friedliche Spiele**, Rowohlt Taschenbuchverlag, Reinbek 1988, 254 Seiten, 10,80 DM

Die Beiträge, die sich ausschließlich mit dem Süden befassen, sind insgesamt knapper gehalten und mit Selbstzeugnissen, Augenzeugenberichten, Gedichten und Fotos angereichert. Stärker als im Pahl-Rugenstein-Band sind hier Alltagsprobleme von Arbeitern und Bauern, die Kultur des Widerstands und die aktuelle politische Entwicklung gewichtet.

Chong-Oh Lee, **Südkorea 1961-1979**. Die Entwicklung der politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse unter besonderer Berücksichtigung der sozialen Bewegungen, Verlag Arbeiterbewegung und Gesellschaftswissenschaft, Marburg 1986, 338 Seiten, 36 DM zieht eine Zwischenbilanz der politischen und sozialen Entwicklung Südkoreas vom Machtantritt des Diktators Park Chung Hee 1961 bis zu seiner Ermordung 1979. Der Autor beschreibt die verschiedenen politischen Krisen des Regimes und legt ein Schwergewicht auf die Analyse der sozialen Bewegung, darunter vor allem die Arbeiter- und Studentenbewegung.

Verein für Friedenspädagogik Tübingen, **Im Auge des Taifuns**. Atomare Schicksale und Strategie in Korea, Tübingen 1987, 28 Seiten, 3 DM.

Diese Broschüre beschreibt die Geschichte der



Militarisierung der Halbinsel, die Stationierung von Atomwaffen in Südkorea und die Militärstrategie der USA und Japans. Weitere Kapitel befassen sich mit dem Aufbau und den Gefahren der südkoreanischen Atomindustrie, mit der Fähigkeit Seouls, eigene Atomwaffen zu bauen, sowie mit dem Schicksal der koreanischen Opfer der Atombomben von Hiroshima und Nagasaki.

Kontaktadressen

In der Bundesrepublik und Berlin (West) bestehen mehrere Gruppen und Organisationen, die sich zum Teil ausschließlich, zum Teil neben anderem der Solidarität mit dem koreanischen Volk, insbesondere der demokratischen Opposition in Südkorea gewidmet haben. Sie treffen sich regelmäßig zur **Korea-Koordinations-Konferenz**, c/o Gerhard Köberlin, Ev. Missionswerk, Mittelweg 143, 2000 Hamburg 13, Tel. 040-4158222/6 und R. Scheuermeier, Ev. Missionswerk in Südwestdeutschland, Vogelsangstr. 62, 7000 Stuttgart 1, Tel. 0711-638131.

Das **Korea-Komitee in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) e.V.**, c/o Prof. Dr. Günter Freudenberg, Zepelinstr. 25, 4500 Osnabrück, Tel. 0541-41717, faßt deutsche und koreanische Regionalgruppen (zur Zeit in München, Heidelberg, Frankfurt, Ruhrgebiet, Osnabrück und Hannover) sowie interessierte Einzelpersonen zusammen.

Die **Deutsch-Koreanische Freundschaftsgesellschaft**, c/o Wolfgang Pack, Zülpicher Str. 201, 5000 Köln 41, widmet sich besonders den Beziehungen zur Demokratischen Volksrepublik Korea (Nordkorea).

Die meisten koreanischen Gruppen sind zu erreichen über die **Union der Demokratischen Koreaner in Europa**, Schöneberger Ufer 53, 1000 Berlin 30 und über die **Union für Demokratie und Wiedervereinigung Koreas**, Sektion Europa, c/o Rhee Jong-Hyoun, Ritterstr. 45, 4100 Duisburg 12. Über sie koordinieren sich u.a.:

Chon-Tae Il-Komitee, Forum für Demokratie in Korea, Koreanisch-Deutscher Kulturkreis e.V. (Berlin), **Koreanischer Arbeiterverband**, **Die Koreanischen Frauengruppen in der BRD und West-Berlin**.

Die **politisch engagierten koreanischen Kirchengemeinden** in der Bundesrepublik haben als Kontaktperson Pfarrer Park Myung-Chul, Lupinenkamp 52, 2000 Hamburg 63.

Außerdem existieren zwei christliche koreanische Gruppen, die sich um den Dialog mit der Koreanischen Demokratischen Volksrepublik bemühen: **Christen im Ausland für die Wieder-**

vereinigung Koreas, c/o Pfarrer Lie Young-Bin, Heinrich-Seliger-Str. 6, 6000 Frankfurt 71 und **Koreanischer Christenverband im Ausland**, c/o Pfarrer Lie Hwa-Son, Güntersburgallee 96, 6000 Frankfurt 60.

Der **Konvent der koreanischen Pfarrer und Gemeinden in der BRD** sowie alle deutschen kirchlichen Stellen, die mit Korea zu tun haben, werden koordiniert von Pfarrer Gerhard Köberlin, Evangelisches Missionswerk, Mittelweg 143, 2000 Hamburg 13, Tel. 040-4153222/6 und R. Scheuermeier, Ev. Missionswerk in Süddeutschland, Vogelsangstr. 62, 7000 Stuttgart 1, Tel. 0711-638131.

Amnesty International, Deutsche Sektion, hat für alle AI-Gruppen, die koreanische Gefangene betreuen, eine **Korea-Koordinierungsgruppe**, c/o Otmar Rütter, Hordeler Str. 66, 4630 Bochum 1, Tel. 0234-57165.

Materielle Hilfe für Südkorea leistet das **Kindershilfswerk terre des hommes Deutschland e.V.**, Postfach 4126, 4500 Osnabrück, Tel. 0541-7101134.

Zeitschriften, Bulletins

Die **Korea-Korrespondenz** wird vom Korea-Komitee herausgegeben, erscheint sechsmal im Jahr mit aktuellen Berichten zu Korea, kostet 10 DM im Jahresabonnement und kann bestellt werden bei der Geschäftsstelle des Korea-Komitees (siehe Adressen) oder durch Überweisung von 10 DM auf Konto 416270-609, Postgiroamt Frankfurt, Korea-Komitee (Sonderkonto 'Zeitung').

Der **Korea Report** veröffentlicht detaillierte Berichte und Meldungen insbesondere zu Menschenrechtsfragen. Er kann bestellt werden über: Evangelisches Pfarramt, Kirchstr. 6, 7504 Weingarten.

Die **Korea Nachrichten – Informationen über Christentum, Religion und Politik in Korea** erscheinen zweimonatlich und sind zu beziehen bei: R. Scheuermeier, Ev. Missionswerk in Süddeutschland, Vogelsangstr. 62, 7000 Stuttgart 1, Tel. 0711-638131.

Amnesty International, Korea-Koordinationsgruppe der Deutschen Sektion, versendet etwa alle zwei Monate eine **Pressechau** mit Meldungen zu Korea sowie in unregelmäßigen Abständen ein **Informationsblatt** zu Menschenrechtsverletzungen in Südkorea. Bezug über: M. und W. Bell, Maashäuserweg 18, 4630 Bochum 7, Tel. 0234-286449.

Dokumentationen des Evangelischen Presstedienstes, Friedrichstr. 2-6, 6000 Frankfurt 1, veröffentlichen unregelmäßig übersetzte Dokumente insbesondere aus der christlichen Opposition in Südkorea.

Die Welt richtet ihren Blick auf die Palästinenser.



Georg Stein
DIE PALÄSTINENSER
 Unterdrückung und Widerstand eines entrechteten Volkes.
 Mit einem Vorwort von Erich Fried
 Ein Bildband mit 140 Farbfotos
 Begleittexte in Deutsch, Englisch, Französisch und Spanisch.
 Format 23 x 26 cm
 160 Seiten, DM 48,-

Georg Stein richtet seinen Blick und seine Kamera auf die Palästinenser. Wie sehen die Menschen aus, ihre Gesichter, ihr Lächeln und ihre Verzweiflung? Wie leben sie? Womit spielen ihre Kinder? Wo begegnet ihnen die Gewalt, und wie wehren sie

sich? Der Widerstand lebt in Gesten, in Zeichen an der Wand, in den Spuren der Geschichte und in der politischen Arbeit der PLO. Mit 140 Bildern in einem kostbar gedruckten Buch, in ruhigen, sehr genauen Bildern, nähern wir uns Menschen, die ein Unrecht abwehren, das nicht zu verdrängen ist, wenn das Bewußtsein sich nicht trüben und die Moral nicht verkommen soll. Darauf allerdings legt dieses klare und schöne Buch Wert – und damit überzeugt es.

Unsere Bücher sind Lebens-Mittel.

PAHL-RUGENSTEIN

60

Fortsetzung S. 16

Überall wurden Hilfs- und Unterstützungskomitees gebildet. Die Händler in den Städten begannen ebenfalls Komitees zur Unterstützung des Aufstandes zu gründen.

Auf anderer Ebene haben wir dazu aufgerufen, daß jede palästinensische Familie außerhalb der Heimat eine Familie in den besetzten Gebieten unterstützt. Zur Verwirklichung dieser Parole haben wir uns darangemacht, überall dort, wo es palästinensische Gemeinden außerhalb der Heimat gibt, Komitees zur Unterstützung des Aufstandes zu gründen. Wir bauen auf die Unterstützung durch unser Volk, durch Organisationen, Länder, politische Kräfte, die mit uns verbündet sind, um den Plänen der israelischen Autoritäten, den Aufstand durch eine Politik des Aushungerns in die Knie zu zwingen, entgegenzutreten zu können.

Innerhalb der besetzten Gebiete setzen die palästinensischen Massen auf allen Ebenen die Arbeit fort, um in Zukunft noch härteren und schwierigen Bedingungen gewachsen zu sein. Es tut sich eine Menge, über das wir jedoch noch nicht reden können.

FRAGE: Welche Rolle messen Sie der israelischen Friedensbewegung bei?

Y. ABED RABO: Die Rolle der israelischen Friedensbewegung ist von ungeheurer Bedeutung, um den faschistischen Methoden der Regierung Schamirs entgegenzutreten und um die Demagogie zu entlarven, hinter der Peres sich versteckt, obwohl er faktisch Schamirs Politik unterstützt.

Es gibt wichtige Veränderungen in der öffentlichen Meinung in Israel, die israelische Armee eingeschlossen. Man stelle sich nur die psychische Verfassung der israelischen Soldaten vor, die Frauen, Kinder und alte Leute angreifen. Es gibt Fälle von israelischen Soldaten und Offizieren, die den Dienst in den besetzten Gebieten ablehnen. Wir erwarten, daß deren Anzahl in Zukunft wachsen wird.

Was die Arbeit innerhalb der israelischen Armee betrifft und die Bemühungen, die öffentliche Meinung in Israel zu verändern, kommt den israelischen Friedenskräften eine große Bedeutung zu. Wir betrachten sie als Verbündete unseres Volkes. Sie sind das Gewissen, das deutlich macht, daß eine gemeinsame Zukunft der beiden Völker, des palästinensischen Volkes und des jüdischen Volkes in Israel, möglich ist.

FRAGE: Wie lange wird der Aufstand fortgesetzt werden?

Y. ABED RABO: Der Aufstand wird bis zur Errichtung eines unabhängigen palästinensischen Staates andauern.

Der Sieg ist nah. Es ist sicher, daß es einen palästinensischen Staat geben wird.



Diese drei Palästinenser wurden von Besatzungstruppen lebendig begraben



Felicia Langer

Israels Soldaten wurde der Rassismus eingepfiff

Felicia Langer, jüdische Rechtsanwältin und prominenteste Verteidigerin palästinensischer politischer Gefangener in Israel, hat tiefe Einblicke in die aktuelle Aufstandsbewegung und in die Reihen der israelischen Friedensbewegung. Im Februar d.J. weilte sie in der Bundesrepublik, um den Hans-Litten-Preis der Vereinigung Demokratischer Juristen entgegenzunehmen. Litten war in der Weimarer Republik Strafverteidiger von Antifaschisten und wurde von den Nazis im KZ Dachau umgebracht. Die Preisträgerin, deren Familie die Nazis seinerzeit in Polen umbrachten, bekennt sich auch als Stimme der unterdrückten Palästinenser zu dieser Tradition. In Frankfurt nahm sie auf einer juristischen Festveranstaltung Stellung hierzu wie zu den Ursachen der Rebellion der Palästinenser und ihren Rückwirkungen auf Israel. Wir bringen Ausschnitte.

Weshalb der Aufstand kommen mußte:

Seit 20 Jahren lebt die Bevölkerung unter Militärrecht, das in alle Lebensbereiche der Bevölkerung eingreift. Seit 1967 wurden Tausende von Militärdekreten geschaffen, die entgegen aller internationaler Konventionen die existierende Rechtsstruktur im Interesse der Besatzungsmacht vollkommen umgekrempelt haben: um Land zu beschlagnahmen, um die Besiedlung zu legitimieren, um Kollektivstrafen wie die Zerstörung von Häusern und Deportationen zu legitimieren.

Während dieser 20 Jahre wurden den Palästinensern die elementarsten Menschenrechte vorenthalten, nicht nur Meinungsfreiheit oder Versammlungsfreiheit, auch das Recht zu lesen, was sie wollen, und zu malen, was sie wollen. Es gibt Farben – die Farben der palästinensischen Flagge, die verboten sind. Zwar nicht offiziell, aber wenn jemand beispielsweise eine Rose in den palästinensischen Nationalfarben malt, so ist das Anstiftung zum Aufruhr und wird verboten.

Immer wieder gibt es Ausgangssperren. Die Lager sind wie Ghettos. Dheische beispielsweise wurde mit einer hohen Mauer eingekreist. Und ich rede jetzt von der Zeit vor dem Aufstand. In diesem Jahren wurden Tausende von Häusern zerstört, Tausende von Palästinensern deportiert. Unzählige Menschen wurden gefoltert.

Gegen Urteile der Gerichtsbarkeit gibt es keine Einspruchsmöglichkeit. Und wer sind die Richter? Sie sind Reservisten der Armee, die

für ein, zwei Monate in die besetzten Gebiete abkommandiert werden. Diese Militärgerichte sind der zweite Arm der Unterdrückung. Es gibt offizielle Statistiken, die besagen, daß ein Drittel der palästinensischen Bevölkerung in den besetzten Gebieten während der letzten 20 Jahre schon einmal im Gefängnis war.

Die Kinder mußte jahrelang mit ansehen, wie ihre Väter und Mütter erniedrigt wurden. Manchmal müssen die Kinder vor den Gefängnissen stundenlang warten, um ihren dort inhaftierten Vater für 15 Minuten zu Gesicht zu kriegen. Man verbietet den Kindern darüber zu reden, über ihre Wünsche, über ihr Land, über ihre Identität zu reden.

Ich verteidige nun schon die zweite Generation von Palästinensern, die Kinder von denjenigen, die ich 1967 verteidigt habe. Sie sind voll des Zorns und Hasses. Das, was zur Zeit passiert, ist nur das Ergebnis von 20 Jahren Besatzungsmacht.

Die jetzige Bewegung ist unumkehrbar. Wenn die ganze Bevölkerung bereit ist, mit bloßen Händen zu kämpfen, wenn die Händler Ostjerusalems, die vom Tourismus leben, ihre Läden nun schon seit Wochen geschlossen halten, wenn sich die Bewohner in den Flüchtlingslagern auch unter den Bedingungen von Ausgangssperren weigern aufzugeben, wenn sich kleine Kinder den Soldaten in den Weg stellen – dann gibt es kein zurück.

Die jetzige Generation von Palästinensern ist ungeduldig, und ich glaube, sie sind nicht mehr zu besiegen. Sie können nicht alle Knochen brechen.

Zu den Ursachen der Brutalität der israelischen Soldaten:

Man hat sie indoktriniert. Das israelische Establishment hat sie indoktriniert, was immer es nur möglich war. Man sagt ihnen: Das ist keine „Besatzung“, das ist „Befreiung“. Man hat ihnen Rassismus gegenüber den Arabern eingepflegt. Man erzählt ihnen von der Minderwertigkeit der Araber. Sie kennen Araber nur als diejenigen, die unsere Straßen reinigen, die uns in den Restaurants bedienen.

Die „Dehumanisierung des Arabers“ war das Ziel zionistischer Erziehung, was auch nicht explizit so formuliert. Das hat zur Folge, das für die 18jährigen Jugendlichen, die jetzt ihren Wehrdienst in den besetzten Gebieten ableisten, ein arabischer Junge nicht dasselbe wie ein jüdischer Junge ist.

Sie wissen selber aus der Geschichte des Faschismus, daß, wenn man einen Menschen töten will, man ihn zunächst seiner menschlichen Züge berauben muß. Das passiert schrittweise im israelischen Bildungssystem. Man kann das sicher nicht generalisieren – es gibt Schriftsteller, Theater, Bücher, die dem entgegenarbeiten. Aber der Masse der Israelis wurde beigebracht, daß der Araber ein Mörder, ein Verräter ist, daß man sich auf die Freundschaft eines Arabers nicht verlassen kann, daß der Araber dreckig ist. Er reinigt unsere Straßen, aber er ist dreckig. Er arbeitet in unseren Fabriken, aber er ist faul.

Bei uns heißt die Westbank nicht Westbank, sondern sie heißt „Judäa und Samaria“, es heißt nicht Gazastreifen, sonder Gazadistrikt. Alles wird verdreht.

Wie wird der Holocaust heute in Israel erklärt? Wie wir wissen, war der Holocaust nicht allein gegen Juden gerichtet. Er war das Ergebnis einer rassistischen und faschistischen Weltanschauung jedem gegenüber, der als minderwertig betrachtet wurde. Hier die Herrenrasse und dort die Minderwertigen.

Wenn wir die Jugend in einem solchen Geiste großziehen würden, dann wüßten sie, daß wir als Opfer des Faschismus alles unterlassen müssen, was ihm ähnlich ist. Aber wir werden nicht über die Zeit des Holocaust aufgeklärt. Es wird nur gesagt, daß sich der Holocaust ausschließlich gegen die Juden richtete. Verbrechen gegen andere Nationen werden einfach nicht erwähnt. Der Krieg Nazi-Deutschlands gegen die Sowjetunion beispielsweise wird vollkommen verschwiegen.

Bei uns wird alles verdreht: Wir sind in Gefahr, weil wir die Opfer des Faschismus sind. Die Araber sind wie die Nazis. Wir werden belagert, also müssen wir uns verteidigen. Zu diesem Zweck sind alle Mittel heilig. Der Grund für Auschwitz war, daß wir keine Machtmittel hatten. Wir wollen kein neues Auschwitz. Also benötigen wir Gewalt.

Wenn man die Kinder der Generation, die den Holocaust überlebt hat, so erzieht, so darf man sich nicht wundern, daß die Lehre, die man aus dem Holocaust zu ziehen hat, sich in ihr Gegenteil verkehrt. So ist es möglich, daß sie heute, ohne auf Widerstand zu stoßen, die Araber zu Opfern machen. Und die ganze Welt sieht stillschweigend zu, weil wir ja auch mal Opfer waren.

Ein zweiter Punkt ist, daß diejenigen, die leiden mußten, nicht immer edle Menschen sind. Ich glaube, die Auffassung, daß derjenige der litt, der gefoltert wurde, später der edelste Mensch sei, der nie andere foltern wird, entstammt der christlichen Ethik, stimmt aber nicht. Ich bin keine Expertin in Psychologie. Aber ich weiß, daß die Kinder, die ständig geschlagen werden, später meistens die aggressivsten sind.

Das, was man der neuen Generation von Besatzern angetan hat, die Tatsache, daß sie vollkommen in die Irre geleitet wurden, ist ein

Verbrechen. Diese Generation weiß überhaupt nicht, was Besatzung bedeutet. Sie glauben zu wissen, daß wir dieses Land von Gott geerbt haben. Und jeder der einen Stein schmeißt, stört unser Recht auf dieses Land.

Es gibt inzwischen einen unglaublich hohen Anteil von israelischen Oberschülern, die der Meinung sind, daß nicht einmal die israelischen Araber das Wahlrecht haben sollten. Die zionistische Ideologie sagt, daß unser Staat ein jüdischer Staat sei. Schauen Sie sich nur die offiziellen Verlautbarungen an. Dort ist die Rede von „Juden“ und „Nicht-Juden“. Das heißt doch nichts anderes, als daß die eine Rasse „etwas“ ist und die andere ist ein „Nicht-etwas“, also gar nichts.

Es leben immerhin eine halbe Million Araber in Israel. Diese Araber spielen übrigens heute eine äußerst wichtige Rolle innerhalb der israelischen Friedenskräfte und des demokratischen Lagers. Und sie kämpfen für Gleichheit innerhalb der israelischen Gesellschaft.

Zur Rolle der israelischen Friedenskräfte: Die Friedensbewegung ist infolge des Aufstands dabei, sich zu entwickeln. Der Aufstand hat eine große Bedeutung für die Herausbildung von neuen Friedenskräften in Israel. Neben „Peace Now“ (Frieden jetzt) gibt es inzwischen viele Gruppen, auch unter den orientalischen Juden. Selbst in den großen Parteien, inklusive der Cherut-Partei Begins, gibt es Opposition. Dasselbe gilt für die Arbeiterpartei, die zur Zeit eine schreckliche Rolle spielt. Sie ist ein Dorn im Herzen der Friedensbewegung. Bevor die Arbeiterpartei in der Regierung war, war sie sehr aktiv. Nachdem sie sich dann an der Regierung beteiligte, blieb die Friedensbewegung für Jahre gelähmt. Wir freuen uns, daß „Peace Now“ jetzt wieder im Wachsen begriffen ist.

Zur Lösung des Nahostproblems und der Verantwortung der Bundesdeutschen: Es gibt nur eine Lösung: Miteinander reden. Diese Lösung ist einfach, weil die Palästinenser ihr zugestimmt haben. Die einzigen, die eine

Lösung ablehnen, sind die Kräfte des israelischen Establishments.

In Israel haben viele Leute gegen diese Politik demonstriert. 80.000 in Tel Aviv, fast genauso viele in Nazareth. Aber wir brauchen Solidarität. Nicht Stillschweigen bedeutet Solidarität für uns. Solidarität bedeutet, diese unmenschlichen Praktiken des israelischen Establishments zu verurteilen. Nicht nur wegen der Palästinenser. Es ist auch eine 100% proisraelische Haltung, wenn man dazu beiträgt, die Israelis vor dieser Regierung zu retten, die uns in die Katastrophe führt. Stillschweigen zu bewahren, heißt nichts anderes, als sich an dem Verbrechen zu beteiligen.

Heute wird selbst in den USA mehr über das berichtet, was in den besetzten Gebieten geschieht, als in der Bundesrepublik. Die Bundesdeutschen sind immer noch Sklaven der politischen Erpressungen der Herrschenden in Israel. Diese instrumentalisieren auf schmutzige Art und Weise die Schuldgefühle der Deutschen. Sie instrumentalisieren den Holocaust, um zu stehlen, zu vergewaltigen und die Besatzung fortzusetzen.

Ich appelliere an Euch: Laßt Euch von dem schmutzigen Spiel des israelischen Establishments nicht erpressen und nicht versklaven. Leider funktioniert dieses Spiel noch immer in der Bundesrepublik. Dabei sollte auch die Bundesrepublik ein Interesse an guten Beziehungen zu einem zukünftigen palästinensischen Staat haben – und ich versichere Ihnen, daß dieser palästinensische Staat im Entstehen ist. Ist es da nicht besser, zu seinen Unterstützern der ersten Stunde zu gehören?

Die Frage von Krieg und Frieden im Nahen Osten geht nicht allein die Palästinenser an. Ich glaube nicht, daß dauerhafter Frieden in Europa möglich ist ohne Frieden im Nahen Osten. Ohne die Lösung des Palästinaproblems, ohne das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser und ohne die Errichtung eines unabhängigen palästinensischen Staates wird es keinen Frieden geben.

Nicaragua

Ute Kampmann

Widerstand an der Wirtschaftsfront

Auch bei der zweiten Runde direkter Verhandlungen zwischen der nicaraguanischen Regierung und der Contra am 18.-19. Februar d.J. in Guatemala-Stadt wurden keine konkreten Ergebnisse erzielt. Der als Vermittler tätige Kardinal Miguel Obando y Bravo unterbrach die Gespräche überraschend einen Tag vor ihrem geplanten Abschluß. Dabei hatten die beiden Verhandlungsdelegationen auf den von ihm selbst eingebrachten Vorschlag keineswegs ablehnend reagiert.

Nach dem Plan Obandos sollte sich die nicaraguanische Regierung verpflichten: 1. die völlige Pressefreiheit wiederherzustellen, 2. eine totale Amnestie, auch für die ehemaligen Nationalgardisten Somozas, zu gewähren, 3. den politischen Dialog mit der inneren Opposition zu führen, und 4. das Wehrpflichtgesetz zu „überdenken“. Im Gegenzug sollte die Contra sich für einen Waffenstillstand von 30 Tagen in bestimmte Zonen zurückziehen.

Der Delegationsleiter der Contra, Jaime Morales, erklärte unvermutet rasch seine Zustimmung. Damit gab die Contra ihre ursprüngliche Forderung nach Abschaffung der Wehrpflicht, nach der Eingliederung der Contra in eine neuzuschaffende politisch neutrale Armee, nach der Auflösung der Sandinistischen Verteidigungskomitees (CDS) und die Teilnahme am politischen Dialog auf.

Die Sandinisten reagierten zunächst vorsichtiger. Der Leiter der Regierungsdelegation, Vize-Außenminister Victor Tinoco, erklärte: „Wir finden den Vorschlag Kardinal Obandos interessant und konstruktiv. Er enthält vier sehr klar definierte Punkte, die die Regierung zu erfüllen hätte, und einen, nämlich den



Die Energiekrise ist allgegenwärtig: Schlange stehen für Kochgas

Punkt über den Waffenstillstand, den die Contras erst näher definieren müssen.“¹ Bevor jedoch die offizielle Antwort der nicaraguanischen Regierung dem Kardinal übermittelt werden konnte, beendete dieser die Gespräche ohne vorherige Konsultation der beiden Delegationen. In ihrer Antwort stimmte die Regierung den Vorschlägen Obandos prinzipiell zu. Sie erklärte aber auch, daß eine Änderung des Wehrpflichtgesetzes erst mit Beendigung des Krieges möglich wäre.

Staatschef Daniel Ortega machte den Kardinal für das Scheitern der Verhandlungen verantwortlich. Um möglichst schnell zu einem Ergebnis zu kommen, kündigte Ortega am 2. März eine Fortsetzung der Gespräche ohne den Ver-

mittler Obando vom 9.-11. März auf nicaraguanischem Gebiet an, was von der US-Regierung als „schwerer Schlag“ gegen die Friedensbemühungen bezeichnet wurde. Leiter der Regierungsdelegation ist Verteidigungsminister Humberto Ortega.

Die Eile ist verständlich. Der Contra-Krieg hat bisher 47.000 Menschenleben gekostet. Und die wirtschaftliche Situation wird immer prekärer.

„Dieses Land wirtschaftet unter unnormalen Bedingungen“, erklärte Roberto Gutierrez, Vizepräsident der Zentralbank. „Wenn Sie die direkten Folgen der Kriegskosten, die gegenwärtig etwas mehr als die Hälfte unserer Exporte ausmachen, in Rechnung stellen, bekommen Sie eine Vorstellung, wie der Krieg unsere Wirtschaft schwächt.“²

Die Exporteinnahmen beliefen sich 1987 auf 240 Mio \$. Beim Kaffee-Export mußten Verluste gegenüber dem Vorjahr in Höhe von über 20 Mio \$ hingenommen werden, da der Kaffeepreis auf dem Weltmarkt beträchtlich gesunken war.

Mit den Exporteinnahmen kann Nicaragua gerade ein Drittel seiner Importe bezahlen. Allein die Erdölrechnung betrug im vergangenen Jahr 150 Mio \$. Aufgrund fehlender Devisen konnte nicht genügend Treibstoff importiert werden. Die Energiekrise mit ihren weitreichenden

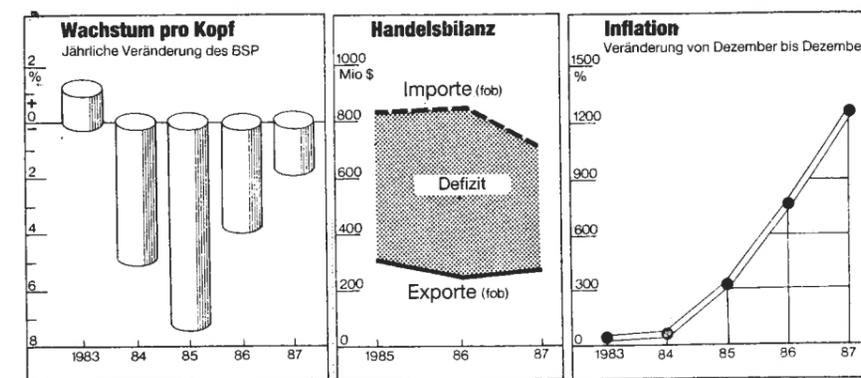
Zeitschriftenschau

Informationsdienst Südlisches Afrika, Nr. 8/Dezember 1987
 Schwerpunkte: Frauen in Südafrika und Namibia • EKD und Sanktionen • Apartheid trennt nicht nur nach rassistischen Gesichtspunkten, sondern auch nach geschlechtlichen. Die Auswirkungen dieser Unterdrückung auf Frauen und die Anstrengungen, die die SWAPO in Namibia zur sozialen Gleichstellung der Frau unternimmt, werden hier beleuchtet • Das Winden der Ev. Kirche um die Sanktionsfrage hat durch eine von ihr selbst veranlaßte Studie neue Impulse erhalten. Zwei Aufsätze widmen sich dieser Thematik • Außerdem: Zur Verfassungsänderung in Zimbabwe, Konferenzberichte, aktuelle Informationen, Rezensionen.
 Einzelpreis 5 DM; Abo 40 DM
 Bezug: issa, Blüchervtr. 14, 5300 Bonn 1

Entwicklungspolitische Korrespondenz, Nr. 5-6/1987
 Thema: Auf dem Wege Gottes? Der Islam als politische Kraft • Hintergrundbeiträge: Glaube und Lebensordnung im Islam • Islam und Abendland • Islamischer Fundamentalismus • Islam und Demokratie • Islamische Soziallehre und soziale Realität • Selbstverständnis und gesellschaftliche Realität (Säkularismus) • Länderbeiträge: Islam in Indonesien • Schwarzafrika • Türkischer Islam als ideologischer Kitt der nationalen Einheit • Islamische Opposition in Ägypten • Islamischer Fundamentalismus in Palästina • Zum Islam in der BRD: radikal-islamische Gruppen in der BRD • Muslime in der BRD • Außerdem: Frauen im Islam • Porträt Mahmud Taha • BRD-Geschäft mit dem Golfkrieg • Auszüge aus der Verfassung der Islamischen Republik Iran • Die Muslimbrüder.
 Einzelpreis 6 DM; Abo 22 DM
 Bezug: EPK, Postfach 2846, 2000 Hamburg 20

ila-info, Nr. 112/Januar-Februar 1988
 Schwerpunkt: Wem gehört das Meer? • Internationale Seerechtskonvention und ihre Auswirkungen bei der Erschließung strategischer Meeresressourcen • Die drohende Ausplünderung in der Antarktis • Die Bedeutung des Meeres für die wirtschaftliche Entwicklung Lateinamerikas • Ökonomische und ökologische Probleme der Fischwirtschaft in Chile und Peru • Selbstorganisation der Fischer in Brasilien • Außerdem: Beiträge zu Panama, Honduras, El Salvador und zur Repressionswelle in der BRD.
 Einzelpreis 3,50 DM; Abo 35 DM
 Bezug: ila, Heerst. 205, 5300 Bonn 1

Lateinamerika Nachrichten, Nr. 167/Februar 1988
 Peru: Mütter von Verschwindenen aus Ayacucho protestieren in Lima • Argentinien: Schon wieder'n Sieg für die Demokratie • Chile: Colonia Dignidad – Ein Stützpunkt der Repression wackelt • Die Illusion eines Auswegs durch Verhandlungen • Kolumbien: Die Demokratie zeigt ihr wahres Gesicht • Costa Rica: Die Landwirtschaftspolitik und die Krise der Kleinbauern • El Salvador: Bewaffneter Kampf und Wahlen – ein Diskussionsbeitrag • Brasilien: Sarneys Tage sind gezählt
 Einzelpreis 4,50 DM; Abo 50 DM
 Bezug: LN-Vertrieb, Gneissaustr. 2, 1000 Berlin 61



den Auswirkungen auf die gesamte Produktion wurde zu einem Hauptproblem für die Wirtschaft und prägt den beschwerlichen Alltag in Nicaragua.

Dabei verfügt Nicaragua eigentlich über genügend eigene Energiequellen: Wasserkraft, Sonne, geothermische Energie, selbst Erdöl- und Erdgasvorkommen könnten potentiell genutzt werden. Die Kosten für die Erschließung dieser Ressourcen kann Nicaragua jedoch in der jetzigen Situation nicht aufbringen.

1980 schien die Erdölversorgung Nicaraguas zu günstigen Preisen und Zahlungsbedingungen mit der Unterzeichnung des Vertrages von San José gesichert zu sein. Darin vereinbarten Mexiko und Venezuela mit 10 mittelamerikanischen und karibischen Staaten für das von ihnen

gelieferte Erdöl 70% der Kosten durch einen Kredit, bei 10 Jahren Laufzeit und niedrigen Zinsen, zu finanzieren.

Doch selbst diesen Verpflichtungen konnte Nicaragua nicht nachkommen. Venezuela stellte schon 1981 die Lieferungen ein, Mexiko folgte 1985. Die ausstehenden Schulden gegenüber beiden Ländern belaufen sich auf 150 Mio \$. Seitdem bezieht Nicaragua sein Erdöl fast ausschließlich aus den sozialistischen Ländern. Als diese 1987 wegen eigener wirtschaftlicher Probleme und mangelnder Sparmaßnahmen der Nicaraguaner weniger als erwartet lieferten, mußte der Treibstoff weiter rationiert werden.

Doch nicht nur die geringen Liefermen-

gen brachten Probleme mit sich: Aufgrund der anderen Zusammensetzung des Rohöls erzielte die Raffinerie in Managua (die einzige im Land und im Besitz der Esso) einen geringeren Ausstoß. Zudem weigern sich US-amerikanische Firmen wegen der 1962 von den USA gegen Kuba verhängten Wirtschaftsblockade, Treibstoff aus Kuba zu vertreiben. Und auch die Folgen des US-Handelsembargos gegenüber Nicaragua können gerade bei der Erdölverarbeitung nicht so leicht ausgeglichen werden. Hinzu kommen die unzureichenden Lagerkapazitäten und die Transportengpässe.³

Neben Benzin wird auch die Elektrizität immer knapper. Täglich wird für drei Stunden der Strom abgestellt. Da die Zapfsäulen an den Tankstellen elektrisch betrieben werden, gibt es gleichzeitig wieder Probleme mit der Benzinversorgung. Die Wasserpumpen arbeiten nicht mehr, so daß auch die Wasserversorgung ständig unterbrochen ist. Nach dem Ausfall kommt der Strom oft mit Überspannung wieder, so daß Elektrogeräte und Maschinen kaputtgehen.

Die Stromknappheit macht in vielen Betrieben eine Verkürzung der Arbeitszeit notwendig. 21 Fabriken mußten sogar die Produktion ganz einstellen: darunter die Zementfabrik, zwei Textilfabriken, die beiden Brauereien und die Anlage zur Limonadeabfüllung. Die Belegschaften führen Wartungsarbeiten durch oder helfen bei der Baumwoll- und Kaffee-Ernte. Die Arbeitszeit der meisten Behörden ist auf fünf Stunden täglich eingeschränkt worden.

Gründe für die Elektrizitätsknappheit sind einerseits die veralteten Anlagen der Elektrizitätswerke, für die notwendige Ersatzteile wegen fehlender Devisen oft nicht beschafft werden können, andererseits der aufgrund der Dürre zu niedrige Wasserstand der Stauseen, bei dem die beiden Wasserkraftwerke nicht mit voller Kapazität produzieren können. Weitere Produktionsausfälle werden durch die Sabotageakte der Contra verursacht. Zu einer weiteren Verschärfung der wirtschaftlichen Lage hat im letzten Jahr eine Dürre geführt, die insgesamt zu Produktionsausfällen von ca. 100 Mio \$ in der Landwirtschaft führen wird. Um Versorgungengpässe in den Griff zu bekommen, hat die Regierung den Nahrungsmittelnotstand ausgerufen und einen Hilfsappell an die Weltöffentlichkeit gerichtet.

Diese Situation versucht die Opposition auszunutzen, um gegen die Politik der Sandinisten zu mobilisieren. So organisierte am 7. Februar d.J. ein Bündnis von vier oppositionellen Gewerkschaften, dem die kommunistische CAUS, die sozialistische CGT-i und die beiden rechten CTN-a und CUS angehören, einen

Marsch „Gegen Hunger und Elend der sandinistischen ‚Mißwirtschaft‘“. Trotz Aufhebung des Ausnahmezustands nahmen nur etwa 9.000 Menschen, darunter viele Bauern und Händlerinnen, die gut an der Warenknappheit verdienen, teil. Neben der Abschaffung des staatlich festgelegten Lohnsystems wurde – im Gleichklang mit der Contra – auch die Abschaffung der Wehrpflicht gefordert. Dieses Thema erregt im Augenblick die Gemüter stark, da die letzte Rekrutierung von Jugendlichen ziemlich rigide durchgeführt wurde.

Ansonsten herrscht bei diesem Gewerkschaftsbündnis keine allzugroße Einigkeit. Als der Redner der kommunistischen Gewerkschaft, Roberto Moreno, gegen die Korruption der Regierung wetterte und die CAUS als die wahre Führerin der Arbeiterklasse bezeichnete, riefen die Demonstranten: „Wir wollen keine Kommunisten in Nicaragua“ und „Tod den Kommunisten“.⁴

Um die Wirtschaftskrise abzumildern und der Spekulation beizukommen, verkündete Daniel Ortega am 14. Februar d.J. eine umfassende Währungsreform und neue Wirtschaftsmaßnahmen. Angesichts der Inflationsrate, die im letzten Jahr bei 1.500% lag, wurde eine Währungsreform zwar schon länger erwartet, doch kam sie zu diesem Zeitpunkt überraschend.

Obwohl zeitweise bis zu 60.000 Personen an den Vorbereitungen beteiligt waren, konnte sie geheimgehalten werden. Da die Währungsreform schon am nächsten Tag in Kraft trat, blieb den Spekulanten keine Zeit, sich ihrer Millionen alter Cordobas zu entledigen.

Die alte Währung konnte im Verhältnis von 1.000:1 gegen den neuen Cordoba eingetauscht werden. Dessen Wechselkurs zum US-Dollar wurde auf 10:1 festgelegt. In der alten Währung lag der offizielle Wechselkurs gegenüber dem US-Dollar bei 70:1. Touristen und Privatpersonen konnten aber in autorisierten Wechselstuben zu einem Kurs von 20.000:1 tauschen, während auf dem Schwarzmarkt bis zu 55.000 Cordoba für den US-Dollar geboten wurden. Ausländer dürfen jetzt mit einer Verdoppelung ihrer vorher extrem niedrigen Lebenshaltungskosten rechnen.

Die Nicaraguaner konnten innerhalb von drei Tagen ihr Geld an über 2.000 Verteilerstellen umtauschen. Um die im Verhältnis zu den knappen Gütern übergroße Liquidität abzuschöpfen, war der Umtausch auf 10 Mio alter Cordobas beschränkt. Der diese Summe übersteigende Betrag wird erst einmal bei den nationalen Banken festgelegt und nur umgetauscht, wenn die legale Herkunft nachgewiesen werden kann. Diese Maßnahme trifft vor allem die zahlreichen Spekulanten, die mit



Oppositioneller „Marsch gegen den Hunger“: Spekulantinnen demonstrieren mit

Schwarzmarktgeschäften gut verdient haben. Leidtragende sind aber auch die US-Botschaft und vor allem die Contra, die ihre Dollars schwarz tauschen. In Händen der Spekulanten und Contras befand sich 11,3% der gesamten Geldmenge. Insgesamt konnten 20% der Kaufkraft abgeschöpft werden. Gleichzeitig mit der Währungsreform wurden die staatlichen Subventionen für Lebensmittel gestrichen und die Preise für 30 Produkte des Grundbedarfs, darunter Benzin und Strom, angehoben. Damit sollen die Preise sich stärker als bisher an den realen Kosten orientieren und Preisverzerrungen aufgehoben werden.

Denn in einer Situation, in der die Preise für einige Güter auf niedrigem Niveau festgelegt waren, während gleichzeitig eine mehrstellige Inflationsrate erreicht wurde, kam es vor, daß eine Wassermelone mehr kostete als 5 l Benzin.

Auch die Lohnskala wurde revidiert, indem der Grundlohn erheblich erhöht und die einzelnen Lohngruppen stärker differenziert wurden. Damit soll den Angehörigen qualifizierter Berufe ein Anreiz zur Rückkehr in eine abhängige Beschäftigung gegeben werden. Außerdem wurde fast 30.000 Familien die Rückzahlung von Krediten für den Neubau oder die Reparatur beschädigter Häuser erlassen. Sparguthaben wurden automatisch in die neue Währung überführt, wobei ein Teil des Inflationsverlustes ausgeglichen werden soll.

Dagegen will die Regierung ihre Ausgaben allgemein um 10% kürzen. Der Verwaltungsapparat soll verkleinert, 11 Botschaften sollen geschlossen, die Ministerien für Industrie, Innen- und Außenhandel sowie für Verkehr, Bau und Wohnungswesen zusammengelegt und auch bei der Armee Kürzungen vorgenommen

werden. Wenn es gelingt, Ressourcen aus dem Verteidigungsressort in die Produktion und den Konsum umzulenken, wäre dies eine wirksame Unterstützung des Versuchs, die Inflation zu stoppen. Solange aber der Krieg weitergeht, wird es mit den jetzigen Maßnahmen allenfalls gelingen, die Funktionsfähigkeit der Wirtschaft zu verbessern, die Inflation zu bremsen und die Spekulation einzudämmen

Anmerkungen:

- 1) Die Tageszeitung, West-Berlin, 20.2. 1988
- 2) South, London, März 1988, S. 26
- 3) Einen ausführlichen Artikel zur Energieversorgung brachte: envio, Managua, Nr. 79/Januar 1988
- 4) Vgl. El Nuevo Diario, Managua, 8.2.1988 und El Pais, Madrid, 8.2.1988

EG-Mittelamerika 4. San-José-Konferenz in Hamburg



Während der 4. San-José-Konferenz in Hamburg

Am 29.2./1.3.1988 fand in Hamburg das alljährliche Treffen der Außenminister der mittelamerikanischen Staaten und der Europäischen Gemeinschaft (EG) statt. Themenschwerpunkte der 4. San-José-Konferenz (benannt nach dem ersten Treffen 1984 in der costarikanischen Hauptstadt), an der auch die Contadora-Gruppen-Mitglieder Mexiko, Venezuela und Kolumbien teilnahmen, waren die Unterstützung des mittelamerikanischen Friedensabkommens und eine Verstärkung der Wirtschaftshilfe für die Region.

Die mittelamerikanischen Staaten hatten für den dringenden Finanzbedarf bis 1990 einen Plan über 1,43 Mrd \$ vorgelegt, der auch den USA, Kanada und anderen Staaten unterbreitet werden soll. Der Plan sieht eine Unterstützung zur wirtschaftlichen Neubelebung der Region von 850 Mio \$, eine Soforthilfe zur Linderung der Folgen der Dürre des letzten Jahres von 157 Mio \$ und weitere 285 Mio \$ zur Repatriierung von Flüchtlingen vor.

Die EG-Minister, die den mittelamerikanischen Staaten 1987 164 Mio DM an Wirtschaftshilfe zur Verfügung gestellt hatten, erklärten, sie würden eine Unterstützung des Plans wohlwollend überprüfen und ihre Wirtschaftshilfe erhöhen. Nahrungsmittelhilfe und Unterstützung bei der Rückführung von

Flüchtlingen wurden zugesagt.

Die EG-Außenminister bekräftigten ihre Unterstützung für den mittelamerikanischen Friedensplan. Sie betonten „die Bedeutung eines wahrhaft pluralistischen und demokratischen Prozesses, der die Förderung der sozialen Gerechtigkeit, die Achtung der Menschenrechte, der Souveränität, der territorialen Unversehrtheit der Staaten sowie des Rechtes einer jeden Nation umfaßt, ihr wirtschaftliches, politisches und gesellschaftliches System frei und ohne jegliche Einmischung von außen zu bestimmen“.

Als Voraussetzung zur Schaffung des Friedens wurde die „Einstellung der Hilfe für irreguläre Streitkräfte und aufständische Bewegungen seitens der Regierungen innerhalb und außerhalb der Region“ genannt. Ein konkreter Beitrag der EG zum Gelingen der Abmachungen soll die Unterstützung der Wahl eines mittelamerikanischen Parlaments sein. Außerdem drückten die Minister „ihren Willen aus, ... zur Überprüfung, Kontrolle und Überwachung“ der Umsetzung des Friedensabkommens beizutragen, wenn alle mittelamerikanischen Staaten dies wünschen.

Auch wenn die EG durch ihre Zusammenarbeit mit Mittelamerika versucht, revolutionäre Entwicklungen einzudämmen, und die Revolution in Nicaragua durch Einbindung des Landes in einen mittelamerikanischen Staaten-zusammenschluß und durch Einforderung bürgerlich-demokratischer Verhältnisse zu neutralisieren, war diese Politik immer ein Dorn im Auge der Reagan-Administration. Grund hierfür ist vor allem, daß Nicaragua nicht von Hilfszusagen ausgeschlossen wird und die EG sich gegen eine militärische Lösung der Konflikte wendet.

Diese doppeldeutige Politik der EG war auch ein Grund dafür, daß es in Hamburg zu keiner einheitlichen Demonstration der Solidaritätsbewegung kam. Durch ein massives Polizeiaufgebot wurden zwei Demonstrationen von 700 bzw. 500 Teilnehmern auseinandergetrieben. Am Rande der Konferenz informierten auf Einladung der verschiedenen Informationsstellen Vertreter von Menschenrechtsorganisationen aus Honduras, El Salvador und Guatemala über die Fortsetzung der Menschenrechtsverletzungen in ihren Ländern. Nico Biver

Die Solidarität verstärken!

Trotz der Erfüllung des mittelamerikanischen Friedensplanes durch Nicaragua und trotz der Ablehnung militärischer Hilfe für die Contras durch den US-Kongreß geht der Krieg gegen Nicaragua unvermindert weiter. Zudem versucht die innere Opposition, die wieder unbeschränkt wirken kann, die katastrophal wirtschaftliche Situation auszunutzen, um die Revolution von innen auszuhöheln. Damit Nicaragua diesem doppelten Druck widerstehen kann, ist es heute mehr denn je notwendig, die Solidarität zu verstärken. Unterstützen Sie die Spendenkampagne des Antimperialistischen Solidaritätskomitees (ASK)

Sonderkonto Prof. Erich Wulff - Kennwort „Nicaragua muß überleben!“
Kto.-Nr. 527055-602, Postgroat Frankfurt (BLZ 500 100 60)

Die Spenden, die auf dem Solidaritätskonto des ASK eingehen, werden im Rahmen der Spendenkampagne „Nicaragua muß überleben!“ ohne Zweckbindung der FSLN zur freien Verfügung übergeben.

Hanne Denk

Sozialdemokrat oder Populist?

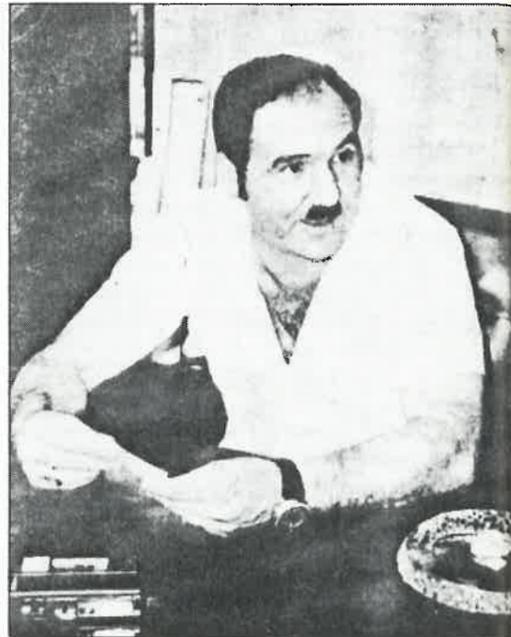
Die Präsidentschaftswahlen am 31. Januar d.J. haben die Unzufriedenheit der Ecuadorianer mit der Politik ihres Staatschefs León Febres Cordero deutlich zum Ausdruck gebracht: Die knapp 4,7 Mio Wahlberechtigten, die gleichzeitig auch zu Parlaments-, Provinz- und Gemeindewahlen aufgerufen waren, stimmten überwiegend für oppositionelle Kandidaten.

Zwar konnte im ersten Wahlgang keiner der 10 Bewerber für das Präsidentenamt die absolute Mehrheit erlangen, doch wird eine Stichwahl am 8. Mai d.J. zwischen den beiden Favoriten, dem Sozialdemokraten Rodrigo Borja und dem Populisten Abdalá Bucaram entscheiden.

An erster Stelle lag erwartungsgemäß R. Borja. Er ist Vorsitzender der Partei der Demokratischen Linken (PID), einem Mitglied der Sozialistischen Internationale. Es war dies bereits die dritte Präsidentschaftskandidatur des 52jährigen Anwalts. 1979 verfehlte er mit Platz drei knapp den zweiten Wahlgang. Vier Jahre später gewann Borja in der Vorrunde, unterlag aber dann überraschend gegen Febres Cordero, dem Kandidaten des rechten Wahlbündnisses Front des Nationalen Wiederaufbaus (FRN). Borja, von den progressiven Mittelschichten der Hauptstadt Quito und den Hochland-Provinzen favorisiert, erhielt diesmal 20,4% der abgegebenen Stimmen.¹ Sein Rivale Abdalá Bucaram ist Chef der populistischen Roldoistischen Partei Ecuador (PRE). Der 35jährige Politiker ist ein Schwager des legendären Präsidenten Roldós, der 1981 unter mysteriösen Umständen tödlich verunglückte. Für Bucaram, der einer politisch und geschäftlich erfolgreichen Familie libanesischer Herkunft angehört, entschieden sich 15,4% der Wähler.

Auseinandersetzungen mit den Streitkräften hatten den jungen Advokaten, Ex-Bürgermeister der Wirtschaftsmetropole Guayaquil, für einige Jahre nach Panama ins Exil gezwungen. Seine Rückkehr und Präsidentschaftskandidatur wurden von der gegenwärtigen Regierung begünstigt, nicht zuletzt um durch ein Splitten der linken Wählerstimmen die Chancen des christlich-sozialen Bewerbers zu verbessern.²

Wurde Borjas Triumph von den konservativen Kreisen befürchtet, so überraschte Bucarams Senkrechstart. Ein falscher Schachzug also, denn seine Kan-



Präsidentschaftskonkurrenten bei der Stichwahl am 8. Mai d. J.: Rodrigo Borja (l.) und Abdalá Bucaram

didatur warf den Mann der Regierung, Sixto Durán von der Christlichen Sozialen Partei (PSC), mit 13,1% aus dem Rennen.

Um von ihren eigenen Problemen abzulenken, hatte die Regierung Febres Cordero in einem weiteren Fall versucht, Einfluß auf das Wahlverhalten zu nehmen. Just ein halbes Jahr vor den Präsidentschaftswahlen veröffentlichte die konservative Zeitung „Vistazo“ – Direktor ist B. Peñaherrera, Vizepräsident der Republik –, einen bereits im Januar 1987 erschienenen Bericht der West-Berliner „tageszeitung“. Der Artikel deckte die illegale Finanzierung der Partei der ecuadorianischen Christdemokraten, Volksdemokratie (DP), durch bundesdeutsche Stiftungen auf. Sowohl die Konrad-Adenauer-Stiftung (CDU) als auch die CSU-nahe Hanns-Seidel-Stiftung hatten ihrer lateinamerikanischen Schwesterpartei erhebliche Summen illegal zufließen lassen. Ein willkommener Anlaß für den Präsidenten und seine leer ausgegangenen Parteigenossen der PSC, die mit Linkskräften kooperierende Oppositionspartei bloßzustellen.³

Dennoch votierten ca. 9,5% für den von der DP nominierten Jamil Mahuad, der damit das Ergebnis des DP-Kandidaten von 1984 mehr als verdoppelte.

Obwohl die 38 Abgeordneten der Linken und der linken Mitte, darunter PID

und DP, im Progressiven Parlamentarischen Block zusammengeschlossen sind, gelang es nicht, für die jetzigen Wahlen eine breite Linksallianz zu bilden. Auch ein engeres Bündnis der Gruppierungen der revolutionären Linken, die über 13 der 71 Parlamentssitze verfügen und 1987 ein gemeinsames Regierungsprogramm ausgearbeitet hatten, scheiterte schließlich an der Nominierung des Präsidentschaftsbewerbers.

Als Kandidat der Revolutionären Volksallianz (APRE) und der Sozialistischen Partei (PSE), unterstützt von einigen linken Gruppierungen (Nationale Befreiungspartei, Patriotische Bewegung Frank Vargas Pazzos, Kommunistische Partei der Marxisten-Leninisten Ecuador) trat der frühere Luftwaffenkommandant Frank Vargas in den Wahlkampf. Mehrfach hatte der Ex-General, der wiederholt gegen die Regierung Febres Cordero meuterte und deshalb eingekerkert wurde, für Schlagzeilen gesorgt. Zuletzt, als im Januar 1987 rebellische Militärs Vargas Freilassung durch die Entführung des Präsidenten erzwangen (vgl. AIB 3/1987). Trotz seiner nationalreformerischen Einstellung mangelte es dem populären Rebellen (ca. 12%) an klaren politischen und programmatischen Aussagen.

Hingegen gelang den beiden wichtigsten Gruppierungen der ecuadorianischen

Linken, der Breiten Linksfront (FADI), einem Zusammenschluß verschiedener Organisationen, u.a. auch der Kommunistischen Partei (PCE) sowie der maoistischen Demokratischen Volksbewegung (MPD), die Verwirklichung eines Wahlbündnisses, der Front der Vereinigten Linken.⁴

Im Mittelpunkt des lebhaft geführten Wahlkampfes stand die unsoziale Wirtschaftspolitik der Regierung. Scharfe Kritik löste auch das autoritäre Gebahren von Präsident Leon Febres Cordero, genannt der „Löwe“, aus. Verstöße gegen die Verfassung und Menschenrechtsverletzungen erzeugten ein Klima zunehmender Gewalt.

„Als Löwe (león) gegen das Volk, ein Hammel (cordero) gegenüber der Oligarchie“,⁵ so brachte Borja die Politik des Unternehmers auf einen Nenner. Noch heftiger attackierte der Kandidat der Roldoistischen Partei den amtierenden Staatschef.

In der Tat hat sich in den vier Jahren ultraliberaler Politik im Andenstaat vieles zum Argen entwickelt. Die hohe Inflationsrate (30%), die Verringerung der Reallöhne und ein Ansteigen der Arbeitslosenquote von 8 auf 13% im Zeitraum 1984-87 gingen zu Lasten der Bevölkerungsmehrheit. 1986 wuchs das Bruttoinlandsprodukt nur noch um 1,7% (1984: 4,1%). Die Tilgung der gewaltigen Auslandsschuld (ca. 8,6 Mrd \$) verschlang ein Drittel der Exporterlöse Ecuador.⁶

Der Agroindustrielle Febres Cordero folgte den Empfehlungen des Internationalen Währungsfonds (IWF), forcierte den Rohstoffexport und setzte auf eine Stimulierung des Privatsektors. Beliebte bei den internationalen Geldgebern, glänzte der IWF-Musterschüler durch pünktliche Schuldentilgungen, getätigt auf Kosten von Löhnen und Sozialausgaben.

Der Preisverfall für Erdöl 1986, mit 60% wichtigster Devisenbringer des OPEC-Landes, bremste den ökonomischen Boom vorangegangener Jahre. Zur gleichen Zeit kamen erhebliche Absatzschwierigkeiten bei den traditionellen Exportprodukten Bananen, Kaffee und Kakao hinzu. Mit dem Erdbeben im März 1987 verschärfte sich die ohnehin prekäre wirtschaftliche Lage. Die Verluste im Erdölsektor aufgrund der Zerstörung der wichtigsten Pipeline in der Amazonas-Provinz Napo beliefen sich auf schätzungsweise 900 Mio \$.

Während die anschließend erfolgte Aussetzung der Zinszahlungen im Land begrüßt wurde, riefen die Notverordnungen der Regierung, z.B. die Erhöhung der Benzin- und Transportpreise bei den Oppositionsparteien und Arbeitsorganisationen massive Proteste hervor. Gegen diese „volksfeindlichen Maßnahmen“

mobilisierte u.a. der Gewerkschaftsdachverband Einheitsfront der Werktätigen (FUT) zum Generalstreik (März und April 1987; vgl. AIB 5/1987).

Harte Kritik erntete die Regierung des „Nationalen Wiederaufbaus“ auch von seiten der ecuadorianischen Bauernbewegung. Mit zahlreichen Anreizen hatte Febres Cordero um die Gunst ausländischer Investoren geworben. Die Stimulierung des Agroexportsektors durch ausländisches Kapital verdrängte die einheimischen Kleinproduzenten – fast die Hälfte der Bevölkerung lebt von der Landwirtschaft – und spitzte die sozialen Konflikte auf dem Lande zu.

Mit der ökonomischen Schwäche wuchsen die innenpolitischen Unruhen. Ein brutales Vorgehen gegen Demonstranten oder Mitglieder der schwachen Guerillaorganisation „Alfaro vive“ ließen die Hilflosigkeit des Staatsapparats erkennen. Erstmals nach acht Jahren Zivilregierung registrierten die Menschenrechtskommissionen in Ecuador eine Zunahme politisch motivierter Morde und Folterungen.⁷

Febres Corderos despotischer Führungsstil untergrub mehr und mehr sein Ansehen. So verweigerte der „zivile Diktator“ seine Zusammenarbeit mit dem rechtmäßigen Gerichtshof und ernannte einen „zweiten“ mit ihm genehmen Mitgliedern. Eine vom Mitte-Links-Parlament beschlossene Amnestie für den Putschgeneral Vargas lehnte das Staatsoberhaupt ab. Selbst der Entlassung des zahlreicher Menschenrechtsverletzungen beschuldigten Innenministers Luis Robles Plaza widersetzte sich der christlich-soziale Politiker bis kurz vor der Präsidentschaftswahl. Die Niederlage der Rechten bei den Parlamentswahlen von 1986 machte das bröckelnde Image des „Löwen“ erstmals augenscheinlich.

Der konservative Regierungskurs spiegelte sich auch in der Außenpolitik Ecuador wider. „Es gibt keinen Zweifel“, so urteilte die „Financial Times“ beim Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Nicaragua, „das Herz der Regierung Febres Cordero schlägt in der Mittelamerika-Frage für Präsident Reagan.“⁸ Eine gewisse Zuneigung zu Pinochets Chile verhehlt der rechte Politiker ebenfalls nicht.⁹

Borja oder Bucaram – wer wird im August d.J. die Nachfolge des „Löwen“ antreten?

Als aussichtsreichster Kandidat für den 2. Wahlgang am 8. Mai gilt R. Borja. Die Christdemokraten haben ihm bereits ihre Unterstützung zugesagt. Eine ähnliche Haltung ist auch von den anderen Linksparteien zu erwarten.

Abdalá Bucaram kann jedoch an die noch immer ungebrochene Popularität des ehemaligen Präsidenten Roldós und

dessen Politik der demokratischen Öffnung anknüpfen. Mit seine Parole „Die Macht den Armen“ erreicht der demagogische Populist auch Zulauf aus den städtischen Slums. Zudem konzentrieren sich ein Viertel der Wahlberechtigten auf Bucarams Hochburg Guayaquil. In der Sierra (Hochland) findet der Mann aus dem Tiefland nur wenig Beachtung. Zu tief sitzt der Ecuador eigene regionale Konflikt zwischen wirtschaftlich begünstigterem Küstenstreifen und dem Hochland. Hier hat der Konkurrent aus Quito den größeren Rückhalt, auch bei der indianischen Bevölkerung.

„Erhöhung der Steuern für die Reichen, gerechtere Verteilung des Wohlstandes“, so klingen Bucarams Wahlversprechungen. Ausgereifter wirkt das Programm des Sozialdemokraten. Borja sprach sich für eine Wirtschaft „von unten“ aus, für eine Stärkung des Binnenmarktes und Konsumerweiterung zugunsten der Masse der Bevölkerung. Gleichzeitig trat er für eine verstärkte staatliche Planung ohne autoritäre Maßnahmen ein.

Seine Partei betürwortet ein Moratorium zur Auslandsverschuldung sowie eine restriktivere Politik gegenüber ausländischen Investitionen. Außenpolitisch setzt er auf eine stärkere Zusammenarbeit der lateinamerikanischen Staaten, speziell auch in der Frage der Verschuldung. Weitere Punkte in seinem Regierungsprogramm zielen auf eine Reaktivierung der Beziehungen zu Nicaragua und auf eine engere Zusammenarbeit seines Landes mit der Bewegung der Nichtpaktgebundenen.

Wer auch immer – Borja oder Bucaram – im Mai gewinnen wird, die Reformpositionen beider Kandidaten, bringen neue Hoffnung für das kleine Land.

Anmerkungen:

- 1) Vorläufige Wahlergebnisse nach: International Herald Tribune, Paris, 2.2.1988 und Süddeutsche Zeitung, 2.2.1988
- 2) Vgl. El Pais, Madrid, 3.2.1988
- 3) Vgl. die tageszeitung, 24.1.1987; 16.3.1987 und 23.7.1987. In diese illegale, aber stillschweigende Abmachung war Licht gekommen, als 1984 der damalige BMZ-Minister Warnke bei einer Ecuador-Reise mit Erstaunen feststellte, daß seine Partei (CSU) die linksliberalen Christdemokraten unterstützt, statt der den bundesdeutschen Unionsparteien politisch genehmeren rechts-konservativen Christsozialen.
- 4) Vgl. G. Ortiz Crespo, Ecuador, semillas de inconstitucionalidad, in: Nueva Sociedad, Caracas, Nr. 92/November-Dezember 1987, S. 30
- 5) Vgl. R. Borja, Ecuador: Lecciones de un proceso político, in: Nueva Sociedad, Nr. 78/Juli-August 1985, S. 11
- 6) Vgl. L. Gill, Ecuador: The Lion's Den, in: NACLA, New York, Nr. 1/Januar-Februar 1987, S. 7; G. Ortiz Crespo, Ecuador..., a.a.O., S. 28; und i3w-aktuell, Basel, Nr. 1/1988
- 7) Vgl. L. Gill, Ecuador..., a.a.O., S.6
- 8) Zit. nach: R. Borja, Ecuador..., a.a.O., S.12
- 9) Ebd.



Exporte der Karibikinsel: Noch liegt der Zucker vorn

Peter Garcia

„Rectificación“ (II) Berichtigung von Fehlern in Kuba

1986 ist nicht nur das Jahr, als Naturkatastrophen, Ölpreisverfall und Wertverlust des US-Dollars die Strukturprobleme des Entwicklungslandes Kuba akzentuierten. Es ist auch das Jahr, in dem die Kampagne zur Korrektur der Fehler und gefährlichen Tendenzen eingeleitet wurde.

Dieser zeitliche Zusammenhang ist nicht zufällig. Die wirtschaftlichen Probleme rückten die Mängel in der Organisation der kubanischen Wirtschaft ins Scheinwerferlicht. Plötzlich fiel z.B. auf, daß ein Hotel 14 Jahre nach Baubeginn immer noch nicht fertiggestellt war. Und daß die Ursache dafür in den hohen Löhnen und den Zulagen für das Ausheben der Erde und das Hochziehen der tragenden Wände lag.

So unglaublich es klingt: Die Bauarbeiter wollten nur noch Erde ausheben und tragende Wände hochziehen. An der Beendigung des Hotels und vieler anderer Gebäude hatte kein Bauarbeiter mehr Interesse – weil diese Tätigkeit schlechter bezahlt wurde. Milliarden von Pesos wurden in die Erde gesteckt und kaum ein Gebäude vollendet.

Genauso überraschend stellte sich heraus, daß Erfolgsprämien in manchem Betrieb auch dann gewährt wurden, wenn das Produktionsergebnis schon seit Jahren unter dem Plan-Soll blieb. Oder daß im Bausektor Santiagos die Löhne zwar

für den ganzen Tag bezahlt wurden, die Arbeitszeit aber nur zu 70% der Arbeit diente. Die Leistungsnormen waren z.B. in der Region Vertientes so niedrig angesetzt, daß die Zuckerrohrarbeiter zum Teil nur vier Stunden am Tag tätig waren und trotzdem die Norm um das Drei- bis Vierfache übererfüllten.

Dafür strichen sie dann saftige Prämien ein. Gute Qualität des Produkts wurde in vielen Bereichen der kubanischen Wirtschaft nicht mehr als Bestandteil der Normerfüllung angesehen – sondern als Grund für Prämienzahlungen.¹⁴

Neben Niedrigstnormen führte auch die extreme Aufspaltung von Berufsbildern in kleinste, spezialisierte Bereiche zu einer Aufblähung der Gehaltslisten. Dazu Fidel: „Wir haben die Produktion mit einigen Maßnahmen behindert, mit einigen Konzepten, wie der übertriebenen Anzahl von Berufen – 14.500 –, den engen Grenzen dieser Berufe, den Arbeitsplatzbeschreibungen, die oft erforderten, daß zwei oder drei beschäftigt werden mußten, wo einer ausgereicht hätte, um eine Arbeitszeit von 8 Stunden auszufüllen.“

Fidel führte die Existenz solcher Konzepte darauf zurück, daß „sie ein bißchen von den Bestrebungen der Arbeiter in ihren Kämpfen im Kapitalismus abgeleitet“ seien. Manche Arbeiter versuchten allerdings auch bewußt, ihre Rechte

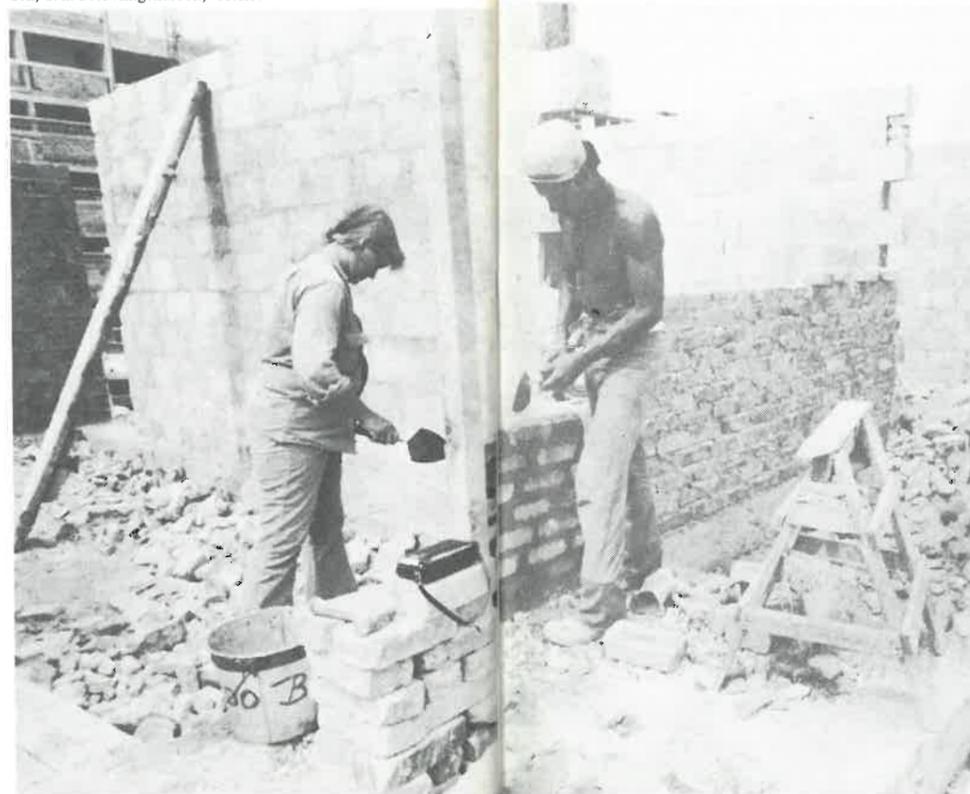
zu mißbrauchen.

Auf der Schlußsitzung des 3. Parteitag der KP Kubas wurde festgestellt: „Viele Betriebsleitungen haben Angst davor, sich mit den Arbeitern anzulegen und bei Nichterfüllung der Normen in mengenmäßiger oder qualitätsmäßiger Hinsicht die Löhne zu kürzen.“ Das spricht nicht für diese Funktionäre: 400 leitende Kader, darunter 120 Fabrikdirektoren und 85 Parteisekretäre, wurden deshalb wegen Unfähigkeit ihrer Posten enthoben.¹⁵

Daneben forderte auch die Korruption ihren Tribut. Prominentestes Opfer ist der Präsident des Instituts für Zivilluftfahrt und Fidel-Castro-Berater, Luis Orlando Domínguez. Die steile Karriere dieses Mannes hatte ihn von 1977-81 zum Vorsitzenden des Jugendverbandes der KP Kubas werden lassen – und von 1987-2007 zum Strafgefangenen. So lange, nämlich 20 Jahre, muß er wegen Beraubung der Staatskasse einsitzen. In seinen verschiedenen Wohnungen beschlagnahmte die Polizei Berge von Importwaren sowie Peso- und US-Dollar-Scheine im Wert von einer halben Million.¹⁶

Namentlich nicht bekannt, aber von Fidel als Beispiel für Geldgier und moralische Korruption zitiert, wurden folgende Fälle: Ein Maler, der sich seine Bilder von staatlichen Stellen mit 180.000 Pesos bezahlen ließ; ein Bauer, der mit dem Freiverkauf von Knoblauch jährlich 50.000 Pesos verdiente; ein anderer Bauer, der mit Obst und Gemüse sogar 150.000 Pesos machte und sich zwei LKWs zulegte; Ärzte, die gegen 1.500 Pesos Gesunde mit gefälschten Bescheinigungen zu Frührentnern machten.

Der Wohnungsbau wird durch Einsatz von Mikrobrigaden, d. h. Freiwilligenarbeit, forciert



ten; Lastwagenbesitzer, die mit dem Zwischenhandel von landwirtschaftlichen Produkten zu Millionären wurden; leitende Betriebsfunktionäre, die Baumaterialien für ihren privaten Hausbau verwenden (einer „lieh“ sich sogar einen 16-t-Kran, der aus Japan importiert worden war); Wohnungsspekulanten, die das Gesetz über das Eigentum an Wohnungen ausnutzten, um mit Wohnungen und Häusern zu spekulieren, usw.

Dieses erst 1985 eingeführte Wohnungseigentumsgesetz wurde inzwischen wegen der Spekulation außer Kraft gesetzt. Auch die freien Bauernmärkte, an denen sich Zwischenhändler und einige Bauern bereicherten, wurden wieder geschlossen.

Besonders negativ wirkte sich die schlechende Entwertung der Ideale der kubanischen Revolution auf Teile der kubanischen Jugend aus. Sie zogen ihre eigenen Schlüsse aus der Doppelmoral ihrer Eltern, die zwar von Sozialismus redeten, aber ungeniert ihren Betrieb übers Ohr hauten oder bestahlen. Da zudem das Konsumgüterangebot immer noch unbefriedigend ist und die Fernsehwerbung aus Miami ständig neue Sehnsüchte weckt, fanden nicht wenige Jugendliche den Weg zum Schwarzmarkt und zum illegalen Geldwechseln. Hier kommt der Rectificación auch eine erzieherische Aufgabe zu.

So ist Rectificación Motivierung des Einzelnen, Kampf gegen Korruption, Bummelantentum und Geldgier – oder, mit den Worten Fidels, Erziehung der Menschen nach dem Vorbild Che Guevaras. Vor allem aber soll sie die Kreativität der Menschen bei der Überwindung der wirt-

schaftlichen Probleme wecken.

In seiner Moncada-Rede vom vergangenen Jahr definierte Fidel „Rectificación“ mit folgenden Worten: „Rectificación ist das, was wir gerade jetzt tun, wo das Land die wenigsten Hartwährungsdevisen hat, wo seine Importe aus den Hartwährungsländern nur noch ein Viertel von denen sind, die wir im Jahre 1984 hatten – und heute, angesichts dieser Probleme, werden die Menschen immer mehr; sie wachsen, denken, suchen Lösungen; Berge von Dingen, von denen man früher meinte, sie könnten nur importiert werden, will man jetzt hier entwickeln und herstellen. Das ist mit Rectificación gemeint! Die Fehler müssen in vielerlei Hinsicht berichtigt werden. Fehler berichtigen heißt, neue Wege suchen.“¹⁷

Fehler berichtigen
heißt, neue Wege zu suchen,
die möglichst wenig kosten,
z.B. die Mikrobrigaden

Wesentlich ist bei alledem, daß diese Maßnahmen, diese neuen Wege, möglichst wenig kosten. So wie die Mikrobrigaden, deren Mitglieder von Fabriken, Büros oder sonstigen Arbeitsplätzen für 1-2 Jahre freigestellt werden, wobei sie dort weiter ihren vollen Lohn erhalten. Die Arbeitskollegen verpflichten sich dann, die Arbeit des Mikrobrigadisten in vollem Umfang und ohne zusätzliche Bezahlung mitzuerledigen. Mikrobrigadisten können auch Rentner oder Hausfrauen sein, sowie Arbeiter, die ihre Freizeit zur Verfügung stellen. Bis November 1987 hatten sich allein in Havanna 29.000 Mikrobrigadisten freiwillig gemeldet; bis 1988 sollen es 33.000 werden.

Fidel lobte das Beispiel der Mikrobrigaden, deren „Arbeit dem Land keinen Centavo extra kostet“ mit folgenden Worten: „Wir könnten also ein neues Havanna bauen und die Probleme, die sich angehäuft haben, lösen, ohne zusätzliches Geld ausgeben zu müssen, indem wir die Bevölkerung mobilisieren, ihre Anstrengungen in rationelle Bahnen lenken und sie korrekt anleiten.“ Von den Vollzeit-Mikrobrigadisten wird erwartet, daß sie erheblich mehr als 8 Stunden pro Tag arbeiten.

Eine Mikrobrigade, die an einem Krankenhaus baute, wurde von Fidel besucht. Teilnehmer dieser Brigade wandten sich an ihn mit der Bitte, an ihrem Feierabend für den eigenen Bedarf noch zusätzlich ein Wohnhaus bauen zu dürfen (dazu muß die Baumaterialzuteilung von der Regierung genehmigt werden). Fidel erwiderte: „Aber von welchem Feierabend ist denn hier die Rede? Ihr arbei-

tet doch bereits 14 Stunden und hört erst um 10.00 Uhr abends auf, wann wollt Ihr denn da ein Wohnhaus bauen? Und der Mann antwortet: Eben zu dieser Zeit, um 10.00 Uhr abends; wenn wir hier unseren Arbeitstag beendet haben, sind wir bereit, ein Wohnhaus zu bauen.“ Und weiter aus derselben Rede: „Die Nachbarn, die Mitbewohner oder Mieter alter Gebäude sowie Arbeiter möchten, nachdem sie ihren normalen Arbeitstag beendet haben, alle am Bau arbeiten.“ Auch die Schnellstraße Havanna-Ost-West wurde mit einer täglichen Arbeitszeit von 14 Stunden und mehr gebaut. Bis November 1987 beteiligten sich an der nationalen Kampagne „40 Stunden freiwillige Arbeit“ alleine in der Provinz Havanna 339.072 Arbeiter und Arbeiterinnen, die 13.562.000 kostenlose Arbeitsstunden leisteten.

Wenn auch die Tätigkeit der Mikrobrigadisten dem Land augenscheinlich nichts kostet (wie sieht es mit den Leistungsnormen des Betriebes aus, der sie/ihn freistellt?) – so gilt das nicht für die eingesetzten Baumaterialien. Auch hier wurden inzwischen Teillösungen gefunden, die die Kassen des Ministeriums für Baumaterial-Industrie entlasten. Viele Betriebe erklärten sich bereit, die eigentlich für ihre Mitarbeiter angehäuften Sozial- und Kulturfonds für öffentliche Bauvorhaben (z.B. Kindergärten) zu spenden. Für den gleichen Zweck gab auch die Nationale Leitung der Revolutionskomitees 5 Mio Pesos. Für Klein- und Schönheitsreparaturen sowie Anstriche werden bei Privathäusern die Eigentümer mit 1.000 Pesos zur Kasse gebeten.¹⁸

Für Außenstehende ist es gewiß nicht leicht, sich mit jeder einzelnen Methode der Rectificación so ohne weiteres anzufreunden – und vielleicht geht es manchem Kubaner ebenso.

Aber die Karibikinsel steht bis zum Hals in wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Es scheint, als könnten ihre sozialen Errungenschaften langsam zwischen zwei übermächtigen Mühlsteinen zermahlen werden: der Unterentwicklung als Erbe der Vergangenheit und der Unberechenbarkeit äußerer Faktoren, wie Naturkatastrophen und Preisbewegungen am westlichen Weltmarkt.

Wo Kuba trotz dieser angespannten Situation die Prioritäten sieht, zeigen der forcierte Neubau von Kindergärten und Krankenhäusern, die Verbesserung der ärztlichen Versorgung und ähnliche Maßnahmen. Das heißt aber auch, daß für die Behebung der wirtschaftlichen Probleme kaum noch Mittel übrig sind. Was bleibt, ist die Besinnung auf den Kampfgeist der Revolution, auf das Beispiel Che Guevaras.

Kuba war in dieser Hinsicht immer wieder für Überraschungen gut. Als vor eini-

Judy Berelsen

„Schrei nach Freiheit“ Ein aufrüttelnder Anti-Apartheid-Film

Am 3. März d.J. lief in den bundesdeutschen Kinos der Südafrika-Film „Schrei nach Freiheit“ an, den der britische Regisseur und Gandhi-Verfilmer (siehe AIB 4/1983) Richard Attenborough inszenierte. Die Absicht des Films ist es, die Welt aufzurütteln und die Opposition gegen die Apartheid zu verstärken.

Wenn man einmal wirklich die Wahrheit über die Apartheid kennt, kann man keine mittlere Position mehr einnehmen. Dies ist die Lehre, die ein weißer, liberaler Südafrikaner in „Schrei nach Freiheit“ zieht, als er entdeckt, wie der verschänzte Apartheidstaat gegen die Mehrheit seiner Bürger – und schließlich gegen ihn selbst vorgeht.

Daß der erste größere kommerzielle Film, der sich mit der Apartheid beschäftigt, sich hauptsächlich auf einen Weißen konzentriert, ist der Aufmerksamkeit der Filmkritiker nicht entgangen. Dieses Herangehen schafft in der Tat Probleme. Aber ungeachtet der von Regisseur Richard Attenborough vorgenommenen Auswahl der Hauptfigur ist das Ergebnis ein antifaschistischer und Anti-Apartheid-Film.

Er nutzt die Geschichte der Verbindung des Zeitungsherausgebers Donald Woods mit dem ermordeten Führer der Bewegung des Schwarzen Selbstbewußtseins, Stephen Biko, um den Bankrott des liberalen Herangehens an die Apartheid darzustellen. Dadurch fordert „Schrei nach Freiheit“ die Zuschauer heraus, selbst einen Standpunkt einzunehmen – gegen konstruktives Engagement, gegen Neutralität, gegen Unkenntnis.

Attenborough stellt die Geschichte von Stephen Biko und Donald Woods zwischen zwei mächtige, wirksame Bilder des Apartheid-Grauens. Am Anfang wird eine ruhige, frühmorgendliche Szene des Überlebens in der Elendshütten-Siedlung von Crossroads durch das plötzliche Auftauchen von Regierungstruppen und Baggern zerstört, die baufällige Häuser und Besitztümer vernichten und die Bewohner schlagen und verhaften. Berichte im Regierungsrundfunk stellen den Angriff als eine ruhige und freiwillige Umsiedlung aus gesundheitlichen Gründen dar.

Und am Filmende (nach Bikos Tod, in

einer etwas veränderten Chronologie) steht eine zusammengedrängte und grausame Version des Soweto-Massakers von 1976 an Schulkindern, die gegen die Aufzwingung der Erziehung in der Afrikaans-Sprache protestierten.

Mit diesen Szenen erzählt Attenborough nicht nur Geschichte, sondern stellt den Bericht über die individuellen Charakteren in den Zusammenhang.

Der in Simbabwe gedrehte Film beruht auf Woods' Büchern „Biko“ und „Asking for Trouble“. Sie beschreiben die politischen Aktivitäten Stephen Bikos und seinen Tod in den Händen der südafrikanischen Polizei 1977 und erzählen ebenfalls, wie die Verbindung von Woods mit Biko zur politischen Veränderung eines weißen Liberalen führte. Wenn auch „Schrei nach Freiheit“ seine Botschaft nicht mit so vielen Details wie die Bücher transportiert, wirkt er dennoch als eine Geschichte der Greuel des Apartheidsystems, der Ermordung eines Freiheitskämpfers und der politischen Entwicklung eines Mannes durch seine wachsende Bewußtheit über eine gräßliche Realität.

Am Anfang des Films sieht sich Woods (Kevin Kline) selbst als ein bequemer liberaler Herausgeber des „Daily Dispatch“, der davon überzeugt ist, das, was er als „schwarzen Rassismus“ sieht, ebenso stark abzulehnen, wie er die Apartheid kritisiert. Er trifft Biko (Denzel Washington) erstmals 1985, als er einen kritischen Leitartikel über ihn gebracht hatte. Nachdem Woods diese Ge-

Steve Biko (gespielt von Denzel Washington) in den Händen seiner südafrikanischen Folterer



legenheit zuerst als eine beiderseitige Herausforderung betrachtet, wächst sein Bewußtsein langsam, als Biko, der sich der politischen Macht Woods' bewußt ist, beginnt, ihm das Südafrika zu zeigen, das er nicht gesehen hat.

In einem sowohl vornehmen als auch Verständnis ausdrückenden Stil erklärt Biko ihm: „Ich glaube lediglich, daß ein weißer Liberaler, der an allen Vorteilen seiner weißen Welt hängt – Arbeit, Erziehung, Wohnen, sein Mercedes – vielleicht nicht die geeignete Person ist, den Schwarzen zu sagen, wie sie auf die Apartheid reagieren sollen.“

Woods kommt, um den Schmutz und die Gewalt des Lebens in den Townships zu sehen und um die Bedeutung der Bannbefehle zu verstehen, die Biko das Schreiben, das Reisen und die Unterhaltung mit mehr als einer Person gleichzeitig verbieten. Aber er erfährt auch durch Biko, der Hauptperson der Bewegung des Schwarzen Selbstbewußtseins (BCM), von den Auswirkungen der Apartheid auf den Geist und die Seele der Schwarzen in Südafrika und wie die Verweigerung aller demokratischen Rechte den menschlichen Stolz und seine Würde betrügt. Wie der Film zeigt, gründete die BCM Selbsthilfeprojekte, die Programme der Schwarzen Gemeinschaft genannt wurden. Darunter waren Gemeinschaftszentren, Kliniken und andere von Schwarzen geführte Institutionen, die ein Gefühl des Stolzes, schwarz zu sein, fördern könnten. Durch Denzel Washingtons schauspielerische Leistung gelingt es, Bikos Personifizierung dieses Stolzes und dieser Entschlossenheit einzufangen.

Durch seine neuen Erkenntnisse wird Woods ein BCM-Sympathisant. Seine Anti-Apartheid-Ansichten werden fundierter, aber er bleibt blind gegenüber dem faschistischen Wesen der südafrikanischen Regierung. Er stellt zwei Gefährten Bikos als Journalisten ein. Beide werden eingekerkert und einer wird in der Haft von der Polizei ermordet. Weil er

dem Leiter der nationalen Polizei über die Zerstörung von Bikos Gemeinschaftszentrum durch die städtischen Polizisten berichtete, wurde ihm zur Last gelegt, daß er sich weigerte, den Namen des schwarzen Zeugen des Verbrechens preiszugeben.

Woods stellt fest, daß seine weiße Haut und seine Position ihn nicht vor der Repression schützen. Nachdem Biko an einer Straßensperre verhaftet, eingekerkert und ermordet wurde, werden Woods und seine Familie zunehmend belästigt, als er droht, das Schicksal Bikos in der Presse darzustellen. Als er seine Untersuchungen fortsetzt, wird auch er zu einer gebannten Person. Woods' Erkenntnis, daß er das Land verlassen muß, um die Geschichte Bikos in einem Buch zu erzählen, zwingt die Familie, ihren luxuriösen Lebensstil und ihre politische „Neutralität“ für ein parteiisches aber ungewisses Leben im Exil aufzugeben.

Was „Schrei nach Freiheit“ an fortschrittlicher politischer Abklärtheit fehlt, macht er durch Aktualität wett

Attenboroughs eigener liberaler Ausgangspunkt ermöglicht es ihm, die Gewissensbisse und Zweifel eines Liberalen in der Krise nachzuvollziehen, aber am Ende tritt er aus vollem Herzen für Woods' Engagement ein. Um fähig zu sein, die Realitäten der Apartheid zu vermitteln, besuchte Attenborough 1984 Südafrika und beriet sich später mit Mitgliedern verschiedener politischer Gruppen – nicht nur des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC), der an der Spitze des Massenwiderstandes gegen die Apartheid steht, sondern auch des Panafrikanischen Kongresses, der BCM und der indischen Parlamentspartei. (Dies mag die unparteiische und damit ungenaue Beschreibung des Afrikanischen Nationalkongresses und des Panafrikanischen Kongresses im Film erklären.)

Da „Schrei nach Freiheit“ Südafrika durch zwei liberale Augenpaare betrachtet, steht jedoch die Geschichte Stephen Bikos und der Anti-Apartheid-Bewegung weniger im Mittelpunkt als die Geschichte von Donald Woods. Dies ist der größte Schwachpunkt des Films.

Zuschauer, die wenig Kenntnis über Südafrika haben, könnten Lücken in Bikos Geschichte und in der Beschreibung der alltäglichen Apartheid entdecken. Wie und warum wurde Biko gebannt? Wie kam es, daß tausende Schulkinder auf die Straßen Sowetos gingen, wo 700 von ihnen kaltblütig niedergeschossen wurden? Was geschieht, wenn schwarze Familien auf Jahre hinaus getrennt sind?

Den Zuschauern die von Anti-Apartheid-Aktivitäten wissen oder sich selbst beteiligen, werden sich andere Fragen stellen: Welches waren die Organisationen und Aktivitäten der BCM? Was war die Beziehung zwischen dem BCM und dem ANC? (Nach Soweto, halfen ANC-Kader vielen Aktivisten Südafrika zu verlassen, um zu einer neuen Generation von Kämpfern im Exil zu werden, „Die Klasse von '76“.)

„Schrei nach Freiheit“ leidet auch unter dem plumpen „Großer Held“-Herangehen, zu dem Attenborough (der Regisseur von „Gandhi“) tendiert. Abgesehen von Bikos begeisternder illegaler Rede bei einem Fußballspiel und seiner brillanten Standhaftigkeit beim Polizeiverhör, spielt Washington Biko als die Quintessenz der unbeugsamen Rationalität, als einer, der nie von Emotionen bewegt wird und nie zweifelt. Dies ist nicht nur unheimlich ermüdend, sondern es reduziert jede andere schwarze Persönlichkeit auf die Rolle eines Mitläufers, der neben der Unterstützung und Kameradschaft für Biko nichts zum Kampf beizutragen hat.

Aber in der Schlussszene, die Woods' Flucht zeigt, kehrt Attenborough zu seinen politischen Absichten zurück: Über grünen Hügeln ist die Liste der Namen von 88 ermordeten südafrikanischen Gefangenen eingeblendet, mit den offiziellen Erklärungen wie „erhängte sich selbst“, „fiel acht Treppenfluchten hinunter“ oder „kein Grund“. Dieser Schlußeffekt bekräftigt den allgemeinen Eindruck des Films, daß eine große Ungerechtigkeit in Südafrika fortduert und daß es für eine abwartende Haltung und das Setzen auf den guten Glauben Pretorias keinen Spielraum mehr gibt. Die Absicht von „Schrei nach Freiheit“ ist es, die Welt aufzurütteln und die Opposition gegen die Apartheid zu verstärken. (...)

Was „Schrei nach Freiheit“ an fortschrittlicher politischer Abklärtheit fehlt, macht er wett durch Aktualität. (...) Attenboroughs Entlarfung hilft der Informationsblockade entgegenzuwirken, die im letzten Jahr von der südafrikanischen Regierung verhängt wurde. (...)

(Quelle: Frontline, Oakland, 23.11.1987)

Der Film weckt Betroffenheit bei den Zuschauern über den Rassismus in Südafrika. Umfassendere Informationen über die Apartheid und Angebote zum Handeln könnten viele ermutigen, selbst aktiv zu werden. Die Anti-Apartheid-Bewegung (AAB) bietet ein Flugblatt an, das zur Verteilung nach dem Film kopiert ist. Die Flugblätter können bei der AAB, Blücherstr. 14, 5300 Bonn, Tel. 0728 - 211355 bestellt werden.

gen Jahren 2.000 Lehrer für den – wegen der Contras lebensgefährlichen – Einsatz in Nicaragua gesucht wurden, meldeten sich 100.000 Freiwillige! Trotzdem fällt es schwer zu glauben, daß mit dem gleichen Kampfgeist der Arbeitstag auf 14, 16 oder noch mehr Stunden verlängert werden kann, ohne daß darunter die Gesundheit, die Konzentration, die Arbeitsqualität und das Privat- und Familienleben leiden.

Noch ein weiteres Problem wirft Fragen auf, die nicht leicht beantwortet werden können: der Stellenwert des Zuckers in der Wirtschaftspolitik. Ab 1990 soll die Zuckerproduktion sogar jährlich auf 12 Mio t erhöht werden,¹⁹ obwohl der Zuckerpreis auf dem westlichen Weltmarkt schon seit Jahren unter den Herstellungskosten liegt.

Nun könnte man sagen: Er war ja in der Vergangenheit drei- oder gar viermal so hoch, wie die Herstellungskosten; also kann er auch in Zukunft wieder steigen. Das ist leider – jedenfalls in dem Maße – wenig wahrscheinlich. Denn es existiert nicht nur ein augenblickliches Überangebot an Zucker. Der Zucker hat auch dadurch einen großen Teil seiner früheren Nachfrage eingebüßt, daß er durch andere, industriell einfacher verwertbare und billigere Substitute (z. B. Isoglukose) ersetzt wurde. Das Absinken des Zuckerpreises ist also nicht nur ein konjunkturelles, sondern auch ein strukturelles Problem.

Sicher, Kuba bekommt die Auswirkungen dieses Strukturproblems nur in abgemildeter Form zu spüren. Das liegt daran, daß der weitaus größte Teil seines Zuckerexports (und seiner Zuckerproduktion) in die Sowjetunion geht, die dafür bis zum Sechsfachen des Weltmarktpreises bezahlt.

In der Sowjetunion wird heute die Frage der Effizienz der Produktion, der Kostendeckung und der Steigerung der Produktivität mit Nachdruck gestellt. Wird sie auch den Preis des kubanischen Zuckers berühren? Und wird diese Frage schließlich ebenso deutlich in Kuba zu hören sein?

Ohne tiefgreifende Veränderungen ist wenig wahrscheinlich, daß die Karibikinsel ihre wirtschaftliche Unterentwicklung überwinden kann. Dazu muß der Cocktail der Rectificación wohl noch mit einem kräftigen Schuß Perestroika verstärkt werden.

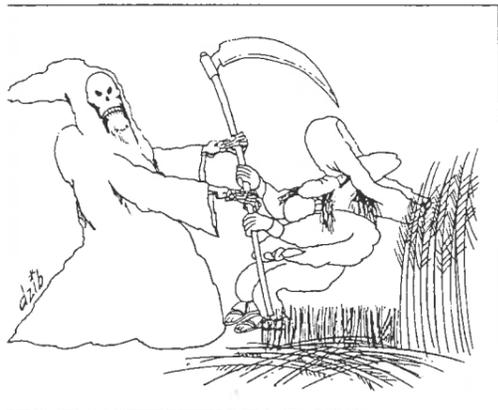
Anmerkungen:

- 14) Granma Semanal (GS), 18.10.1987 und 7.12.1986
- 15) GS, 7.12.1986; Encuentro con Fidel Castro, Gianni Mirá, La Habana 1987, S. 152
- 16) GS, 13.9.1987
- 17) GS, 2.8.1987
- 18) Granma, 30.11.1987; GS, 2.8.1987
- 19) Länder der Erde, Köln 1986

Buchtip

„Peacemaker“

Die Herausgeber des Buches Horst-Eckart Gross/Rainer Hachfeld (Hg.), Peacemaker. Karikaturen und Texte zu Latein- und Mittelamerika, Weltkreis im Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1987, 117 S., 29,80 DM baten vor allem lateinamerikanische Zeichner, Beiträge zum Themen „Frieden und Unterentwicklung“ zur Verfügung zu stellen. Die Einsendungen waren vielfältig: So gehört der Krieg in Mittelamerika für die lateinamerikanischen Karikaturisten ebenso dazu wie die Rolle der einheimischen Militärs und der Doppelcharakter der Kirche im Spannungsverhältnis zwischen Tradition und Theologie der Befreiung. Arbeitslosigkeit und Hunger sehen sie im Zusammenhang mit Waffengeschäften und längst überfälligen Agrarreformen. Der „Nord-Süd-Dialog“ wird ebenfalls skeptisch betrachtet und allenfalls als Gardinenpredigt der Reichen an die Armen dieser Welt interpretiert. Die mit spitzer Feder zu Papier gebrachten Zeichnungen werden zudem noch wirkungsvoll durch engagierte Texte von vorzugsweise lateinamerikanischen Autoren ergänzt. Bemerkenswert ist auch die Solidarität, die mit Nicaragua geübt wird: Der Reinerlös des Buches geht an die Sandinisten; Honorare wurden nicht gezahlt – weder an die Zeichner noch an die Herausgeber.



Entwicklungspolitik

Nord-Süd-Kampagne des Europarats

„Die Aufmerksamkeit der europäischen Öffentlichkeit für die komplexen wechselseitigen Abhängigkeiten zwischen Nord und Süd und ihre tiefgreifenden Asymmetrien zu schärfen“, ist das Ziel einer vom Europarat (Zusammenschluß der meisten westeuropäischen Staaten) angeregten Kampagne unter dem Motto „Interdependenz und Solidarität“.

In der Bundesrepublik will ein breiter Trägerkreis im April/Mai 1988 vor allem über die „Schuldenkrise der Entwicklungsländer und unsere Möglichkeiten für konkrete Lösungsbeiträge“ sowie „die europäische Agrarpolitik und ihre Auswirkungen in der Dritten Welt“ informieren. „Helfen ist wichtig. Besser und wichtiger freilich als Hilfe ist es, beispielsweise faire Handels- und Wirtschaftsbeziehungen

aufzubauen“, heißt es in dem Aufruf des Bündnisses von Arbeiterwohlfahrt bis terre des hommes, darunter auch der DGB. Bis zuletzt war die Beteiligung an der Kampagne unter Dritte-Welt-Gruppen umstritten, weil viele eine Gängelung durch das CSU-geführte Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit befürchteten, das dem Förderkreis angehört. Das Nationale Organisationskomitee, in dem auch der Bundeskongreß entwicklungspolitischer Gruppen vertreten ist, hat sich jedoch gegen alle Zensurversuche verwehrt. Rund 100 Bremer/innen haben am 16.2.1988 im Haus der Bürgerschaft eines der ersten örtlichen Nord-Süd-Foren gegründet, die überall in der Bundesrepublik entstehen sollen. In Bremen sollen v.a. die Rolle des Hafens und der Stadt im Nord-Süd-Handel problematisiert werden. Kontaktadresse: Nord-Süd-Kampagne, Am Humboldtstein, 5480 Remagen-Rolandseck, Tel. 02228-8118

Vietnam

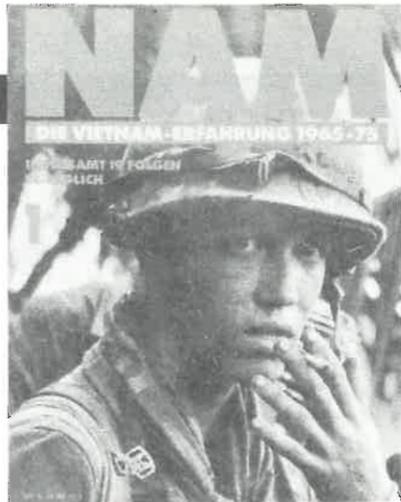
NAM verharmlost den Vietnamkrieg

Eine in der Bundesrepublik angelaufene Heftreihe namens „NAM. Die Vietnam-Erfahrung 1965-75“ ist darangegangen, die „Abenteuer“ des US-Vietnamkrieges in ein neues Licht zu tauchen. Das vom Verlag Publicator/De Agostini bereits dem britischen und italienischen Publikum servierte farbenprächtige und photoreiche Machwerk wird hierzulande vom Inland Presse Vertrieb, d.h. vom Verlag Gruner + Jahr mit einer Auflage von einer runden halben Million auf den Markt gebracht. Von den insgesamt 19 Ausgaben waren Anfang März d.J. drei erschienen, zum erschwinglichen Preis von 6 DM.

Die Vermarkter geben verharmlosende Motive vor: „Gerade in Deutschland“, so heißt es im Vorwort der Erstausgabe, „kann man darüber streiten, ob detaillierte militärische und menschliche Analysen der Aufklärung dienen. Die Darstellung des Vietnamkrieges aus amerikanischer Sicht erfolgt jedoch mit der nötigen Selbstkritik.“ Weder Analyse noch Selbstkritik sind indessen bei den ersten drei Ausgaben vorherrschend, sondern Kriegschönung.

Action-Stories und -Photos aus dem Blickwinkel der Aggressionstruppen, der Marines, bestimmen die Szenerie. Für diese vier Verständnis geweckt, werden ihre geschichtsnotorischen Kriegsgreuel in der Regel mit Sachzwängen entschuldigt, die aus der Undurchschaubarkeit des Dschungels und der Tücke des Gegners, des „Vietcong“ (ein Meer von Fallen!), herrührten. Die von US-General Westmoreland konzipierte Strategie des „Aufspürens und Vernichtens“ etwa (Titelstory der Nr. 3) wird als eine saubere Aktion feilgeboten, in der die Marines samt US-Luftunterstützung bewundernswertes vollbrachten. Und, so der Grundtenor, sie wären gewiß auf die Siegerstraße geraten, wären ihnen nicht immer wieder die Versager der Saigoner Truppen in die Quere gekommen.

Ein anderes tendenziöses Kapitel ist jenes zu den Kriegsgefangenen. Vorgeführt wird hier als Augenzeuge ein über Nordvietnam abgeschossener Pilot der US-Luftwaffe. Beklagt wird, daß er und andere im Hanoi Ho-Lo-Gefängnis festgehaltene Bomberpiloten nicht kom-



fortabler untergebracht sowie anfangs in Fußangeln und Fesseln gelegt wurden. Die „NAM“-Schreiber machen daraus „Folter und Qual“. Kriegsverbrecher werden so zu Opfern umgedeutet. Die gängigen Folter- und Mordpraktiken des CIA und ihrer Saigoner Verbündeten (Tigerkäfige, Verätzungen, Massakrierung usw.) werden außerdem den wirklich Betroffenen, den Befreiungskämpfern und den mit ihren verbündeten Nordvietnamesen, mit angedichtet: „Auf beiden Seiten wurden die Gefangenen oft gefoltert, gequält und ermordet... In einem Guerilla-Konflikt liegen Gerechtigkeit und Rache dicht beieinander.“ (Nr. 3, S. 89) Gemünzt ist dieses Machwerk, wie die Werbespots in Fernsehen, Rundfunk und Presse vertrieben, auf Jugendliche um die 19. Ihnen, den Wehrfähigen der NATO-Allianz, will „NAM“ das schmutzige Kriegshandwerk schmackhaft machen. Der US-Vietnamkrieg wird, zum exotischen „Abenteuer“ verharmlost, nachempfindens- und nachahmenswert.

Südafrika

Bankenaktionstag „Kein Geld für Apartheid!“

Der bundesweite Bankenaktionstag am 27. Mai d.J. wird erneut ein Schlaglicht auf die Bankengeschäfte mit dem Apartheidstaat werfen. Anlaß ist, wie in den vergangenen Jahren, die Aktionärsversammlung der Dresdner Bank. Kritische Aktionäre werden das Südafrika- und Namibia-Engagement der Dresdner Bank zur Sprache bringen und ein Ende dieser Geschäfte fordern. Ein breites Bündnis bereitet in Hamburg, wo die Aktionärsversammlung dieses Jahr stattfindet, phantasiereiche Aktionen am Ort der Aktionärsversammlung und vor Filialen der Apartheid-Banken in der Stadt vor. Auch im sonstigen Bundesgebiet wird es Aktionen unter dem Motto „Kein Geld für Apartheid!“ geben.

Der diesjährige Bankenaktionstag fügt sich in Bankentagswochen vom 11. Mai (Jahreshauptversammlung der Deutschen Bank) bis zum 27. Mai (Jahreshauptversammlung der Dresdner Bank) ein, in denen ein breites Bündnis im Vorfeld der Tagung des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank in West-Berlin im September 1988 auf die Mitverantwortung der bundesdeutschen Banken für die Verschuldungskrise der Dritten Welt aufmerksam machen wird.

Die Bankengeschäfte mit dem Apartheidstaat gehen weiter. So bewilligte die Kreditanstalt für Wiederaufbau, die zu 80% dem Bund und zu 20% den Ländern gehört, einen Kredit von 32 Mio DM für ein Siemens-Kommunikationssystem in Südafrika. Darüber hinaus machte sie, laut der „Hannoverschen Neuen Presse“,

dem staatlichen südafrikanischen Energiekonzern ESKOM, der auch am Atomprogramm des Apartheidstaates beteiligt ist, drei Kreditangebote. Die Außenhandelsfinanzierung ist derzeit eine zentrale Komponente des Bankgeschäftes mit Südafrika und Namibia. Aktions- und Hintergrundmaterial gibt es beim: AK „Kein Geld für Apartheid“, Mailaden, Maistr. 29, 8000 München 2.

Chile

Bundestreffen der Solidaritätsbewegung

Auf Initiative des Antimperialistischen Solidaritätskomitees (ASK) fand am 20. Februar d.J. in Frankfurt ein Bundestreffen der Chile-Solidaritätsbewegung statt. Der Einladung war auch Beatriz Brinkmann gefolgt, die aus eigener Erfahrung die Bedeutung der Solidaritätsbewegung für die politischen Gefangenen Chiles schilderte. Carlos Morales, Mitglied der Exekutive der Vereinigten Linken, berichtete über die aktuelle Lage in seiner Heimat. 1988 bezeichnete er als ein Jahr der Entscheidung. Er wies auf die von Pinochet geplante Volksabstimmung hin, die letztlich auf eine „Legitimation“ des Diktators als zivilem Präsidenten abziele.

Neben einer intensiveren Unterstützung politischer Gefangener beschlossen die Anwesenden ein gemeinsames Spendenprojekt. Bis Jahresende will die Solidaritätsbewegung die Zeitung der Vereinigten Linken, „Unidos Venceremos“, mit 85.000 DM fördern (Sonderkonto Prof. Erich Wulff, Postgiroamt Frankfurt, Nr. 527 055-602, Kennwort Chile). Der auf dem Treffen verabschiedete Aktionsplan sieht ferner in mehreren Städten Informationsveranstaltungen zu Pinochets Volksabstimmungsfarce und zunehmenden Menschenrechtsverletzungen vor. Über fortdauernde Menschenrechtsverletzungen berichtete Ende Februar d.J. auch Carmen Gloria Quintana auf einer Pressekonferenz der GRÜNEN in Bonn. Die junge Chilenin war 1986 von einer Militärstreife mit Benzin übergossen und angezündet worden. Ihr Fall hatte weltweit Empörung ausgelöst.

Südafrika

Bremer Solidaritätspreis für Winnie und Nelson Mandela

Mit einem neugestifteten Solidaritätspreis ehrte der Bremer Senat am 24. Februar d.J. die Symbolfiguren des südafrikanischen Widerstandes gegen das Apartheidregime, Winnie Mandela und ihren Mann, den seit 24 Jahren inhaftierten Führer des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC), Nelson Mandela. Stellvertretend nahm den mit 10.000 DM dotierten Preis die Vizepräsidentin der südafrikanischen „Hilfsorganisation für Gefangene und ehemalige Gefangene“, Iren Mkwane, an. Sie rief nachdrücklich zu Sanktionen gegen das Apartheidregime auf. Bürgermeister Klaus Wedemeier erklärte: „Wir würden uns zu Handlangern eines Terrorregimes degradieren, wenn wir von den unterdrückten Menschen in Südafrika verlangen, daß sie Gewalt erdulden sollen, ihre Antwort aber ausschließlich friedlich sein müsse.“

Umrahmt wurde die Verleihung von Veranstaltungen des DGB, der SPD, Kirchengruppen, einem Konzert mit Abdullah Ibrahim und Dichterlesungen. Die in der Bürgerschaft vertretenen Parteien diskutierten über „Bremen Anti-Apartheid-Stadt“.



General Noriega (l.) und der neue Präsident Manuel Solis

Panama

Noriegas Sturz mißlungen

Ein erneuter Versuch der Reagan-Administration, den Sturz des Oberkommandierenden der Nationalgarde Panamas, Manuel Antonio Noriega, zu erreichen, scheiterte Ende Februar d.J. Nachdem Anfang Februar zwei US-Gerichte Anklage gegen Noriega wegen Drogenschmuggels erhoben hatten, erklärte der panamesische Präsident Arturo Delvalle ihn am 25. Februar für abgesetzt. Delvalle, der in der vorausgegangenen Woche mit dem US-Unterstaatssekretär für lateinamerikanische Angelegenheiten Elliott Abrams in Miami zusammengekommen war und Stunden vor seiner Erklärung noch in der US-Botschaft weilte, ernannte den Generalstabschef der Nationalgarde, Oberst Marcos Justine, zu Noriegas Nachfolger. Dieser weigerte sich jedoch, das Amt anzunehmen und lehnte ebenso wie die gesamte Militärspitze die Absetzung Noriegas ab.

Daraufhin beschlossen die Abgeordneten der Regierungsparteien in der Nacht zum 26. Februar einstimmig die Absetzung Delvalles und seines Vizepräsidenten Roderick Esquivel. Sie warfen Delvalle vor, gegen die Verfassung verstoßen zu haben, und wählten den Erziehungsminister Manuel Solis Palma zum neuen Präsidenten.

Die Vorwürfe gegen Noriega, er würde am Drogenschmuggel in die USA mitwirken, waren bereits seit Mitte 1986 in den USA erhoben worden und hatten Mitte 1987 neuen Auftrieb erhalten, als der ehemalige Generalstabschef Roberto Diaz Herrera diese Anschuldigungen wiederholt hatte. Am 26. Juni 1987 hatte der US-Senat seine Absetzung gefordert. Unterstützt wurden die USA in Panama von Unternehmern und der rechten Opposition, die durch Demonstrationen und Unternehmensschließungen erfolglos den Sturz Noriegas betrieben (siehe AIB, Nr. 8/1987, S. 14ff.). Noriega widersprach den gegen ihn erhobenen Vorwürfen. Er verwies auf Erklärungen der US-Drogenbekämpfungsbehörde, die noch

Wochen vor der Anklageerhebung in den USA seine Rolle bei der Drogenbekämpfung lobte. Der wirkliche Grund für die US-Kampagne gegen Noriega ist die Absicht der Reagan-Administration, die Panamakanalverträge, die 1977 zwischen den damaligen Präsidenten Jimmy Carter und Omar Torrijos geschlossen wurden, zu revidieren, da sie den Abzug der 10.000 US-Soldaten und die Übergabe der Kanalzone an Panama bis Ende 1999 vorsehen. Noriega führt die US-Politik außerdem auf seine Weigerung gegenüber dem damaligen US-Sicherheitsberater Poindexter zurück, die Contras zu unterstützen bzw. an einer Invasion gegen Nicaragua mitzuwirken.

Der Druck gegen Noriega hat jedoch nicht wie erwartet zu einer Spaltung der Nationalgarde geführt, sondern die Unterstützung für Noriega in Panama eher verstärkt. Die Gewerkschaften haben sich auf seine Seite geschlagen und ein Streik der Unternehmer kam bereits nach drei Tagen zum Erliegen.

Vor allem durch wirtschaftlichen Druck wollen die USA, die Delvalle weiterhin als Präsident anerkennen, Panama in die Knie zwingen. Die panamesischen Guthaben in den USA (ca. 50 Mio \$) wurden dem Ex-Botschafter Juan Sosa, der weiterhin zu Delvalle steht, übergeben. Die Zahlung einer fälligen Rate der Kanalgebühren wurde ausgesetzt. Im Senat soll eine Resolution für einen vollständigen Wirtschaftsboykott eingebracht werden. Da der US-Dollar auch offizielle Währung Panamas ist, mußten wegen Geldmangels bereits die inländischen Banken schließen.

In Lateinamerika haben bisher nur Nicaragua und Kuba offen Noriega unterstützt. Die Organisation Amerikanischer Staaten, mißbilligte zwar mit 8 Stimmen (Nicaragua stimmte dagegen, der Rest enthielt sich) die Absetzung Delvalles, versicherte ihm jedoch keine Unterstützung und erkannte den Vertreter des neuen Präsidenten an.

Forschung für die Apartheid

In einem offen völkerrechtswidrigen Akt beteiligen sich bundesdeutsche Wissenschaftler an der Erforschung von Rohstoffvorkommen in Namibia. Bereits 1974 hatte der UN-Rat für Namibia mit Dekret Nr. 1 derartige Forschungsprojekte ausdrücklich untersagt.

Ungeachtet dessen begann der Marburger Geologe Prof. Edgar Hoffer, der bereits in den 70er Jahren in leitender Position an Forschungen der Universität Göttingen in Namibia beteiligt war, 1987 ein neues Forschungsprojekt in der Region. Die Erkundungen im namibischen Damara Orogen sind Teil eines von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) geförderten bundesdeutschen Großprojekts, an dem auch zahlreiche Mitarbeiter der Universitäten Göttingen, Mainz, Stuttgart, Clausthal-Zellerfeld, Frankfurt und Karlsruhe beteiligt waren. Zusätzliche Brisanz erhalten diese bundesdeutschen Aktivitäten dadurch, daß auch zwei außerhalb des eigentlichen Gesamtforschungsprojekts liegende Gebietsstreifen einbezogen wurden, die für die Erkundung von Uranvorkommen wichtig sind.

Zudem läuft das Projekt parallel zu den Forschungsaktivitäten der „Südafrikanischen Geologischen Gesellschaft“ in Damara Orogen, welche diese Region wiederholt zum „Gebiet mit besonderer Forschungsrelevanz“ erklärte.

Südafrika

Verbote gegen Anti-Apartheid-Organisationen

Am 24. Februar d.J. untersagte das Botha-Regime 17 Anti-Apartheid-Organisationen jegliche politische Tätigkeit. Diese Maßnahme, die einem faktischen Verbot gleichkommt, betrifft u.a. die größte Widerstandsorganisation, die Vereinigte Demokratische Front (UDF), den Südafrikanischen Jugendkongress (SAYCO), das Komitee für die Freilassung Nelson Mandelas, die Organisation des Azanischen Volkes (AZAPO) u.a. Der Kongress Südafrikanischer Gewerkschaften (COSATU), eine der schlagkräftigsten Organisationen des Widerstands, darf nur noch „rein gewerkschaftlichen“ Aktivitäten nachgehen. Außerdem wurde 18 führenden Persönlichkeiten des Widerstands verboten, sich politisch zu betätigen.

In Südafrika stieß diese schärfste Repressionsmaßnahme seit Verhängung des Ausnahmezustandes (1986) bei den Betroffenen, bei Gewerkschaften und Unternehmern, bei weißen liberalen Politikern und der englischsprachigen Presse auf Ablehnung. Kriechführer riefen zu einer Kampagne des Ungehorsams auf. Am 29. Februar fanden Gottesdienste gegen die Verbote statt, nach denen der anglikanische Erzbischof von Pretoria, Desmond Tutu, und der Präsident des Weltbundes der reformierten Kirchen, Allan Boesak, verhaftet wurden. Der Afrikanische Nationalkongress (ANC) rief dazu auf, die Verbote zu mißachten. Thabo Mbeki, Mitglied des ANC-Exekutivkomitees, erklärte: „Das Regime sagt faktisch, daß friedlicher politischer Kampf nicht erlaubt ist. Angesichts des Fortbestehens der Apartheid werden die Menschen auf die Position gedrängt, daß der einzige Weg etwas zu tun, der bewaffnete Kampf ist.“

Die Regierung Reagan erklärte sich bestürzt über die Verbote, lehnte aber eine Änderung ihrer Politik ab. Auch die EG fand sich ledig-

lich zu einem Bedauern bereit, protestierte aber gegen die Absicht Pretorias, die ausländische finanzielle Unterstützung für Organisationen zu untersagen, die die Gelder für „politische Ziele“ nutzen. Damit könnte auch die finanzielle Unterstützung der EG für diverse Zwecke verboten werden.

Zypern

Machtwechsel auf der geteilten Insel

Am 21. Februar d.J. konnte der Unternehmer Georgios Vasilou die Präsidentschaftswahlen im von Griechen bewohnten Teil Zyperns für sich entscheiden. Wie der Wahlausschlußvorsitzende Kyriakis Christophi tags darauf in Nikosia bekanntgab, entfielen auf den 56jährigen Unabhängigen bei der notwendig gewordenen Stichwahl 51,63% der Stimmen. Sein Gegenkandidat Glafkos Klerides von der konservativen Demokratischen Sammlung (DYSY) unterlag mit 48,37%.

Spyros Kyprianou, der seit 1977 als Präsident Zyperns amtierte, war schon im ersten Wahlgang am 14. Februar ausgeschieden. 27,29% der Stimmen reichten für ihn ebensowenig wie die 9,22% für den Kandidaten der sozialistischen EDEK-Partei, Vassos Lyssaridis. Demgegenüber konnten Klerides im ersten Wahlgang 33,32% und Vasilou 30,11% der Stimmen erringen. Für Vasilou, der im ersten Wahlgang von der kommunistischen Fortschrittspartei des Werktätigen Volkes (AKEL) unterstützt wurde, sprach sich bei der Stichwahl auch die EDEK aus.

In seiner ersten Rede nach der gewonnenen Stichwahl versprach Vasilou, eine „beispiellose Anstrengung“ zu unternehmen, um eine Wiedervereinigung des seit der türkischen Invasion von 1974 abgetrennten Nordteils mit dem Rest der Insel zu erreichen. Der Führer der nur von der Türkei anerkannten „Türkischen Republik Nordzypern“, Rauf Denktasch, hatte sich zuvor schon bereit erklärt, mit dem neuen Präsidenten die seit drei Jahren unterbrochenen Gespräche über eine Wiedervereinigung der Mittelmeerinsel wiederaufzunehmen. Zur Lösung der internationalen Aspekte der Zypernfrage will sich Vasilou für eine internationale Zypernkongress im Rahmen der UNO einsetzen. Zudem bejaht er eine enge Verbindung zwischen Zypern und der EG.

Türkei

Erfolgreicher Hungerstreik kurdischer Gefangener

Mit der Zusage einer Besserung der Haftbedingungen im Militärgefängnis von Diyarbakir hat die türkische Regierung Mitte Februar d.J. auf den Hungerstreik von Gefangenen sowie den Tod eines hungerstreikenden Kurden reagiert.

Seit dem 9. Februar befanden sich etwa 2.000 politische Gefangene – überwiegend kurdische Nationalisten – im Hungerstreik, um gegen die menschenverachtenden Haftbedingungen, die katastrophalen hygienischen Verhältnisse und die Folter im Gefängnis von Diyarbakir zu protestieren. Zu ihren Hauptforderungen gehörte auch das Recht, mit ihren oft keine andere Sprache sprechenden Angehörigen bei Besuchen kurdisch reden zu dürfen. Bislang hatten die Behörden nur den Gebrauch der türkischen Sprache gestattet.

Auch in anderen Gefängnissen kam es zu Solidaritätsaktionen. So begannen die Häftlinge des Gefängnisses von Aydin ebenfalls einen

Hungerstreik. Und im Gefängnis von Eskisehir wurden 97 Gefangene in Einzelzellen gesteckt, nachdem sie aus Protest gegen den Zwang, Sträflingskleidung zu tragen, in Unterwäsche vor dem Richter erschienen waren. Zudem hatten sich einige kurdische Abgeordnete der Sozialdemokratischen Volkspartei (SHP) dem Hungerstreik in Diyarbakir angeschlossen. Derart unter Druck geraten, sah sich die türkische Regierung – und mit ihr das immer noch allmächtige Militär – schließlich zu bemerkenswerten Zugeständnissen veranlaßt. In einer Verlautbarung des Verteidigungsministeriums wurde angekündigt, daß es den Häftlingen künftig gestattet sei, mit Besuchern kurdisch zu sprechen. Zudem wurden die Besuchszeiten erweitert. Statt Anstaltskleidung können die Gefangenen künftig Zivilkleidung tragen, Schreibmaschinen und Musikinstrumente benutzen sowie einen Sprecher wählen, der ihre Belange gegenüber der Gefängnisbehörde vertritt. Mit diesen Zugeständnissen wurden nicht nur bessere Haftbedingungen erreicht, sondern erstmals auch die Anerkennung kultureller und sprachlicher Eigenheiten der über 10 Mio Kurden, die offiziell in der Türkei als sog. „Bergtürken“ bezeichnet werden, durchgesetzt.

Südafrika

Pretoria rettet Homeland-Chef

Nur zweieinhalb Wochen nachdem Franz-Josef Strauß die internationale Anerkennung der Unabhängigkeit Bophutatswanas gefordert hatte, lieferten Staatspräsident Pieter W. Botha und das südafrikanische Militär erneut den Beweis für den wirklichen Charakter der Beziehungen zwischen diesen „unabhängigen“ Staaten innerhalb Südafrikas und Pretoria.

Putschende Truppen hatten in der Nacht zum 10. Februar d.J. den Präsidenten Lucas Mangope abgesetzt. Ihm und seiner Mannschaft wurden Wahlbetrug und Korruption vorgeworfen. Der Führer der oppositionellen progressiven Volkspartei (PPP), „Rocky“ Malebane-Metsing, wurde als neuer Präsident benannt. In der politischen Programmatik unterscheidet sich die PPP allerdings wenig von der Demokratischen Partei Mangopes. Sie ist also kaum als Gegner der Homeland-Politik Pretorias einzuschätzen.

Dennoch ordnete die südafrikanische Regierung nach einer außerordentlichen Sitzung des Nationalen Sicherheitsrats den Einsatz militärischer Sondereinheiten an. Mangope wurde als Präsident wieder eingesetzt. Wenige Tage später besuchte Staatspräsident Botha in Begleitung einiger Minister das „unabhängige“ Homeland und stellte zufrieden fest: „Die Ordnung ist wiederhergestellt.“ Allerdings wird diese „Ordnung“ von südafrikanischen Truppen besorgt.

Senegal

„Musterdemokratie“ mit Schönheitsfehlern

Bei den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen am 28. Februar d.J. konnte das neokoloniale Regime des Präsidenten Abdou Diouf einen klaren Wahlsieg erringen. Auf ihn entfielen 73,2% der Stimmen (10% weniger als 1983).

Für seinen Hauptkontrahenten Abdoulaye Wade von der Senegalesischen Demokratischen Partei (PDS) stimmten 25,8% der Wähler (+ 11%). Auf die linken Kandidaten Babacar

Niang von der Partei für die Befreiung des Volkes (PLP) und Landing Savané von der Revolutionären Bewegung für eine neue Demokratie (MRND) entfielen weniger als 1%. Bei den Parlamentswahlen konnte die Sozialistische Partei Dioufs 62% der Stimmen erringen (- 18%). Die restlichen Stimmen teilten sich die PDS, die PLP, die PDS-Renouveau (eine Abspaltung der PDS) sowie die marxistischen Parteien Demokratische Liga/Bewegung für die Partei der Arbeit (LD/MPT) und Partei für die Unabhängigkeit und die Arbeit (PIT). Noch am Abend des Wahltages kam es nach Verkündung der ersten Ergebnisse zu spontanen Unruhen. A. Wade bezichtigte die Regierung der Wahlfälschung und rief für den 29. Februar zu einer Protestkundgebung auf. Daraufhin wurden im Raum Dakar Schulen und Universitäten geschlossen sowie der Ausnahmezustand verhängt. A. Wade und weitere Führer der PDS sowie der Generalsekretär der PIT, Amath Dansokho, wurden verhaftet. A. Diouf hatte bereits vor der Wahl die Oppositionskandidaten als Banditen und Subversive bezeichnet und erklärt, er wolle gewählt werden über 10 Mio Kurden, die offiziell in der Türkei als sog. „Bergtürken“ bezeichnet werden, durchgesetzt.

Die Ereignisse machen deutlich, daß die afrikanische „Musterdemokratie“ nur solange Bestand hat, wie ein Machtwechsel nicht ansteht. Die hohen Stimmenverluste Dioufs und seiner Partei sind ein Indiz für die wachsende Unzufriedenheit mit der Austeritätspolitik der Regierung, wie sie die Streikbewegung der Oberschüler während des Wahlkampfes anzeigte. Massive Wahlfälschungen waren deshalb notwendig.

Diese wurden u.a. dadurch begünstigt, daß die Wähler sich bei der Stimmabgabe nicht auszuweisen brauchten und keine Pflicht bestand, eine Wahlkabine zu benutzen.

Angola-Südafrika

Die südafrikanische Invasion geht weiter

Am 14. Februar d.J. begann eine erneute südafrikanische Angriffswelle auf Cuito Cuanavale in der Provinz Cuando Cubango im Süd-

Paraguay

Planmäßige Wiederwahl Stroessners

Aus den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen vom 14. Februar d.J. ging die seit 1954 etablierte Diktatur General Alfredo Stroessners planmäßig als Sieger hervor.

Laut dem offiziellen Wahlergebnis wurde Stroessner mit 89% der Stimmen für weitere fünf Jahre wiedergewählt. Die ebenfalls siegreiche Colorado-Regierungspartei wird wie gehabt laut der Verfassung zwei Drittel der Parlamentssitze einnehmen. Die mit der Diktatur kollaborierende Liberale Partei (PL) und Radikale Liberale Partei (PLR) teilen sich das restliche Drittel.

Die in der Nationalen Übereinkunft (AN) zusammengeschlossenen verbotenen Oppositionsparteien – Colorado-Volksbewegung (MOPOCO), Authentische Radikale Liberale Partei (PLRA), Christdemokratische Partei (PDC) und Revolutionäre Arbeiterpartei (PRF) – nannten Manipulationen als Grund für das Abschneiden Stroessners und der Colorado-Partei. Nach ihren Angaben folgten trotz Wahlpflicht 35% der Wahlberechtigten ihrem Boykottaufruf, der von Gewerkschaften und anderen Organisationen unterstützt wurde. Ausländische Wahlbeobachter verwiesen

osten Angolas (siehe auch: AIB 3/1988, S. 51). Der Vorstoß des südafrikanischen Militärs und seiner Schützlinge von der konterrevolutionären Nationalen Union für die totale Unabhängigkeit Angolas (UNITA) war auch diesmal erfolglos.

Die Kämpfe hätten zu „beträchtlichen Verlusten auf beiden Seiten“ geführt, ließ das angolische Verteidigungsministerium am 15. Februar verlauten. Die südafrikanische Armee gab am 16. Februar den Tod von vier weiteren weißen südafrikanischen Soldaten zu und mußte am 22. Februar eingestehen, daß ein südafrikanischer Bomber über Südost-Angola abgeschossen wurde.

Aus der Tatsache, daß Südafrika bei der jetzigen Invasion das eigene Engagement und die eigenen Verluste in Angola – im Unterschied zur Invasion 1975/76 – eingesteht, ist zu schließen, daß es sich auf eine längerfristige und verlustreiche Militärintervention in Angola eingestellt hat. In der Tat hat es bereits jetzt beträchtliche Verluste an Material und Militärpersonal, insbesondere bei seinen schwarzen Truppen, hinnehmen müssen.

Cuito Cuanavale, das Südafrika seit einem Vierteljahr einzunehmen versucht und bereits stark zerstört hat, ist von strategischer Bedeutung. Südafrikas Militär hat die angolische Verteidigungslinie von Namibe über Lubango und Cuito Cuanavale bis zur sambischen Grenze nicht durchbrechen können. Die angolische Luftabwehr und Luftwaffe stellen Südafrikas Militär und seine UNITA-Helfer vor immer größere Probleme. Daher versucht Südafrika, die entsprechende Infrastruktur bei den gegenwärtigen Angriffen zu zerstören. Parallel zu seinen Operationen in Cuando Cubango hat Südafrikas Militär seine Operationen, namentlich in Form von Luftangriffen gegen die südangolanischen Provinzen Cunene, Namibe und Huila, seit Mai 1987 verstärkt. In diese Reihe fügen sich auch die Bombenangriffe vom 20. Februar d.J. auf angebliche Einrichtung der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO) bei Lubango (Huila) und in Ondjiva (Cunene) ein. Sie wurden als „Vergeltung“ für einen Bombenanschlag auf eine Bank in Oshakati (Nord-Namibia), für den die SWAPO jede Verantwortung bestritt, ausgegeben und kosteten eine beträchtliche Zahl angolischer Zivilisten das Leben.

Termine

18.-20. März

Seminar „Solidarität mit dem Südlichen Afrika – Unterstützung der Befreiungsbewegungen in Namibia und Südafrika“. Dieses Seminar des Arbeitskreises Entwicklungspolitik (AKE) wird unterstützt von BUKO, AAB, ASK u.a.

Kontakt: AKE, Horstweg 11, 4973 Vlotho, Tel. 05733-6800

8.-10. April

BUKO-Seminar „Sowjetunion und Dritte Welt“ in Mainz.

Kontakt: BUKO, Nernstweg 34, 2000 Hamburg 50, Tel. 040-393156

11.-17. April

Konzerte mit der baskischen Rockgruppe Jotakie. Erlös für die FMLN El Salvadors. Fulda (11.), Gießen (13.), Marburg (15.), Köln (16.), Aachen (17.).

Kontakt: Nicaragua/El Salvador-Komitee Marburg, c/o Buchladen Roter Stern, Am Grün 28, 3550 Marburg

18./19. April

Konferenz „Der Westsahara-Konflikt“. Die europäische und die bundesdeutsche Politik. Veranstalter: medico international, terre des hommes, Gesellschaft der Freunde des Sahraischen Volkes, Westsahara-Koordination der europäischen Hilfsorganisationen.

Kontakt: Martin Schaedel, Mozartstr. 2, 2000 Hamburg 76

22.-24. April

3. Aktionskonferenz der IWF/Weltbank-Kampagne in West-Berlin.

Kontakt: BUKO (s.o.)

29. April - 1. Mai

Bundestreffen der Nicaragua-Städtepartnerschafts-Initiativen in Dietzenbach.

Kontakt: Verein Monimbo, Darmstädter Str. 23, 6057 Dietzenbach

6.-8. Mai

Internationaler Kongress „Kultur des Friedens“ in Tübingen.

Kontakt: Theodorakis-Chor, Am Lustnauer Tor 4, 7400 Tübingen, Tel. 07071-52200

7./8. Mai

Aktionskonferenz der Friedensbewegung. Wird eventuell in den Kongress integriert.

Kontakt: KA der Friedensbewegung, Römerstr. 88, 5300 Bonn 1, Tel. 0228-692904/05

8./9. Mai

Öffentliches Symposium der taz zur Politik der Weltbank in West-Berlin. Diskussion zwischen Vertretern und Kritikern der Weltbank. Kontakt: taz, Postfach 65109, 1000 Berlin 65

14./15. Mai

Seminar des ASK „Alternativen zur Verarmung“ in Frankfurt. Diskussion über Entschuldung, Neue Internationale Wirtschaftsordnung, alternative Wirtschaftspolitik und Dritte Welt.

Kontakt: ASK, Hamburger Allee 52, 6000 Frankfurt 90, Tel. 069-709060

2.-5. Juni

12. Bundeskongress entwicklungspolitischer Aktionsgruppen in Frankfurt zum Thema „Verschuldungskrise der Dritten Welt“. Kontakt: BUKO (s.o.)

SPENDENKAMPAGNE GEGEN DEN HUNGER

Mein Herd für Äthiopien

TAKALIGN



Erneut sieht sich Äthiopien einer Hungerkrise gegenüber (siehe Titelstory in AIB 1-2/88). Internationale Sonderhilfsmaßnahmen sind angelaufen. Doch es bleibt die bange Frage, ob die Wiederholung der Hungerkatastrophe von 1984/85 abzuwenden ist.

Wir meinen, die aktuellen Nothilfemaßnahmen für die äthiopischen Notstandsgebiete sind unverzichtbar, reichen aber nicht hin. Was flankierend gebraucht wird, sind Schritte, die den Entwaldungs- bzw. Erosionsprozeß des ostafrikanischen Landes aufhalten.

Der Boden Äthiopiens ist ökologisch schwerstens geschädigt. In manchen Teilen des Landes gibt es kein Leben mehr, hat die Erosion ganze Landstriche in gespenstische zerrissene Schluchten verwandelt.

Die Holzressourcen – Holz ist der Hauptenergieträger der Äthiopier – sind erschöpft. Nur mehr 4% des gesamten äthiopischen Territoriums sind bewaldet.

Der Brennholzverbrauch aber kann gesenkt werden – durch einen den Bedingungen der Bevölkerung angepaßten Kochherdtyp. Die Energieausbeute beträgt am offenen Feuer nur 5%. Im geschlossenen Behälter kann der Grad der Energieausnutzung drastisch erhöht werden.

Der Herd wird mit Ernteabfällen gestopft – nicht mit Holz.

Eine Gruppe Äthiopier hat diesen Herd konstruiert. Äthiopische Schmiede stellen ihn in einer Bauernkooperative in Taddelle, Westshoa, auf traditionelle Weise her. Wir unterstützen die Verbreitung dieses Herdes.

Wir rufen zur Teilnahme an der Kampagne „Mein Herd für Äthiopien – TAKALIGN“ auf.

Helfen Sie mit!

Eine Spendenkampagne der Gesellschaft Österreich-Äthiopien und der äthiopischen Relief and Rehabilitation Commission, unterstützt vom AIB-Die Dritte-Welt-Zeitschrift

Österreichische Postsparkasse,
Gesellschaft Österreich – Äthiopien
Konto-Nummer 72 11 548
Marburger Volksbank, Nico Biver
Konto-Nummer 436577
BLZ 533 900 00
Stichwort: Herd für Äthiopien